

SIEGFRIED EGEL

## Erzwungene Kriegsausweitung



Nachdem bereits am 19. September 1939 Generaloberst Heinz Guderian in Brest-Litowsk mit der Begrüßung eines sowjetischen Panzerobersten den ersten offiziellen Kontakt mit den nach Polen eingerückten Truppen der Roten Armee aufgenommen hatte, wurden am 25. September 1939 in Bialystok die Einzelheiten der deutsch-russischen Demarkationslinie nach Ende des Polenfeldzuges abgesprochen.

Der Blick des hier verhandelnden sowjetischen Kommissars offenbart die bereits damals schwelende Problematik der gewaltigen Gegensätze zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Deutsche Friedensbemühungen konnten weder den Vernichtungswillen der westlichen Imperialmächte, noch die Welteroberungszielsetzung der Bolschewisten verhindern.

**SIEGFRIED EGEL**

## Erzwungene Kriegsausweitung

### **The First Amendment (Die erste Verbesserung, Ergänzung) zur Verfassung der USA**

*"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."*

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

*"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",*

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

*"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."*

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

### **Winston Churchill**

*"Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands."*

Hans Grimm, "Wrum, woher, aber wohin?",

Lippoldsberg 1955, S. 350. vergl auch

Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 332.

### **Lord Lionel de Rothschild**

am 22. Oktober 1939 im Gespräch  
mit Churchills Sekretär

*"Er empfahl als Kriegsziel, Deutschland den Juden zu überlassen und die Deutschen unter den anderen Völkern dieser Erde aufzuteilen."*

John Colville, "Downing Street Tagebücher 1939 - 1945", Berlin 1988, S. 31.

## **INHALT**

Authentische Dokumente unerläßlich .....	3
Memorandum der Reichsregierung vom 9. April 1940 .....	4
Erklärung des Reichsaußenministers am 27. April 1940 .....	9
Memorandum der Reichsregierung vom 9. Mai 1940 .....	14
Aufruf des Führers vom 10. Mai 1940 .....	18
Erlaß zur Freilassung niederländischer Soldaten, 1.6.1940 .....	19
Unzureichende Dokumentierung in d. ADAP zum 6.4.1941 .....	20
Aufruf Hitlers am 6. April 1941 .....	21
Tagesbefehl vom 6. April 1941 an die Soldaten d. Südostfront ....	24
Note der Reichsregierung an Griechenland vom 6. April 1941 ....	25
Ergänzendes Memorandum vom 6. April 1941 .....	28
Erklärung der Reichsregierung über Jugoslawien v. 6. April 1941 ..	31
Ergänzendes Memorandum vom 6. April 1941 .....	34

Copyright by **THE BARNES REVIEW (TBR Co)**

645 Pennsylvania Ave. S.E.

Washington D.C. 20003 -- USA

2009

**Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:**

**Barnes Review**

P.O. Box 243

Uckfield

East Sussex TN 22 9AW

England

**Barnes Review**

Siegfried Verbeke

Posbus 46

B 2600 Berchem 1

Deutschland: Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung  
Postfach 1643, D 32590 Vlotho/Weser

**ISSN 0176 - 4144**



# Authentische Dokumente, die jederzeit überprüft werden können, sind unerlässlich

Die in dieser HT-Ausgabe vorgelegten Dokumente sind unbestechlich. Sie sind der Weltöffentlichkeit seit 1940 bekannt, wurden jedoch aus den Publikationen der Nachkriegszeit entweder völlig verdrängt oder aber bagatellisiert und von der weltweit wirksamen Siegerpropaganda, den Anweisungen der Regierungen für Öffentlichkeitsarbeit, Justiz und Schulen total ignoriert. Statt dessen soll Gegenteiliges richtig und rechtens sein.

Die Verlogenheit der alliierten Kriegspropaganda wurde durch die Besatzungsgesetze und den Londoner Vertrag vom 8. August 1945 zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion allgemein und speziell für ihren "Kriegsverbrecherprozeß" in Nürnberg 1945/46 festgeschrieben. Lüge und Betrug galten für die westlichen Sieger ebenso wie für die Sowjets als legitimes Mittel der Politik, gefälschte Dokumente erhielten amtliche Siegel und Dok.-Nr., durften nicht hinterfragt werden (Art. 21 des Londoner Protokolls, nachzulesen in den Nürnberger IMT-Protokollbänden Bd. 1, Einleitung) und wurden amtlich ausgegeben als Belege für historisches Geschehen.

Und US-Chefankläger **Robert Jackson** setzte seinen Auftrag um, indem er die ihm zugeleiteten "Dokumente" für das "Weltgericht" in Verbindung mit der ihm von Rechtsanwalt **Murray Bernays**<sup>1)</sup> vorgeschlagenen fiktiven "Verschwörungstheorie" seiner Version des Geschichtsablaufes zugrundelegte.

*"Jackson traf eine Entscheidung, die später zu einer schweren Belastung des Prozesses werden sollte. Das Geschwätz von Tätern und Zeugen schien ihm nutzlos. Der gesamte Prozeß, verordnete der Chefankläger, werde vor allem mit Dokumenten geführt."* <sup>2)</sup> S. 76

*"Lastwagen voller Papiere über Konzentrationslager, Massenerschießungen in den besetzten Gebieten, über brennende Scheiterhaufen aus Menschen und Baumstämmen. Dokumente des Völkermords rollten aus allen Teilen Europas nach Nürnberg. Ein Bericht eines Tötungskommandos über die Vergasung von Heimbewohnern in einem Kleinlaster endet mit deutschem Gruß an den Reichsführer SS Heinrich Himmler »beste Grüße auch an Frau Himmler und die kleinen Himmlers«."* <sup>2)</sup> S. 78

Auch polnische "Dokumente" fanden sich massenhaft ein:

*"Alle Opfer mußten ihre Kleidungsstücke und Schuhe, die später eingesammelt wurden, ausziehen. Dann wurden alle*

1) *Der Spiegel* 42/2006, S. 71. -- **Murray Bernays**, "ein junger Rechtsanwalt, der seinen Kriegsdienst fürs Vaterland im Pentagon leistete. Er wurde der erste Konstrukteur des Rechts von Nürnberg.", -- Hier hat *Der Spiegel* den "Rechtsanwalt" **Louis Nizer** und seine Hintermänner "vergessen".

2) *Der Spiegel*, 42/2006.

*Opfer, zuerst die Frauen und die Kinder, in die Todesskammern getrieben. Kleine Kinder wurden einfach hineingeworfen."* <sup>2)</sup> S. 78

Die "Befreier"-Regierungen haben befohlen, keines dieser "Dokumente" auf Richtigkeit zu überprüfen. Auch die "Richter des Weltgerichts" waren so "unabhängig", daß sie das nicht durften.

*"Jackson hatte Bernays' Konzept über die Großverschwörung mitgebracht. Diese habe mit Hitlers 'Machtergreifung 1933' angefangen. Krieg, so Jackson, sei das Ziel gewesen, »und all die anderen Grausamkeiten«, der Judenmord, die Konzentrationslager, waren entweder die Vorbereitung dafür oder ein Teil der Durchführung."* ...

*Das alles war Teil eines Planes zur Vorbereitung eines rechtswidrigen Angriffskrieges."* <sup>2)</sup> S. 78

Doch ausgerechnet bei diesen großspurigen Ausführungen hatte dieser "Chefankläger der Welt" nicht ein einziges Dokument zur Hand, auf das er sich hätte stützen können!

Unter Außerachtlassung jeglicher historischen Zusammenhänge -- nach der Methode **Theodore Nathan Kaufman** und **Louis Nizer** und **Henry Morgenthau jr.** -- verfügte er ein Schuldverdict über Millionen von Menschen, bevor er überhaupt begonnen hatte, sich "das Geschwätz von Tätern und Zeugen" anzuhören und die für seinen Auftrag ihm zugeschobenen neuartigen "Dokumente" zu sortieren. Daß der "Plan Hitlers seit 1933" ein reines Fantasieprodukt der "heiligen Krieger" war, (die ihrerseits bereits am 24. März 1933 Deutschland den Krieg erklärt hatten), und er dafür keinerlei Dokumentation hatte, störte ihn nicht.<sup>3)</sup> Mit den Kriegserklärungen der Juden, Engländer, Franzosen und seit 1917 der Sowjets, mit der eindeutigen Kriegspolitik des US-Präsidenten **F.D. Roosevelt** spätestens seit 1938, mit der Kriegsausweitungspolitik und verweigerten Friedensbereitschaft dieser Imperialregierungen befaßte sich dieser Chefankläger -- wie das gesamte "Internationale" Militärtribunal -- grundsätzlich nicht.

Mit solchen international für verbindlich erklärten Justizgrundlagen der Sieger von 1945, die in Wirklichkeit eine Vergewaltigung des Völkerrechts darstellen, können sich die Völker der Welt jedoch nicht abfinden. Recht und Wahrheit, unvoreingenommene, unparteiische Justiz bleiben Voraussetzungen, ohne die Frieden nicht gewährleistet werden kann!

Aus diesem Grunde sind auch die nachfolgenden authentischen Dokumente in Erinnerung gebracht.

3) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 39, S. 40 + Nr. 54, S. 40 + Nr. 88, S. 38 - 40.

# Memorandum der deutschen Reichsregierung an die norwegische Regierung vom 9. April 1940 <sup>1)</sup>

Entgegen dem aufrichtigen Wunsche des deutschen Volkes und seiner Regierung, mit dem englischen und französischen Volke in Frieden und Freundschaft zu leben, und trotz des Fehlens jedes vernünftigen Grundes zu einem gegenseitigen Streit haben die Machthaber in London und Paris dem deutschen Volk den Krieg erklärt<sup>2)</sup>

Mit der Entfesselung dieses von ihnen seit langem vorbereiteten, gegen den Bestand des Deutschen Reiches und die Existenz des deutschen Volkes gerichteten Angriffskrieges haben England und Frankreich den Seekrieg auch gegen die neutrale Welt eröffnet.

Indem sie zunächst unter völliger Mißachtung der primitivsten Regeln des Völkerrechts versuchten, die Hungerblockade gegen deutsche Frauen, Kinder und Greise zu errichten<sup>3)</sup>, unterwerfen sie zugleich auch die neutralen Staaten ihren rücksichtslosen Blockademaßnahmen. Die unmittelbare Folge dieser von England und Frankreich eingeführten völkerrechtswidrigen Kampfmethoden, denen Deutschland mit seinen Abwehrmaßnahmen begegnen mußte, war die schwerste Schädigung der neutralen Schifffahrt und des neutralen Handels<sup>4)</sup>. Darüber hinaus aber versetzte dieses englische Vorgehen dem Neutralitätsbegriff an sich einen vernichtenden Schlag.

Deutschland seinerseits ist gleichwohl bestrebt gewesen, die Rechte der Neutralen dadurch zu wahren, daß es den Seekrieg auf die zwischen Deutschland und seinem Gegner liegenden Meereszonen zu beschränken suchte. Demgegenüber ist England in der Absicht, die Gefahr von seinen Inseln abzulenken und gleichzeitig den Handel Deutschlands mit der neutralen Welt zu unterbinden<sup>5)</sup>, mehr und mehr darauf ausgegangen, den Seekrieg in die Gewässer der Neutralen zu tragen. Im Verfolg dieser echt britischen Kriegführung hat England in immer steigendem Maße unter flagrantem Bruch des Völkerrechts kriegерische Handlungen zur See und in der Luft auch in den Hoheitsgewässern und Hoheitsgebieten Dänemarks<sup>6)</sup> und Norwegens<sup>7)</sup> vorgenommen.

Deutschland hat diese Entwicklung von Beginn des Krieges an vorausgesehen. Es hat durch seine innere und äußere<sup>8)</sup> Wirtschaftspolitik den Versuch der britischen Hungerblockade gegen das deutsche Volk und die Abschnürung des deutschen Handels mit den neutralen Staaten zu verhindern gewußt.

Dies ließ in den letzten Monaten immer mehr den völligen Zusammenbruch der britischen Blockadepolitik zutage treten.

Diese Entwicklung sowie die Aussichtslosigkeit eines direkten Angriffs auf die deutschen Westbefestigungen und die in England und Frankreich stetig wachsende Sorge vor den erfolgreichen deutschen Gegenangriffen zur See und in der Luft<sup>9)</sup> haben in letzter Zeit in

erhöhtem Maße dazu geführt, daß beide Länder versuchen, mit allen Mitteln eine Verlagerung des Kriegsschauplatzes auf das neutrale Festland in und außerhalb Europas vorzunehmen. Daß England und Frankreich hierbei in erster Linie die Territorien der kleinen europäischen Staaten im Auge haben, ist, der britischen Tradition entsprechend, selbstverständlich. Ganz offen haben die englischen und französischen Staatsmänner in den letzten Monaten die Ausdehnung des Krieges auf diese Gebiete zum strategischen Grundgedanken ihrer Kriegführung proklamiert<sup>10)</sup>.

Die erste Gelegenheit hierzu bot der russisch-finnische Konflikt<sup>11)</sup>. Die Englische und Französische Regierung haben es in aller Öffentlichkeit ausgesprochen, daß sie gewillt waren, mit militärischen Kräften in den Konflikt zwischen der Sowjetunion und Finnland einzugreifen und dafür das Gebiet der nordischen Staaten als Operationsbasis zu benutzen<sup>12)</sup>. Allein der entgegen ihren Wünschen und Erwartungen erfolgte schnelle Friedensschluß im Norden<sup>13)</sup> hat sie gehindert, schon damals diesen Entschluß durchzuführen. Wenn die englischen und französischen Staatsmänner nachträglich erklärt haben<sup>14)</sup>, daß sie die Durchführung der Aktion von der Zustimmung der beteiligten nordischen Staaten abhängig machen wollten, so ist das eine grobe Unwahrheit. Die Reichsregierung hat den dokumentarischen Beweis dafür in Händen, daß England und Frankreich gemeinsam beschlossen hatten, die Aktion durch das Gebiet der nordischen Staaten gegebenenfalls auch gegen deren Willen durchzuführen<sup>15)</sup>.

Das Entscheidende ist aber folgendes: Aus der Haltung der Französischen und Englischen Regierung vor und nach dem sowjetisch-finnischen Friedensschluß und aus den der Reichsregierung vorliegenden Unterlagen geht einwandfrei hervor, daß der Entschluß, Finnland Hilfe gegen Rußland zu bringen, darüber hinaus noch weiteren Plänen dienen sollte. Das dabei von England und Frankreich in Skandinavien mit verfolgter Ziel war und ist vielmehr:

1. Deutschland durch die Besetzung von Narvik von seiner nördlichen Erzzufuhr abzuschneiden und
2. durch diese Landung englisch-französischer Streitkräfte in den skandinavischen Ländern eine neue Front zu errichten, um Deutschland flankierend von Norden her angreifen zu können.

Hierbei sollen die Länder des Nordens den englisch-französischen Truppen als Kriegsschauplatz dienen, während den nordischen Völkern nach alter englischer Überlieferung die Übernahme der Rolle von Hilfs- und Söldnertruppen zgedacht ist. Als dieser Plan durch den russisch-finnischen Friedensschluß<sup>16)</sup> zunächst durchkreuzt worden war, erhielt die Reichsregierung immer klarer davon Kenntnis, daß England und Frank-

reich bestimmte Versuche unternahmen, um ihre Absichten alsbald in anderer Form zu verwirklichen. In dem ständigen Drang, eine Intervention im Norden vorzubereiten, haben denn auch die Englische und Französische Regierung in den letzten Wochen ganz offen die These proklamiert, es dürfe in diesem Kriege keine Neutralität geben und es sei die Pflicht der kleinen Länder, sich aktiv am Kampf gegen Deutschland zu beteiligen. Diese These wurde durch die Propaganda der Westmächte vorbereitet<sup>17)</sup> und durch immer stärker werdende politische Druckversuche auf die neutralen Staaten unterstützt<sup>18)</sup>. Die konkreten Nachrichten über bevorstehende Landungsversuche der Westmächte in Skandinavien häuften sich in letzter Zeit immer mehr. Wenn aber überhaupt noch der leiseste Zweifel an dem endgültigen Entschluß der Westmächte zur Intervention im Norden bestehen konnte, so ist er in den letzten Tagen endgültig beseitigt worden<sup>19)</sup>.

Die Reichsregierung ist in den Besitz von einwandfreien Unterlagen dafür gelangt, daß England und Frankreich beabsichtigten, bereits in den allernächsten Tagen überraschend bestimmte Gebiete der nordischen Staaten zu besetzen.

Die nordischen Staaten haben ihrerseits den bisherigen Übergriffen Englands<sup>20)</sup> und Frankreichs nicht nur keinen Widerstand entgegengesetzt, sondern selbst schwerste Eingriffe in ihre Hoheitsrechte ohne entsprechende Gegenmaßnahmen geduldet.

Die Reichsregierung muß daher annehmen, daß die Königlich Norwegische Regierung die gleiche Haltung auch gegenüber den jetzt geplanten und vor ihrer Durchführung stehenden Aktionen Englands und Frankreichs einnehmen wird<sup>21)</sup>. Aber selbst wenn die Königlich Norwegische Regierung gewillt wäre, Gegenmaßnahmen zu treffen<sup>22)</sup>, so ist die Reichsregierung sich darüber im klaren, daß die norwegischen militärischen Kräfte nicht ausreichen würden, um den englisch-französischen Aktionen erfolgreich entgegenzutreten zu können.

In dieser entscheidenden Phase des dem deutschen Volke von England und Frankreich aufgezwungenen Existenzkampfes kann die Reichsregierung aber unter keinen Umständen dulden, daß Skandinavien von den Westmächten zum Kriegsschauplatz gegen Deutschland gemacht und das norwegische Volk, sei es direkt oder indirekt, zum Krieg gegen Deutschland mißbraucht wird.

Deutschland ist nicht gewillt, eine solche Verwirklichung der Pläne seiner Gegner untätig abzuwarten oder hinzunehmen. Die Reichsregierung hat daher mit dem heutigen Tage bestimmte militärische Operationen eingeleitet, die zur Besetzung strategisch wichtiger Punkte auf norwegischem Staatsgebiet<sup>23)</sup> führen werden. Die Reichsregierung übernimmt damit während dieses Krieges den Schutz des Königreiches Norwegen. Sie ist entschlossen, von jetzt ab mit ihren Machtmitteln den Frieden im Norden gegen jeden englisch-

französischen Angriff zu verteidigen und endgültig sicherzustellen.

Die Reichsregierung hat diese Entwicklung nicht gewollt. Die Verantwortung hierfür tragen allein England und Frankreich. Beide Staaten verkünden zwar heuchlerisch den Schutz der kleinen Länder. In Wahrheit aber vergewaltigen sie diese, in der Hoffnung, dadurch ihren gegen Deutschland gerichteten, täglich offener verkündeten Vernichtungswillen verwirklichen zu können.

Die deutschen Truppen betreten den norwegischen Boden daher nicht in feindseliger Gesinnung. Das deutsche Oberkommando hat nicht die Absicht, die von den deutschen Truppen besetzten Punkte als Operationsbasis zum Kampf gegen England zu benutzen, so lange es nicht durch Maßnahmen Englands und Frankreichs hierzu gezwungen wird. Die deutschen militärischen Operationen verfolgen vielmehr ausschließlich das Ziel der Sicherung des Nordens gegen die beabsichtigte Besetzung norwegischer Stützpunkte durch englisch-französische Streitkräfte.

Die Reichsregierung ist überzeugt, daß sie mit dieser Aktion zugleich auch den Interessen Norwegens dient. Denn diese Sicherung durch die deutsche Wehrmacht bietet für die skandinavischen Völker die einzige Gewähr, daß ihre Länder nicht während dieses Krieges doch noch zum Schlachtfeld und zum Schauplatz vielleicht furchtbarster Kampfhandlungen werden.

Die Reichsregierung erwartet daher, daß die Königlich Norwegische Regierung und das norwegische Volk dem deutschen Vorgehen Verständnis entgegenbringen und ihm keinerlei Widerstand entgegensetzen. Jeder Widerstand müßte und würde von den eingesetzten deutschen Streitkräften mit allen Mitteln gebrochen werden und daher nur zu einem völlig nutzlosen Blutvergießen führen. Die Königlich Norwegische Regierung wird deshalb ersucht, mit größter Beschleunigung alle Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß das Vorgehen der deutschen Truppen ohne Reibung und Schwierigkeiten erfolgen kann<sup>24)</sup>.

In dem Geiste der seit jeher bestehenden guten deutsch-norwegischen Beziehungen erklärt die Reichsregierung der Königlich-Norwegischen Regierung, daß Deutschland nicht die Absicht hat, durch ihre Maßnahmen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Königreiches Norwegen jetzt oder in der Zukunft anzutasten.

1) *Völkischer Beobachter (VB)*. vom 10. April 1940; *Monatshefte für Auswärtige Politik*, Jahrg. 7 (1940), S. 347 - 349.

Obiges Memorandum wurde von dem deutschen Gesandten in Oslo **Dr. Bräuer** in der Frühe des 9. April 1940 der norwegischen Regierung überreicht; über das der dänischen Regierung überreichte gleichlautende Memorandum vom gleichen Tage vgl. unten S. 32 Anm. 1.

2) Vgl. dazu Dokumente Bd. 7, S. 269 Anm. 2 und 274 Anm. 2.

3) Am 5. September 1939 wurde die Blockade von der britischen Admiralität über Deutschland verhängt.



- 4) Vgl. dazu die Erklärung des Großadmirals **Raeder** vom 19. September 1939 (Dokumente Bd. 7, Dok. 51).
- 5) Beispielsweise durch die am 27. November 1939 verhängte Ausfuhrblockade (Dokumente Bd. 7, S. 311 f. Anm. 2).
- 6) Beispielsweise durch Bombenabwurf auf die dänische Hafenstadt Esbjerg am 4. September 1939, auf die Insel Röm am 10. Januar und auf Orte der Westküste Jütlands am 20. März 1940. Ferner wurde der deutsche Dampfer "Edmund Hugo Stinnes" in dänischem Hoheitsgebiet in der Nacht vom 23. zum 24. März 1940 vor Esbjerg von einem britischen Unterseeboot angegriffen, nachdem schon am 21. in der gleichen Gegend der deutsche Dampfer "Hedderheim" torpediert worden war.
- 7) Außer durch mehrfaches Überfliegen norwegischer Küstengebiete und durch Aktionen englischer Kriegsfahrzeuge gegen deutsche Handelsschiffe ("Nordland", "Neuenfels", "Europa") in norwegischen Hoheitsgewässern vor allem durch den schweren Neutralitätsbruch bei dem Überfall auf das Motortankschiff "Altmark" im Jössingfjord vom 16. Februar 1940 (oben S. 8 - 19 [Dok. 1 und 2]).
- 8) Vgl. beispielsweise das deutsch-sowjetrussische Wirtschaftsprogramm vom 28. September 1939 (Dokumente Bd. 7, Dok. 60c) und das deutsch-sowjetrussische Wirtschaftsabkommen vom 11. Februar 1940 unten S. 351 [Dok. 51]).
- 9) Vgl. dazu Dokumente Bd. 7, Dok. 57 und den zusammenfassenden Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht über das Ergebnis des ersten Kriegshalbjahres vom 2. März 1940 (unten S. 273 - 278 [Dok. 38]).
- 10) So erklärte der Erste Lord der britischen Admiralität **Winston Churchill** am 20. Januar 1940 im Rundfunk:  
*"Was würde geschehen, wenn alle von mir erwähnten neutralen Staaten [Belgien, Rumänien, Jugoslawien, Schweiz, Holland, ganz Skandinavien] und andere, die ich nicht erwähnt habe, mit einem spontanen Impuls ihre Pflicht erfüllen würden, die sich aus dem Völkerbundpakt ergibt, und sich zusammen mit Großbritannien und Frankreich gegen den Angriff erheben und nicht falscherweise zweifeln würden? ... Nur durch eine vereinte Aktion und wenn Großbritannien und Frankreich des Kampfes nicht müde werden, kann ein schamvoller Friede vermieden werden ... Die einzige Sache, die die Handlungen der Neutralen unterstützen kann, ist, daß sie sich in erhöhtem Maße auf die machtvolle Entschlossenheit der westlichen Alliierten einstellen."* -- Vgl. auch unten S. 40.
- 11) Nachdem die finnische Regierung Mitte November 1939 die von Sowjetrußland geforderte Grenzrevision abgelehnt und die Sowjetunion am 29. unter Kündigung des am 21. Januar 1932 abgeschlossenen Nichtangriffsvertrages die diplomatischen Beziehungen zu Finnland abgebrochen hatte, wurden am 30. November die Feindseligkeiten an der karelischen Grenze eröffnet.
- 12) Diesen Gedanken vertrat z. B. der am 5. Januar 1940 aus dem britischen Kabinett ausgeschiedene Kriegsminister **Leslie Hore Belisha** in einem in der Zeitung "News of the World" vom 18. Februar veröffentlichten Artikel.
- 13) Der finnisch-sowjetrussische Friedensvertrag wurde am Abend des 12. März 1940 in Moskau unterzeichnet (*Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 7 [1940], S. 284 - 286).
- 14) Am 11. März 1940 erklärte der britische Premierminister **Neville Chamberlain** im Unterhause, daß die britische und französische Regierung der finnischen Regierung zur Kenntnis gebracht hätten, daß sie bereit seien, in Beantwortung eines Appells um weitere Hilfe sofort und gemeinsam diese Hilfe

an Finnland zu gewähren unter Ausnützung aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel. Auf die Anfrage, ob die englische Regierung beabsichtige, Truppen nach Finnland zu schicken und, wenn dies der Fall wäre, ob sie nicht zögern würde, dabei die Neutralität Norwegens und Schwedens zu verletzen, erklärte **Chamberlain** ausweichend: *"Ich kann meiner abgegebenen Erklärung nichts beifügen"*. Am Nachmittag des 13. März betonte **Chamberlain** nochmals im Unterhause, die britische Regierung habe Vorbereitungen getroffen gehabt, um das volle Gewicht der ihr zur Verfügung stehenden Mittel in die Waagschale zu werfen, wenn sie informiert worden wäre, daß dies von der finnischen Regierung gewünscht würde. Die finnische Regierung sei lange vor Mitte Februar informiert worden, daß, wenn sie an die britische Regierung einen Appell richte, Großbritannien zur Intervention bereit sei und Vorbereitungen treffen werde, um Truppen zu senden. Die finnische Regierung habe jedoch beschlossen, nicht um eine solche Hilfe nachzusuchen.

Ähnliche Ausführungen machte **Chamberlain** auch in seiner Unterhausrede vom 19. März 1940, in der er noch die Anregung der britischen Regierung erwähnte, daß Finnland bis zum 5. März einen förmlichen Appell an die Westmächte richten sollte. Nach diesem Appell hätten dann die britische und die französische Regierung ihrerseits einen Appell an die schwedische und norwegische Regierung gerichtet, um deren Zustimmung zum Durchmarsch des alliierten Expeditionskorps zu geben. Die alliierten Regierungen hätten gehofft, daß ein offizieller Appell Finnlands auf die Regierungen Schwedens und Norwegens Eindruck machen würde. Die Finnen hätten [am 23. Februar] die schwedische Regierung über ihre Haltung in diesem Falle gefragt, aber die Antwort erhalten, daß Schweden die Erlaubnis zum Durchmarsch regulärer Truppen nicht erteilen könne. Trotzdem seien die Vorbereitungen zur Entsendung eines Expeditionskorps weitergegangen, da die alliierten Regierungen gehofft hätten, Norwegen und Schweden würden ihren Standpunkt ändern. Der 5. März sei dann vorbeigegangen, ohne daß die finnische Regierung den offiziellen Appell an die Westmächte richtete. Auch ein späteres Datum, das vereinbart worden sei, hätte keinen finnischen Appell gebracht. Einen Tag später seien dann die Friedensbedingungen bekannt geworden.

Der französische Ministerpräsident **Edouard Daladier** erklärte am 12. März in der französischen Kammer:

*"Seit dem 26. Februar sind die französischen Truppen des Expeditionskorps ausgerüstet und konzentriert worden. Eine beträchtliche Anzahl Schiffe lag in zwei Häfen des Ärmelkanals und des Atlantischen Ozeans bereit. Auch die britische Regierung, der es oblag, den größeren Teil an Leuten und Schiffen zu stellen, vervielfachte ihre Bemühungen, um Leute nach Finnland zu schicken. Die französische Diplomatie war ununterbrochen bei den neutralen und befreundeten Regierungen tätig. Hilfe durch Absendung von Mannschaften ist nur möglich, wenn Finnland darum ersucht. Bisher hat Finnland keinen direkten und öffentlichen Appell an Frankreich oder England gerichtet. Ich warte noch auf diesen Appell. Weshalb ist der Appell Finnlands nötig? Weil die norwegische und die schwedische Regierung sich mit aller Kraft dem Durchzug alliierter Truppen durch ihr Gebiet widersetzen. Um diese Gegnerschaft zu überwinden, muß die vollständige Unterstützung des größten Teiles der Bevölkerung Schwedens und Norwegens auf unserer Seite stehen. Aus diesem Grunde scheint dieser Appell nötig zu sein"*. Ferner erklärte **Daladier**, man warte seit mehreren Tagen auf

den Appell Finnlands, um mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Hilfe zu kommen.

"Die Behauptung, daß Norwegen die Durchmarscherlaubnis für die angeblich bereitstehenden Hilfstruppen der Westmächte verweigert und dadurch eine Hilfe unmöglich gemacht habe", dementierte der norwegische Außenminister **Koht** in seiner Rundfunckerklärung vom 15. März 1940 (*Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 7 [1940], S. 290). Eine offizielle Anfrage, ob eine Durchmarscherlaubnis erteilt würde, sei erst am späten Abend des 12. März gestellt worden, "also zu einer Zeit, als der Friedensvertrag in Moskau bereits unterschrieben". Die innere Unwahrhaftigkeit des englisch-französischen Geredes von der sog. "Finnlandhilfe", das nur zur Tarnung der tatsächlichen Absichten, die skandinavische Halbinsel als Aufmarschgebiet gegen Deutschland zu benutzen und diesem zugleich die Erzzufuhr abzuschneiden, ist auch hierdurch genügend charakterisiert.

- 15) Vgl. **Ribbentrops** Erklärung vom 27. April 1940 (unten S. 39).  
16) 12. März 1940.

- 17) Vgl. dazu **Churchills** Äußerung in einer Rundfunkansprache vom 30. März 1940:

"Wenn wir aufgefordert werden, die Neutralität so aufzufassen, daß sie dem Angreifer [= Deutschland] alle Vorteile und den Verteidigern der Freiheit [= Westmächte] alle Nachteile gibt, so muß ich an das Wort von **Lord Balfour** erinnern: 'Die Welt ist arg schlecht eingerichtet, aber so denn doch nicht'".

Ferner schrieb die Agence **Havas** am 28. März 1940 (*Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 7 [1940], S. 343):

"Man ist sowohl in Paris wie in London der Meinung, daß es einen unerträglichen Zustand darstellt, wenn die Neutralität eines Landes tatsächlich fortgesetzt verletzt wird durch den Mißbrauch, den deutsche Schiffe damit treiben, und daß die Alliierten folglich entschlossen sind, selbst die Rolle des Polizisten zu übernehmen. Die Passivität gewisser Regierungen fälschte den eigentlichen Sinn der Neutralität, und die Aktion der Alliierten beschränkt sich darauf, das so in Frage gestellte Gleichgewicht wieder herzustellen".

- 18) Am 5. April 1940 hatten die Westmächte den norwegischen Gesandten in London und Paris **Colban** und **Bachke** eine Note überreicht, in der erklärt wurde, Norwegen und Schweden hätten "in den letzten drei Monaten unter dem Druck Deutschlands gehandelt und könnten deshalb nicht mehr als voll selbständig angesehen werden". Die Westmächte könnten sich nicht damit abfinden, daß Deutschland aus Norwegen und Schweden Rohstoffe beziehe, und würden daher Schritte unternehmen, um ihre Interessen zu wahren, wenn die norwegische Regierung an ihrem Standpunkt festhalte.

- 19) Vgl. dazu die Ausführungen des Führers in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli 1940 (unten S. 221).  
20) Vgl. vor allem gegenüber dem Überfall auf die "Altmark", der zeigte, "daß die norwegische Regierung nicht bereit war, ihre Neutralität zu wahren" (unten S. 28).  
21) Der erste Schritt zur Durchführung der Aktion der Westmächte gegen Norwegen war die Legung von Minen in norwegischen Hoheitsgewässern vor dem Hafen **Narvik**, bei **Bud** (zwischen **Aalesund** und **Kristiansund**) und bei **Stadtlandet** (Nordwestspitze Norwegens südl. **Aalesund**), die die Alliierten in einer am frühen Morgen des 8. März 1940 in **Oslo** durch ihre Gesandten **Sir Cecil Dormer** und **de Dampierre** überreichten gleichlautenden Note (*Monatshefte für Auswärtige Poli-*

*tik* Jahrg. 7 [1940], S. 344-346) begründeten:

"Welche Politik auch immer die norwegische Regierung gegenwärtig unter dem Eindruck deutscher Drohungen und deutschen Druckes zu führen genötigt ist, die alliierten Regierungen können sich nicht länger in einen Zustand hineinfinden, durch den Deutschland Lieferungen erhält, die von größter Bedeutung für die Kriegführung sind und wodurch Deutschland seitens Norwegens Erleichterungen erhält, welche die Alliierten in eine gefährliche unvorteilhafte Lage versetzen. Deswegen haben sie bereits die norwegische Regierung [am 5. April; vgl. oben S. 27 Anm.1] davon unterrichtet, daß sie sich das Recht vorbehalten, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich halten, um zu verhindern, daß Deutschland in Norwegen Lieferungen und Erleichterungen erhält, die vom Gesichtspunkt der Kriegführung zu dessen Gunsten und zum Nachteil der Alliierten wären. ... Die französische Regierung und die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich haben beschlossen, dem Feind das Recht zu verweigern, sich weiterhin solcher Gebiete der norwegischen Hoheitsgewässer zu bedienen, die offensichtlich für ihn von besonderer Bedeutung sind. Sie haben daher beschlossen, die unbehinderte Durchfahrt von Schiffen, die Konterbande an Bord haben, durch norwegische Hoheitsgewässer zu verhindern." Am gleichen Tage beschloß die norwegische Regierung mit dem außenpolitischen Ausschuß der **Storting**, "gegen diesen offenen Bruch des Völkerrechts und gegen diese gewaltsame Verletzung der norwegischen Souveränität und Neutralität" einen völlig wirkungslosen Protest (*Monatshefte* a.a.O., S. 346); ebenso erfolglos war die norwegische Forderung, "daß diese Minen sofort entfernt werden und daß die [in der Note der Alliierten angekündigte] Wache fremder Kriegsschiffe [an den Minenfeldern] aufhört", wie ihre Erklärung, sie "muß sich vorbehalten, geeignete Schritte zu ergreifen, zu denen eine solche Neutralitätsverletzung Veranlassung geben kann".

- 22) Bezeichnend für die Haltung der Regierung Norwegens, dessen "gefühlsmäßige und traditionelle" Englandfreundschaft der jüdische **Storting**präsident **Carl C. Hambro** am 19. Februar 1940 unmittelbar nach dem "Altmark"-Überfall hervorhob (**F. Frisch**, "Der Überfall auf die 'Altmark'" [Berlin 1940], S. 39), ist eine Äußerung des Außenministers **Koht** auf der Regierungskonferenz vom 2. März. Als der Finanzminister **Oscar Torp** im Hinblick auf den etwaigen Truppendurchmarsch der Westmächte zur Unterstützung Finnlands die Frage aufwarf: "Sollen wir uns da mit Protest begnügen oder Vorkehrungen treffen, um den Durchmarsch zu verhindern?", erklärte **Koht**, "daß wir uns begnügen müßten zu protestieren, -- wir sollten uns nicht so einstellen, daß wir auf falscher Seite in den Krieg hineinkommen, wenn wir es nicht vermeiden können, hineingezogen zu werden" (Dokumente zur englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung [Berlin 1940], Gruppe E Nr. 3). Dementsprechend erhielt der norwegische Ortskommandant von **Narvik** Oberst **Sundlo** am 8. April abends 22 Uhr von seiner Division in **Harstad** den Befehl (**H. Ambrosius** a. a., Unser Kampf in Norwegen [München 1940]; S. 43): "Vom norwegischen Gesandten in Berlin [**Arne Scheel**] wird gemeldet, daß deutsche und englische Seestreitkräfte sich in der Nordsee auf dem Wege nordwärts befinden. Gegen Mitternacht können sie in **Ofofen** [Fjord vor **Narvik**] erwartet werden. Auf die Deutschen wird geschossen, aber nicht auf die Engländer."

- 23) Vgl. oben S. 21 Anm. 1.



24) Die norwegische Regierung Nygaardsvold ordnete vielmehr noch in der Nacht die Mobilmachung an und gab einen Schießbefehl. Wirkungslos war auch der erneute Appell, den der deutsche Gesandte in Oslo **Dr. Bräuer** am Vormittag des 9. April 1940 an die norwegische Regierung richtete (VB. vom 10. April 1940; Monatshefte für Auswärtige Politik Jahrg. 7 [1940], S. 351); es heißt dort u. a.:

*"In Wiederholung des Appells von heute morgen möchte ich die norwegische Regierung mit allem Ernst nochmals darauf hinweisen, daß norwegischer Widerstand gegen die von uns eingeleitete Aktion völlig sinnlos und nur geeignet ist, die Lage für Norwegen auf das ernsteste zu verschlimmern. Ich wiederhole, daß Deutschland nicht die Absicht hat, durch seine Maßnahmen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Königreichs Norwegen jetzt oder in Zukunft anzutasten."*

Ehe Außenminister **Koht** zusammen mit einem Teil der Regierung und dem Storting am 9. April Oslo verließ, um sich nach Hamar zu begeben, erklärte er: *"Der deutsche Gesandte in Oslo [Dr. Bräuer] hat mündlich und schriftlich von der norwegischen Regierung verlangt, daß sie einem Einmarsch des deutschen Heeres keinen Widerstand entgegensetze. Der deutsche Gesandte in Oslo wurde heute um 5 Uhr morgens im norwegischen Außenministerium empfangen. Er versuchte, die Mitglieder der norwegischen Regierung davon zu überzeugen, daß es im Interesse Norwegens gelegen sei, sich unter den Schutz des deutschen Heeres zu stellen. Der norwegische Ministerrat trat bald danach zu einer dringend einberufenen Sitzung zusammen. Nach längerer Beratung kam der Ministerrat zum Schluß, daß sich Norwegen als souveräner Staat dem Schutz des deutschen Heeres nicht unterstellen könne."*

König **Haakon VII.**, der den deutschen Gesandten **Dr. Bräuer** am 10. April in Elverum empfing, lehnte die Bildung einer Regierung unter Führung **Vidkun Quislings** ab und hielt an der Regierung **Nygaardsvold** fest, die am 11. April einen Aufruf an das norwegische Volk richtete: *"Die Regierung"*, so heißt es dort, *"appelliert an das gesamte norwegische Volk und fordert es zur Unterstützung der Bemühungen auf, die legale Verwaltung des Landes aufrechtzuerhalten, die verfassungsmäßigen Rechte zu sichern und die Freiheit und Unabhängigkeit Norwegens zu erhalten ... Sie ruft das gesamte norwegische Volk auf, die traditionelle Freiheit des Landes zu schützen und in diesem Sinne den Kampf zu führen."*

Daraufhin wandte sich der deutsche Oberkommandierende in Norwegen General d. Inf. **Nikolaus von Falkenhorst** am 13. April mit folgendem Aufruf an die norwegische Bevölkerung: *"Mir ist die Aufgabe übertragen worden, Norwegens Land*

*gegen Angriffe von seiten der Westmächte zu sichern. Die norwegische Regierung hat mehrere Angebote auf Zusammenarbeit abgeschlagen. Das norwegische Volk muß nun selbst über das Schicksal seines Vaterlandes bestimmen. Wird der Aufruf befolgt, wie das mit größtem Verständnis im dänischen Volk geschehen ist, das sich in der gleichen Lage befand, [vgl. unten S. 32 Anm. 1], werden dem norwegischen Land die Schrecken des Krieges erspart werden. Wird Widerstand geleistet und die Hand zurückgewiesen, die in freundschaftlicher Absicht ausgestreckt ist, sehe ich mich gezwungen, mit den schärfsten und rücksichtslosesten Mitteln vorzugehen, um den Widerstand zu brechen. Vor ein Kriegsgericht gestellt wird der, welcher die von der geflüchteten vorherigen Regierung ausgestellten Mobilmachungsorders unterstützt oder falsche Gerüchte ausbreitet. Erschossen wird jede Zivilperson, die mit Waffen in der Hand angetroffen wird. Erschossen wird der, welcher Anlagen zerstört, die dem Verkehr und dem Nachrichtenwesen oder kommunalen Einrichtungen dienen. Erschossen wird der, welcher Kriegsmittel anwendet, die sich im Widerstreit mit dem Völkerrecht befinden (Dum-Dum). Das in vielen Kämpfen siegreiche deutsche Heer, die große und mächtige Flugwaffe und die Kriegsmarine bürgen dafür, daß dieser mein Aufruf durchgeführt werden wird."*

Da am 15. April König **Haakon** einen "dringenden Appell an alle norwegischen Männer und Frauen" richtete, "ihr Äußerstes zu tun, um die Freiheit und Unabhängigkeit" Norwegens zu retten, und gleichzeitig die Regierung **Nygaardsvold** die norwegische Bevölkerung aufforderte, mit den Engländern zusammenzuarbeiten und ihnen jeden möglichen Beistand zu gewähren, wurde der norwegische Gesandte in Berlin **Arne Scheel** am 19. April im Hinblick auf die von König **Haakon** und der Regierung **Nygaardsvold** gezeigte feindliche Haltung aufgefordert, noch am gleichen Tage mit dem Gesandtschaftspersonal das Reichsgebiet zu verlassen.

Nach dem Abschluß des Kampfes in Norwegen flohen König **Haakon**, Kronprinz **Olaf** und die Regierung **Nygaardsvold** auf den Rat des Oberkommandos aus Nordnorwegen (Tromsø) und trafen am 11. Juni in London ein; vgl. unten S. 69 Anm. 1.

Das Memorandum an die norwegische Regierung vom 9. April ist in den ADAP, Bd. 9 (Frankfurt/Main 1962 -- 18. März - 22. Juni 1940) als Anlage eines Schreibens des Reichsaußenministers an den Gesandten in Oslo im Dok. 53 -- S. 71 - 74 -- abgedruckt und erweckt insofern -- und soll es wohl auch -- einen untergeordneten Eindruck.

#### Im deutschen Weißbuch Nr. 4

#### "Dokumente zur englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung", Berlin 1940

ist eine Vielzahl von Dokumenten enthalten, die nach Beendigung der Kämpfe in Norwegen von deutschen Truppen gefunden worden sind und die in vielen Einzelheiten das bestätigen, was die Reichsregierung bereits vorher ermittelt und öffentlich erklärt hatte.

*"Die englische Landung in Norwegen ist in den Wochen vor der Ergreifung der deutschen Maßnahmen in allen Einzelheiten operativ vorbereitet worden, und die Durchführung der Operation begann am 6. und 7. April."*

Die militärischen Spionagermittlungen der Briten in Norwegen hatten bereits Ende 1939 begonnen. Die norwegische Regierung hat den englisch-französischen Landungsabsichten Vorschub geleistet und damit ihre Neutralitätspflichten verletzt.



# Erklärung des Reichsaußenministers von Ribbentrop vor dem Diplomatischen Korps und der in- und ausländischen Presse in der Neuen Reichskanzlei zu Berlin vom 27. April 1940 <sup>1)</sup>

Eure Exzellenzen! Meine Herren von den Diplomatischen Missionen! Meine Herren der ausländischen und inländischen Presse!

Ich habe Sie eingeladen, heute hierherzukommen, um Ihnen unmittelbar eine Reihe von politischen Dokumenten zugänglich zu machen, die nach Ansicht der Reichsregierung für die Weltöffentlichkeit, insbesondere für die Regierungen der neutralen Länder, von allergrößter Bedeutung sind.

Ich habe zu diesen Dokumenten im Namen der Reichsregierung folgendes auszuführen:

Am 3. September haben die Machthaber in England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg erklärt<sup>2)</sup>. Sie hatten hierzu keinerlei vernünftigen Grund. Das deutsche Volk und sein Führer haben seit dem Januar 1933 ständig ihren Willen bekundet, mit dem englischen und französischen Volk in Frieden und Freundschaft leben zu wollen. Das deutsche Volk aber nahm unter solchen Umständen in heiliger Entschlossenheit den ihm angesagten Krieg auf. Der Plan der englisch-französischen Machthaber, das Deutsche Reich aufzulösen, das deutsche Volk politisch zu entrechten und wirtschaftlich zu vernichten, wird von der geeinten Kraft der deutschen Nation abgewehrt und deshalb zuschanden werden.

Nachdem nun von vornherein ein direkter Angriff auf den deutschen Westwall als aussichtslos erkannt war, und der von den englischen und französischen Machthabern gegen Deutschland vorgetriebene polnische Verbündete versagte, suchte man verzweifelt nach neuen Möglichkeiten, um Deutschland beizukommen.

So wurde von der politischen und militärischen Leitung der Westmächte die Ausweitung des Krieges zum tragenden Gedanken ihrer Kriegspolitik erhoben. England und Frankreich versuchen deshalb seit Beginn des Jahres mit allen Mitteln, durch ein Hereinziehen neutraler Staaten eine Verlagerung des Kriegsschauplatzes herbeizuführen.

Besonders die kleineren europäischen Länder scheinen den englischen Machthabern hierfür die geeigneten Objekte zu sein, ihre Völker aber die willkommenen Hilfstruppen, um nach englischem altem Brauch das eigene Blut schonen zu können. Zur propagandistischen Untermauerung dieser Politik der Kriegsausweitung begannen die englischen und französischen Staatsmänner eine systematische Kampagne gegen das Neutralitätsprinzip an sich und gegen jedes Bestreben eines neutralen Staates, diese seine Neutralität zu wahren und sich aus dem Kriege herauszuhalten.

Am 21. Januar 1940<sup>3)</sup> hat Herr Churchill<sup>4)</sup> mit seiner

berüchtigten Rede gegen die Neutralität und seiner Aufforderung an die Neutralen, sich dem englisch-französischen Krieg gegen Deutschland anzuschließen<sup>3)</sup>, hierzu den Auftakt gegeben. Seither hat in keiner Rede eines englischen oder französischen Politikers die Forderung an die Neutralen gefehlt, sich an dem Kampfe gegen Deutschland zu beteiligen.

Nur einige Beispiele:

Herr Chamberlain<sup>5)</sup> erteilte am 31. Januar<sup>6)</sup> einen scharfen Tadel an die Neutralen wegen ihrer *"unbeteiligten Gleichgültigkeit"*. Am 24. Februar<sup>7)</sup> stellt Herr Chamberlain nach der flagranten englischen Neutralitätsverletzung und dem Überfall auf das deutsche Schiff "Altmark" in norwegischen Hoheitsgewässern fest, daß dies nur eine *"technische Neutralitätsverletzung"* sei<sup>8)</sup>. Am 27. Februar<sup>9)</sup> erklärte Herr Churchill, er sei es müde, über die Rechte der Neutralen nachzudenken.

Am 20. März<sup>10)</sup> sagt der englische Kriegsminister Stanley<sup>11)</sup>, die Engländer seien willige und fähige Schüler der Lehre, daß die Mißachtung der Rechte der Neutralen vorteilhaft sei. Am 30. März<sup>12)</sup> verkündet Herr Churchill, es wäre nicht gerecht, wenn die Westmächte im Kampf um Leben und Tod an legalen Abmachungen festhielten. Am 5. April stellt Lord de la Warr<sup>13)</sup> fest, weder Deutschland noch die Neutralen dürften sich darauf verlassen, daß England sich die Hände auf den Rücken binden lassen werde, indem es das Recht nach dem Buchstaben befolgte. Am 6. April 1940 erklärt der englische Arbeitsminister<sup>14)</sup>, weder Deutschland noch die Neutralen könnten damit rechnen, daß die Westmächte sich an den Buchstaben des Völkerrechtes halten würden. Am 10. April 1940<sup>15)</sup> warnt Lord Halifax<sup>16)</sup> die Neutralen, nicht zu spät um Hilfe zu bitten, weil dies für sie gefährlich sei. Herr Reynaud<sup>17)</sup> erklärt am 11. April<sup>18)</sup> drohend an die Neutralen, daß sie allen Anlaß hätten, jetzt ihre Lage zu überdenken.

Während bisher diese Äußerungen der englischen und französischen Staatsmänner entweder eine versteckte Aufforderung oder eine versteckte Drohung an die Neutralen darstellten, läßt Herr Duff Cooper<sup>19)</sup> am 12. April die Maske vollends fallen und erklärt mit brutaler Offenheit:

*"Nachdem wir den Neutralen klargemacht haben, daß ihre eigene Freiheit und Unabhängigkeit auf dem Spiele steht, müssen wir ihnen offen sagen, was wir fordern und welche Rolle jeder von ihnen in dem Bündnis zu spielen hat, das der Vernichtung Deutschlands dient. Wenn einer oder der andere dieser Staaten Zeichen des Zögerns zeigt, müssen wir so vorgehen, daß ein derartiges Zögern sofort überwunden wird."*

Für ihr Ziel einer Ausweitung des Krieges sahen England und Frankreich im finnisch-russischen Konflikt<sup>20)</sup> die erste willkommene Gelegenheit. Am 12. März hat Herr **Daladier**<sup>21)</sup> und am 19. März Herr **Chamberlain** öffentlich versichert<sup>22)</sup>, daß sie entschlossen gewesen seien, mit militärischen Kräften in den Konflikt einzugreifen unter Benutzung des Gebiets der nordischen Staaten als Operationsbasis, daß sie aber ihre Aktion abhängig machen würden von der Zustimmung der skandinavischen Staaten zum Durchmarsch ihrer Truppen. Diese öffentliche Erklärung der beiden Regierungschefs von England und Frankreich war eine glatte Unwahrheit.

Die Reichsregierung kennt den Bericht des finnischen Gesandten in Paris vom 12. März an seine Regierung. In diesem Bericht meldet der Gesandte, Herr **Daladier** und Herr **Churchill** hätten ihm die bestimmte Versicherung abgegeben, daß auf einen sofortigen finnischen Appell die bereitgestellten englischen und französischen Truppen aus ihren Häfen abfahren würden, um in Norwegen zu landen. An Norwegen und Schweden würde lediglich in einer Note der Durchmarsch notifiziert werden ohne daß die Regierungen der beiden Länder hierzu um Erlaubnis gefragt würden. Die diplomatischen Beziehungen Englands und Frankreichs zur Sowjetunion würden sofort abgebrochen werden. Herr **Churchill** war, wie sich aus dem Bericht ergibt, am 11. März abends im Flugzeug eigens nach Paris gekommen, um zu versuchen, auf diese Weise noch im letzten Augenblick den russisch-finnischen Friedensschluß<sup>23)</sup> zu verhindern.

Ein weiterer schlagender Beweis, in welchem Ausmaße bereits damals England und Frankreich ihre Intervention im Norden vorbereitet haben, ergibt sich aus einer großen Anzahl von Dokumenten, die den deutschen Truppen bei ihrer Aktion in Norwegen in die Hände gefallen sind und von denen eine kleine Auswahl heute der Öffentlichkeit überreicht wird<sup>24)</sup>. So geben die in Narvik gefundenen Dokumente einen umfassenden Einblick in die Tätigkeit des englischen Secret Service in Norwegen, der entlang der gesamten norwegischen Küste sowie auch in Oslo und anderen Städten Innernorwegens die Erkundung und Vorbereitung für die Landung des britischen und französischen Expeditionskorps und die Besetzung Norwegens vorzunehmen hatte.<sup>25)</sup> Es zeigt sich hier schon, daß die Engländer mit einer erstaunlichen Systematik alle Einzelheiten der Landung und des Aufmarsches durch ihre Spionageorganisation des Secret Service im geheimen erkunden ließen, obwohl, worauf ich später<sup>26)</sup> noch zurückkommen werde, die damalige norwegische Regierung<sup>27)</sup> mit den Engländern bereits seit langem im geheimen sympathisierte.

Daß die Absichten der britischen und französischen Regierung bei der geplanten Entsendung ihres Expeditionskorps über die Hilfe für Finnland gegen Rußland noch weit hinausgingen, zeigt ein Bericht des fran-

zösischen Marineattachés in Oslo vom 8. Februar, der erklärt, daß alle seine für die Landung notwendigen Erkundigungen den lokalen norwegischen Stellen gegenüber unter dem Vorwand von Transporten nach Finnland im geheimen betrieben würden<sup>28)</sup>.

Während aber diese englischen Vorbereitungen zur Ausweitung des Kriegsschauplatzes gegen Deutschland im Norden in aller Heimlichkeit getroffen wurden, hat Herr **Churchill** durch eine Reihe unvorsichtiger Äußerungen, die der deutschen Regierung aber zur Kenntnis kamen, die wahren Absichten und Ziele enthüllt.

Unter den heute der Öffentlichkeit übergebenen Dokumenten befindet sich deshalb auch ein Bericht des norwegischen Gesandten in London<sup>29)</sup> an seine Regierung über eine Pressekonferenz, die Herr **Churchill** am 2. Februar in London mit den Presse-Attachés der neutralen Nationen abhielt.

In der Niederschrift darüber wird zunächst berichtet: Herr **Churchill** tobte gegen Norwegen und Schweden; denn das schwedische Erz dürfte nicht mehr nach Deutschland kommen, um dann offen zu bekennen, daß es das große Ziel sei, die skandinavischen Staaten in den Krieg hineinzuziehen, und daß die beste Art, dies zu erreichen, darin bestünde, daß sich die skandinavischen Staaten an Finnlands Seite schlugen.

Ich muß dazu nun auf Grund des umfassenden Materials, das der deutschen Reichsregierung schon damals vorlag und das durch ebenso wichtige Funde nunmehr eine Ergänzung erfahren hat, folgende Erklärung abgeben:

1. Aus allen der deutschen Reichsregierung zur Kenntnis gekommenen Mitteilungen und Akten geht eindeutig hervor, daß die schwedische Regierung<sup>30)</sup> ihre Neutralitätserklärung in tiefstem Ernste auffaßte und in keinem Augenblick etwas tat oder geschehen ließ, was dem widersprochen hätte.

2. Die deutsche Reichsregierung muß feststellen, und sie wird es nunmehr durch die Veröffentlichungen der Akten beweisen, daß die frühere norwegische Regierung bereit war, nicht nur eine solche Aktion der Kriegsausweitung zu dulden, sondern, wenn notwendig, an ihr aktiv teilzunehmen, bzw. sie zu unterstützen<sup>31)</sup>. Aus allen, besonders von unseren Truppen in Norwegen gefundenen, Papieren geht einwandfrei hervor, daß die britische Spionagetätigkeit in Norwegen nicht nur mit weitester Duldung der lokalen und zentralen Behörden vor sich ging, sondern daß darüber hinaus viele norwegische Stellen und insbesondere die norwegische Marine in weitestgehendem Umfang dieser britischen Tätigkeit Vorschub leisteten.

Ein Beweis dafür, daß sich die norwegische Regierung schon früher mit dem Gedanken trug, auf der Seite Englands und Frankreichs, wenn notwendig, in den Krieg einzutreten, liegt auch in jener Niederschrift<sup>32)</sup> vor, in der über eine Regierungskonferenz beim damaligen norwegischen Ministerpräsidenten **Nygaardsvold** am 2. März berichtet wird.



In wahrhaft zynischer Weise hat dort der Minister **Koht**<sup>33)</sup> erklärt, daß, wenn England das Ansinnen auf eine Beihilfe Norwegens gegen Rußland, d. h. aber in Wirklichkeit zur Kriegsausweitung stellen würde, dann müsse Norwegen so "*Nein*" sagen, daß es in der Lage wäre, das "*Nein*" ohne weiteres in ein "*Ja*" zu verwandeln, und Herr **Koht** gibt dafür dann die charakteristische Begründung, daß, wenn Norwegen es nicht vermeiden könne, in den Konflikt hineingezogen zu werden, die norwegische Regierung sich dann von vornherein jedenfalls so einstellen müsse, daß Norwegen nicht auf der falschen Seite in den Krieg eintrete.

Nachdem den Westmächten durch den Friedensschluß in Finnland<sup>34)</sup> die erwünschte Gelegenheit für eine Einmischung im Norden zunächst genommen war, haben sie sofort versucht, neue Mittel und Wege zu finden, ihr Ziel der Kriegsausweitung zu erreichen.

Die fortlaufenden Bemühungen Englands und Frankreichs, den Südosten Europas in Aufruhr zu bringen, die dauernden Anstrengungen der Sabotage des englischen Secret Service in den verschiedenen Gebieten des Balkans<sup>35)</sup>, die Mobilisierung der Armee **Weygand**<sup>36)</sup> usw. liegen auf dieser Linie.

Um ihre eigenen Absichten moralisch zu motivieren, versuchten die Machthaber Englands und Frankreichs nach dem ihnen so ungelegen gekommenen russisch-finnischen Friedensschluß immer deutlicher, Deutschland der angeblichen Verletzung norwegischer Hoheitsgewässer zu bezichtigen.

Unter den zahllosen hierfür bestellten Presseartikeln ist charakteristisch die Meldung des *Temps* vom 27. März -- also einer Zeit, da sich die Vorbereitungen der Westmächte zur Besetzung Norwegens bereits vor dem Abschluß befanden --, in der dieser von einer angeblichen systematischen Verletzung der Hoheitsgewässer durch Deutschland spricht und nun behauptet, daß sich die Alliierten deshalb als berechtigt betrachten dürften, auch ihrerseits die Neutralität dieser Gewässer nicht mehr zu respektieren<sup>37)</sup>.

In der gleichen Richtung liegt auch eine Meldung von *Havas* (französische Presseagentur) vom selben Tag, in der davon gesprochen wird, daß die Passivität den eigentlichen Sinn der Neutralität fälsche und daß die Aktion der Alliierten sich darauf beschränke, das beeinträchtigte Gleichgewicht wiederherzustellen<sup>38)</sup>.

Wie diese Aktionen der Herstellung des Gleichgewichts aber verstanden sein wollten, darüber erhielt die Reichsregierung Kenntnis durch ein Gespräch, das der Ministerpräsident<sup>39)</sup> **Reynaud** wenige Tage später -- am 30. März -- mit einem ausländischen Diplomaten in Paris hatte.

Der Inhalt dieser von dem französischen Ministerpräsidenten abgegebenen unvorsichtigen Erklärung war die Versicherung, daß die Gefahrenmomente für den Westen -- besonders aber für den Süden -- nicht mehr bestünden, da in den nächsten Tagen entscheidende und wichtige Ereignisse im Norden Europas von

den Alliierten getätigt würden.

Diese Erklärungen ließen es der deutschen Reichsregierung ratsam erscheinen, nunmehr unverzüglich ihre bereits eingeleiteten Maßnahmen abzuschließen und für alle Fälle eine erhöhte Bereitschaft so sicherzustellen, daß in jedem Augenblick eingegriffen werden konnte. Die Einsicht in die unmittelbar drohende Gefahr wurde verstärkt, als die Reichsregierung einige Tage vor dem 8. April Kenntnis erhielt von der Absicht der englischen und französischen Regierung, an diesem Tage die Hoheit der skandinavischen Gewässer als nicht mehr bestehend zu erklären und anschließend sofort mit bestimmten Aktionen zu beginnen.

Der Führer gab daraufhin den Befehl zum Auslaufen der deutschen Flotte, um im Falle der Verwirklichung dieser der Reichsregierung mitgeteilten Absichten sofort eingreifen zu können.

Die nun für den 8. April tatsächlich angekündigte britische Minenlegung in den norwegischen Hoheitsgewässern wurde von der englischen Regierung tags vorher begründet mit der Absicht des Sperrens der norwegischen Hoheitsgewässer für die deutsche Handels-schiffahrt<sup>40)</sup>.

In Wahrheit aber sollten die Minen, die vor den norwegischen Häfen gelegt wurden, der Sicherung des englischen Expeditionskorps dienen, das um diese Zeit bereits in der Nordsee schwamm. Denn am 8. April<sup>41)</sup> waren die britischen Truppen, die zur Besetzung von Stavanger, Bergen, Drontheim und Narvik angesetzt werden sollten, bereits eingeladen und aus den Häfen ausgelaufen. In diesem Augenblick erhielt im Laufe des 8. April die britische Admiralität Kenntnis von dem Auftreten der deutschen Seestreitkräfte in der Nordsee. Sie bezog dieses Auftreten auf ihre beabsichtigte Landung, schickte daraufhin sofort die Transportschiffe zurück bzw. versuchte sie zurückzudirigieren und bemühte sich augenblicklich, in Gefechtsföhlung mit der deutschen Flotte zu kommen. Trotzdem gelang es nicht mehr, alle Transporte wieder in die Häfen zurückzubekommen, eine Anzahl dieser Schiffe wurde von deutschen Bombenflugzeugen noch gefaßt und vernichtet<sup>42)</sup>.

Die deutsche Gegenaktion, die am 9. April morgens zur Durchführung kam, ist deshalb gerade noch im richtigen Augenblick gekommen, um das englisch-französische Landungsmanöver an der norwegischen Küste zu verhindern bzw. zum Scheitern zu bringen.

Als nun die verantwortlichen Staatsmänner Englands und Frankreichs erkannten, daß ihre Pläne der Besetzung skandinavischen Gebiets gescheitert waren, stellten sich die Herren **Chamberlain**<sup>43)</sup>, **Churchill**<sup>44)</sup>, **Halifax**<sup>45)</sup> und **Reynaud**<sup>46)</sup> mit ihrem bekannten Pathos vor die Öffentlichkeit und erhoben schwerste Anklagen gegen das deutsche Vorgehen mit der kategorischen Versicherung, daß sie selbst niemals die Absicht gehabt hätten, außer der Minenlegung irgend etwas auf skandinavischem Hoheitsgebiet zu unternehmen. Wörtlich erklärte zu dem Zweck der englische Premierminister

im Unterhaus<sup>43)</sup>:

*"Die deutsche Regierung versichert, daß der Einmarsch in Norwegen eine Gegenmaßnahme gegen die Aktion der Alliierten in den norwegischen Gewässern sei. Diese Erklärung wird natürlich niemanden täuschen. In keinem Augenblick haben die Alliierten eine Besetzung skandinavischen Hoheitsgebietes ins Auge gefaßt, solange es nicht durch Deutschland angegriffen würde. Gegenteilige Behauptungen Deutschlands sind reine Erfindungen und haben keine tatsächlichen Begründungen".*

Im Namen der deutschen Reichsregierung, vor allem aber im Namen von Wahrheit und Recht, will ich Ihnen nunmehr, meine Herren, jene Dokumente unterbreiten, aus denen hervorgeht, daß es sich bei diesen Versicherungen der englisch-französischen Machthaber nur um Lügen und Fälschungen handelt.

Während Ihnen, meine Herren, in den letzten Tagen durch die Kriegsberichte unserer Gegner von den großen siegreichen Kämpfen der Alliierten und Verbündeten im Raume von Hamar und Elverum berichtet wurde, haben sich tatsächlich in diesem Gebiet heftige Kämpfe abgespielt. Auch Engländer nahmen an ihnen teil. In diesen Kämpfen haben nun die deutschen Truppen alle feindlichen Stellungen durchbrochen, die ihnen gegenüberstehenden englischen und norwegischen Verbände zurückgeworfen und endlich in wilde Flucht getrieben.

Im Zusammenstoß mit den englischen Verbänden haben die deutschen Truppen im Gebiet von Lillehammer den dort kommandierenden britischen Brigadestab sowie Teile des 8. Bataillons der Sherwood Foresters von der 148. englischen Infanteriebrigade gefangen genommen<sup>47)</sup>. Bei dem Brigadestab und bei Gefangenen, die in erfolgreichen Kämpfen nördlich von Drontheim eingebracht worden waren, fanden sich unter einer Fülle anderer Dokumente auch der gesamte Operationsplan für die englische Besetzung Norwegens. Ebenso wurden die verschiedenen daraus abgeleiteten Befehle der Brigade und der nachgeordneten Truppenteile erbeutet. Diese militärischen Befehle, deren erste Folge heute der Weltöffentlichkeit übergeben wird<sup>48)</sup>, beweisen, daß die englische Landung in Norwegen seit langem in allen Einzelheiten operativ vorbereitet war und daß der Befehl zum Landen für die ersten Teile des Expeditionskorps am 6. und 7. April gegeben wurde. Unter diesem Befehl befindet sich z. B. auch der Operationsbefehl des 8. Bataillons der Sherwood Foresters vom 7. April<sup>49)</sup>, der beweist, daß sich dieses Bataillon bereits an diesem Tage auf dem englischen Kreuzer "Glasgow" auf der Fahrt nach Norwegen befand, um in Stavanger zu landen. Ferner geht daraus hervor, daß andere Teile dieser Truppe sofort nach der Landung beauftragt waren, sich des Flughafens Sola zu bemächtigen.

Als man im Laufe des 8. vom Auslaufen der deutschen Flotte Kenntnis erhielt, wurde dieses Bataillon

wieder zurückgebracht und ausgeladen.

Ich habe nicht die Absicht, Ihnen, meine Herren, im einzelnen den Inhalt dieser Dokumente hier zu erläutern. Sie sprechen für sich selbst. Sie finden ihre Ergänzung durch eine große Anzahl von Tagebüchern englischer Offiziere und Soldaten<sup>50)</sup> sowie durch die unterdes vorliegenden Aussagen der britischen Gefangenen.

Die deutsche Reichsregierung wird in einer nun beginnenden Folge von Veröffentlichungen den dokumentarischen Nachweis erbringen, daß

1. England und Frankreich seit langer Zeit die Besetzung Norwegens vorbereitet hatten, daß

2. der norwegischen Regierung diese Tatsache bekannt war, daß

3. zum Unterschied von Schweden die norwegische Regierung sich mit dieser Tatsache abgefunden hatte, bzw. bereit war, so wie sie es ja dann auch tat, an der Seite Englands und Frankreichs in den Krieg einzutreten, daß

4. nur durch das Dazwischentreten Deutschlands in einer Zeitspanne von wenigen Stunden der britische Versuch scheiterte und daß endlich

5. die nachher abgegebenen Erklärungen der englischen und französischen Machthaber Lügen sind.

1) *Völkischer Beobachter (VB)* vom 28. April 1940; *Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 7 (1940), S. 353 - 358; Dokumente zur englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung (Berlin 1940) S. 3 - 8. -- In den ADAP Bd. IX nach dem Krieg nicht erwähnt.

2) Vgl. Dokumente Bd. 7, S. 269 Anm. 2 und 274 Anm. 2.

3) Zur Rundfunkrede Churchills vom 20. Januar 1940 vgl. oben S. 23 Anm. 3.

4) Vom 3. September 1939 bis 10. Mai 1940 Erster Lord der britischen Admiralität.

5) Vom 28. Mai 1937 bis 10. Mai 1940 britischer Premierminister.

6) Vor dem Nationalen Verteidigungsausschuß.

7) In Birmingham.

8) Auf denselben Standpunkt stellte sich auch der britische Außenminister Lord **Halifax** in seiner Unterredung mit dem norwegischen Gesandten in London **Colban** am 17. Februar 1940 (vgl. oben S. 10 Anm. 4).

9) Im englischen Unterhaus.

10) Auf einem Frühstück in London.

11) Vom 5. Januar bis 17. Mai 1940 war **Oliver Stanley** britischer Kriegsminister.

12) Im englischen Rundfunk.

13) **Earl de la Warr** war seit 3. April 1940 Erster Kommissar für öffentliche Arbeiten.

14) **Ernest Brown** (7. Juni 1935 - 17. Mai 1940).

15) Vor dem Propagandakomitee für die nationale Verteidigung.

16) Vom 20. Februar 1938 bis 23. Dezember 1940 britischer Außenminister.

17) Vom 20. März bis 16. Juni 1940 französischer Ministerpräsident.

18) In der französischen Kammer.

19) Bis 1. Oktober 1938 Erster Lord der britischen Admiralität; vom 17. Mai 1940 bis 21. Juli 1941 britischer Informationsminister.

20) Vgl. dazu oben S. 24 Anm. 4.

21) Vom 10. April 1938 bis 20. März 1940 französischer Ministerpräsident.

22) In der französischen Kammer bzw. im englischen Unterhaus; vgl. oben S. 24 Anm. 4.

23) Vgl. oben S. 24 Anm. 3.



- 24) Als viertes deutsches Weißbuch (Dokumente zur englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung, Berlin 1940).
- 25) Dokumente zur englisch-französischen Politik usw., Gruppe B und C; vgl. oben S. 35 Anm. 1.
- 26) Unten S. 45.
- 27) **Nygaardsvold** (seit 19. März 1935).
- 28) Dokumente zur englisch-französischen Politik usw., Gruppe D Nr. 1; vgl. auch oben S. 35 Anm. 1.
- 29) **Erik Colban** vom 5. Februar 1940; Dokumente zur englisch-französischen Politik usw., Gruppe E Nr. 4.
- 30) **Hansson** (seit 13. Dezember 1939).
- 31) Vgl. dazu auch die Ausführungen des Führers der "Nasjonal Samling" **Vidkun Quisling** (über ihn vgl. unten S. 71 Anm. 2) in einer Massenversammlung zu Oslo vom 9. April 1941 (*Deutsche Zeitung in Norwegen* vom 10. April 1941):
- "Den norwegischen Behörden war, als der englische Überfall kam, der englische Invasionsplan bereits seit drei Monaten bekannt. Am 6. Januar 1940 teilte nämlich der englische Außenminister Lord Halifax dem norwegischen Gesandten in London **Erik Colban** mit, daß England sich dazu berechtigt ansehe, norwegisches Seegebiet als Operationsbasis für seine Seestreitkräfte zu benutzen. Am 8. Januar teilte **Koht** dies in einer Geheimsitzung dem Storting mit, wo auch die bürgerliche und marxistische Presse zugegen war. Am 7. Februar 1940 rief der britische Außenminister Lord Halifax den Gesandten wieder zu sich und teilte ihm mit, daß England sich gewisse Stützpunkte an der norwegischen Küste schaffen will, um den deutschen Erztransport von Narvik zu stoppen. Diese Dinge waren in weiten parteipolitischen Kreisen kein Geheimnis. Die Bestimmung über die Schweigepflicht bei geheimen Sitzungen und Pressekonferenzen wurde sowohl in Reden und Privatbriefen gebrochen. Und Mitte Februar besichtigten englische und französische Generalstabsoffiziere im Einvernehmen der norwegischen Behörden Landungsstellen. Am 16. Februar nahmen dann Engländer praktisch die Gelegenheit wahr, um zu prüfen, wie sich Norwegen zu einer englischen Aktion stellen würde. Sie vollbrachten dies mit einem technischen Bruch des Völkerrechtes. Sie überfielen das deutsche Handelsschiff 'Altmark' im Jössing-Fjord [vgl. oben S. 11 - 19] und bekamen den zufriedenstellenden Beweis, daß die norwegischen Behörden sich einem englischen Eingreifen nicht entgegensetzten.
- Ende März verübten sie weitere 5 Überfälle auf deutsche Handelsschiffe innerhalb norwegischen Seegebietes mit ähnlichem Resultat. Die norwegische Regierung, das Storting, beschränkte sich auf Proforma-Proteste.
- Am 6. April leitete dann England den Feldzug gegen Norwegen in dem Bewußtsein ein, daß sie willkommen geheißen werden in dem Lande, wie es in der englischen Truppenorder für die Aktion (vom 6. April 1940); Dokumente zur englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung, Berlin 1940, Gruppe A Nr. 3 [Ziff. 1]) heißt. Die norwegischen Behörden mit dem König an der Spitze mobilisierten weder am 5., 6. noch 8. April, und dies, obwohl sie von der Gesandtschaft in Berlin die Meldung erhalten hatten, daß deutsche Truppentransporte in der Ostsee versammelt werden. Sie hätten sich darüber im klaren sein müssen, daß Deutschland in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht gegen England in Norwegen eingreifen würde, wenn Norwegen nicht selbst seine Neutralität gegen den englisch-französischen Angriff schützte.
- Am Morgen des 8. April war auch in Oslo öffentlich bekannt, daß deutsche Seestreitkräfte sich in nördlicher Richtung bewegten, um den englischen Überfall zu verhindern. ...
- Der König und die Regierung mobilisierten nicht, weil sie erst warten wollten, bis die Engländer kamen. Daher ließen sie auch keine Minen legen, die ein Einlaufen hätten verhindern können. Aber als die Deutschen den Engländern zuvorkamen und die deutsche Regierung der norwegischen gegen englischen Überfall helfen wollte und versicherte, unsere nationale Selbständigkeit und die norwegischen Lebensinteressen zu wahren [oben S. 31], ließ die Regierung und der König mobilisieren. Es waren elend ausgerüstete, traurige Streitkräfte, die den wahnwitzigen Befehl erhalten hatten,

sich der deutschen bewaffneten Hilfsmacht entgegenzustellen.

Die Neutralität verpflichtet nicht nur zur Passivität, sie erfordert aktive Handlungen gegen die Macht, die die Neutralität verletzt. Das Völkerrecht sagt weiter, daß man nicht das Recht hat, aktiv gegen eine andere kriegführende Macht einzutreten, wenn diese Repressalien gegen eine Neutralitätskränkung anwendet.

Norwegen war somit verpflichtet, gegen England einzugreifen und nicht gegen Deutschland, ja im Gegenteil verpflichtet, Deutschland zu unterstützen. Der König und die Regierung **Nygaardsvold** machten genau das Entgegengesetzte von dem, was sie hätten tun müssen. Nachdem sie leichtsinnig die Jugend in den Tod geschickt und das Schicksal der Einwohner aufs Spiel gesetzt hatten, flüchteten Regierung, Storting und Königshaus. Und sie nahmen außer dem norwegischen Gold auch die obersten Verwaltungschefs mit, so daß die Verwaltung lahmgelegt wurde. Zwei der Hauptschuldigen, [der jüdische Stortingpräsident **Carl C.] Hambro** und [der frühere Ministerpräsident **Johann Ludwig] Mowinkel**, retteten sich nach Schweden hinüber. Auch die Kronprinzessin [**Martha**] und die oberste Leiterin der norwegischen Frauenhilfe in Kriegs- und Notzeiten flüchtete gleich mit ihren Kindern nach Schweden. Das Volk wurde im Stich gelassen, und ein Chaos war die Folge."

- 32) Dokumente zur englisch-französischen Politik usw., Gruppe E Nr. 3; vgl. auch oben S. 28 Anm. 1.
- 33) Norwegischer Außenminister.
- 34) Vgl. oben S. 24 Anm. 3.
- 35) Am 5. April 1940 wurde beispielsweise von rumänischen Sicherheitsbehörden ein großangelegter britischer Versuch verhindert, den Wirtschaftsverkehr vom Balkan nach Deutschland durch Sprengungen einzelner Uferstellen der Donau und durch Schiffsversenkungen in diesem Flusse zu unterbinden.
- 36) Französische Orientarmee in Syrien unter General **Maxime Weygand**.
- 37) *Temps* vom 28. März 1940 (*Monatshefte für Auswärtige Politik*, Jahrg. 7 [1940], S. 343):
- "In maßgebenden Kreisen wird erklärt, daß die Alliierten auf Grund der systematischen Verletzung der norwegischen Hoheitsgewässer durch deutsche Schiffe seit Ausbruch der Feindseligkeiten sich nunmehr für berechtigt halten, die Neutralitätsrechte dieser Gewässer nicht mehr zu respektieren."
- 38) Vgl. oben S. 26 Anm. 3.
- 39) Seit 20. März 1940.
- 40) Vgl. oben S. 27 Anm. 4.
- 41) Zu diesem Datum vgl. auch unten S. 221
- 42) Über diese Waffentat meldete der deutsche Wehrmachtsbericht vom 10. April 1940: "Die von Aufklärern festgestellten britischen Seestreitkräfte und Transportschiffe wurden gestern in den späten Nachmittagsstunden von der deutschen Luftwaffe angegriffen und vernichtend geschlagen. Fast alle feindlichen Kriegsschiffe erhielten Volltreffer schweren Kalibers. Im einzelnen wurden getroffen: 4 Schlachtschiffe mit je 2 oder 3 Bomben, 2 Schlachtkreuzer mit je 1 Bombe, 2 schwere Kreuzer mit 2 bzw. 1 Bombe, 1 schwerer Kreuzer wurde mit Bombentreffer in Brand gesetzt, 2 Transportschiffe wurden mit je 1 Bombe belegt".
- 43) Am Abend des 9. April im englischen Unterhaus.
- 44) Am 11. April 1940 im englischen Unterhaus.
- 45) Am 10. April 1940 vor dem Propagandakomitee für die nationale Verteidigung.
- 46) Am 10. April 1940 im französischen Senat.
- 47) Vgl. dazu auch den deutschen Wehrmachtsbericht vom 27. April 1940 sowie **Hitlers** Ausführungen in seiner Rede bei Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1940/41 vom 4. September 1940 ("Der großdeutsche Freiheitskampf Bd. 2 oben 1941", S. 85 ff.)
- 48) Dokumente zur englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung, Gruppe A Nr. 1-6.
- 49) Ebd. Gruppe A Nr. 4.
- 50) Ebd. Gruppe A Nr. 6; vgl. auch "Kampf um Norwegen", hrsg. vom Oberkommando der Wehrmacht (Berlin 1940), S. 101-104.

# Memorandum der deutschen Reichsregierung an die belgische und niederländische Regierung vom 9. Mai 1940 <sup>1)</sup>.

Die Reichsregierung ist sich seit langem über das Hauptziel der britischen und französischen Kriegspolitik im klaren. Es besteht in der Ausweitung des Krieges auf andere Länder und in dem Mißbrauch ihrer Völker zu Hilfs- und Söldnertruppen Englands und Frankreichs.

Der letzte Versuch in dieser Richtung war der Plan, Skandinavien mit Hilfe Norwegens zu besetzen, um hier eine neue Front gegen Deutschland zu errichten. Nur durch das Eingreifen Deutschlands in letzter Stunde wurde diese Absicht zunichte gemacht<sup>2)</sup>. Deutschland hat hierfür vor der Weltöffentlichkeit den dokumentarischen Nachweis erbracht<sup>3)</sup>.

Sofort nach dem Scheitern der britisch-französischen Aktion in Skandinavien haben England und Frankreich ihre Politik der Kriegsausweitung in anderer Richtung wieder aufgenommen. So verkündete noch während des fluchtartigen Rückzugs der britischen Truppen aus Norwegen<sup>4)</sup> der englische Premierminister<sup>5)</sup>, daß England infolge der veränderten Situation in Skandinavien nunmehr in der Lage sei, eine Verlagerung des Schweregewichts seiner Flotte nach dem Mittelmeer vorzunehmen, und daß englische und französische Einheiten bereits nach Alexandrien unterwegs seien. Das Mittelmeer wurde jetzt zum Mittelpunkt der englisch-französischen

Kriegspropaganda. Diese sollte teils die Niederlage in Skandinavien und den erlittenen großen Prestigeverlust vor den eigenen Völkern und der Welt verschleiern, teils sollte hierdurch der Anschein erweckt werden, als ob nunmehr der Balkan zum nächsten Kriegsschauplatz gegen Deutschland ausersehen sei.

In Wirklichkeit aber diente diese scheinbare Verlagerung der englisch-französischen Kriegspolitik nach dem Mittelmeer einem ganz anderen Zweck: Sie war nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver größten Stils, um Deutschland über die eigentliche Richtung des nächsten englisch-französischen Angriffs zu täuschen. Denn, wie der Reichsregierung seit langem bekannt ist, ist das wahre Ziel Englands und Frankreichs, der sorgsam vorbereitete und nunmehr unmittelbar bevorstehende Angriff gegen Deutschland im Westen, um über belgisches und niederländisches Gebiet nach dem Ruhrgebiet vorzustoßen.

Deutschland hat die Integrität Belgiens und der Niederlande anerkannt und respektiert<sup>6)</sup> unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese beiden Länder im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und England-Frankreich die strikteste Neutralität bewahren würden.

Belgien und die Niederlande haben diese Bedingung nicht erfüllt.

Sie haben zwar bisher den äußeren Schein der Neutralität zu wahren gesucht, in Wahrheit aber haben beide Länder völlig einseitig die Kriegsgegner Deutschlands begünstigt und ihren Absichten Vorschub geleistet.

Auf Grund der ihr vorliegenden Unterlagen und im besonderen der beiliegenden Berichte des Reichsmini-

1) VB. vom 11. Mai 1940; *Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 7 (1940), S. 360-364.

Dieses Memorandum wurde in der Frühe des 10. Mai 1940 durch den deutschen Botschafter in Brüssel **Vicco von Bülow-Schwante** dem belgischen Außenminister **Spaak** (vgl. auch unten S. 149 Anm. 1) und durch den deutschen Gesandten im Haag **Julius Graf von Zech-Burkersroda** dem niederländischen Außenminister **van Kleffens** (vgl. auch unten S. 149 Anm. 1) überreicht. Zum Inhalt vgl. auch den Bericht des Reichsinnenministers **Dr. Frick** vom 29. März und den Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 4. Mai 1940 (oben S. 104 - 142 [Dok. 17 und 18] sowie die Erklärung des Reichsaußenministers **von Ribbentrop** vom 10. Mai 1940 (unten S. 152 [Dok. 21]).

2) Vgl. dazu oben S. 50 - 51.

3) Durch das deutsche Weißbuch Nr. 4: Dokumente zur englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung (Berlin 1940); vgl. auch oben S. 39 - 50 (Dok. 7).

4) Vgl. oben S. 59 Anm. 2.

5) Chamberlain erklärte am 2. Mai 1940 vor dem Unterhaus, "daß man zu einer normaleren Verteilung der Flottenstreitkräfte im Mittelmeer zurückkehren konnte, da während einer bestimmten Zeit diese Verteilung durch die Bedürfnisse in der Nordsee gestört war. Bereits befinden sich ein britisches und ein französisches Schlachtschiffgeschwader in Begleitung von Kreuzern und anderen Hilfseinheiten im östlichen Mittelmeer auf dem Wege nach Alexandrien".

6) Vgl. vor allem die deutsche Note über Belgiens Unverletzlichkeit vom 13. Oktober 1937 (Dokumente Bd. 5, Dok. 37) und die Erklärung des Führers über Holland in seiner Reichtagsrede vom 30. Januar 1937 (Dokumente Bd. 5, S. 43). Am 13. November 1939 wurde durch DNB. folgende Mitteilung verbreitet:

"Ein Hauptgegenstand der internationalen Presseerörterung war in den letzten Tagen das angebliche deutsche Vorhaben, in Holland und Belgien einzumarschieren. Von deutscher Seite bestand, wie man in Berliner politischen Kreisen hervorhebt, kein Anlaß, zu diesen Behauptungen in der englischen und französischen Presse Stellung zu nehmen; denn die deutsche Haltung ist genügend bekannt, nachdem Deutschland [am 26. August 1939] deutlich erklärt hat, daß es die Neutralität Belgiens und Hollands solange achten werde, als England und Frankreich diese Neutralität respektieren und als Holland und Belgien sich selbst imstande zeigen, ihre Neutralität strikt einzuhalten".



steriums des Innern vom 29. März 1940 <sup>7)</sup> und des Oberkommandos der Wehrmacht vom 4. Mai 1940 <sup>8)</sup> stellt die Reichsregierung folgendes fest:

1.

Seit Ausbruch des Krieges haben die belgische<sup>9)</sup> und die niederländische Presse in ihren feindlichen Auslassungen gegen Deutschland die englischen und französischen Zeitungen noch überboten. Diese Haltung haben sie trotz dauernder Vorstellungen durch das Reich bis zum heutigen Tage nicht geändert.

Darüber hinaus haben führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den beiden Ländern in den letzten Monaten in immer steigendem Maße zum Ausdruck gebracht, daß der Platz Belgiens und der Niederlande an der Seite Englands und Frankreichs sei. Viele andere Vorgänge des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Belgien und in den Niederlanden unterstreichen noch diese Tendenz.

2.

Die Niederlande in Verbindung mit belgischen Stellen haben sich dazu hergegeben, unter flagrantester Verletzung ihrer primitivsten Neutralitätspflichten die Versuche des englischen Secret Intelligence Service zur Herbeiführung einer Revolution in Deutschland zu unterstützen. Die auf belgischem und niederländischem Boden vom Secret Intelligence Service gebildete Organisation, die sich der weitestgehenden Unterstützung niederländischer und belgischer Stellen bis in die höchsten Kreise der Beamtenschaft und des Generalstabes erfreute, hatte nichts anderes zum Ziel als die Beseitigung des Führers und der Reichsregierung mit allen Mitteln und die Einsetzung einer Regierung in Deutschland, die gewillt wäre, die Auflösung der Einheit des Reiches herbeizuführen und der Bildung eines ohnmächtigen föderativen deutschen Staatengebildes zuzustimmen<sup>10)</sup>.

3.

Die Maßnahmen der Königlich Belgischen und der Königlich Niederländischen Regierung auf militärischem Gebiet sprechen eine noch klarere Sprache. Sie geben den unwiderleglichen Beweis für die wahren Absichten der belgischen und niederländischen Politik. Sie stehen ferner in schroffstem Gegensatz zu allen Erklärungen der Königlich Belgischen und der Königlich Niederländischen Regierung, daß sie eine Benutzung ihres Staatsgebietes als Durchmarschland oder als Operationsbasis zu Lande, zur See und in der Luft mit allen Kräften und nach allen Seiten verhindern würden.

7) Oben S. 104-119 (Dok. 17).

8) Oben S. 119-142 (Dok. 18).

9) Vgl. dazu P. Dehottay, Die Kriegsschuld der belgischen Presse (Berlin 1942).

10) Vgl. dazu oben S. 112.

4.

So hat zum Beispiel Belgien ausschließlich seine Ostgrenze gegen Deutschland befestigt, während es an seiner Grenze gegenüber Frankreich keinerlei Befestigungen angelegt hat. Wiederholte dringende Vorstellungen der Reichsregierung wurden zwar von der Königlich Belgischen Regierung jedesmal mit der Zusage beantwortet, daß man eine Beseitigung dieses einseitig gegen Deutschland gerichteten Zustandes herbeiführen würde. Praktisch aber geschah nichts, und alle Versprechungen in dieser Richtung blieben unerfüllt. Im Gegenteil, Belgien hat bis in die letzte Zeit hinein ausschließlich und unvermindert an dem Ausbau seiner gegen Deutschland gerichteten Befestigungen gearbeitet, während die belgischen Westgrenzen den Feinden Deutschlands offenstehen<sup>11)</sup>.

5.

Ein ebenso offenes und ungesichertes Einfallstor ist das niederländische Küstengebiet für die britischen Luftstreitkräfte.

Die Reichsregierung hat der Königlich Niederländischen Regierung in fortlaufenden Mitteilungen den Nachweis über die Verletzung der niederländischen Neutralität durch englische Flugzeuge erbracht. Seit Kriegsausbruch sind englische Flieger fast täglich von den Niederlanden kommend über deutschem Boden erschienen. 127 solcher englischer Überfliegungen wurden einwandfrei in allen Einzelheiten festgestellt und der Königlich Niederländischen Regierung notifiziert. In Wirklichkeit aber ist ihre Zahl weit größer, sie beträgt ein Vielfaches der notifizierten Fälle. Auch bei all diesen weiteren Überfliegungen besteht kein Zweifel, daß es sich um englische Flugzeuge gehandelt hat. Die große Zahl der Überfliegungen und die Tatsache, daß hiergegen von der Königlich Niederländischen Regierung keinerlei wirksame Maßnahmen getroffen wurden, beweisen eindeutig, daß die englische Luftwaffe niederländisches Hoheitsgebiet mit Wissen und Duldung der Königlich Niederländischen Regierung systematisch zum Ausgang ihrer Operationen gegen Deutschland gemacht hat<sup>12)</sup>.

6.

Ein noch krasserer Beweis für die wahre belgische und niederländische Einstellung aber ist der allein gegen Deutschland gerichtete Aufmarsch der gesamten mobilisierten belgischen und niederländischen Truppen<sup>13)</sup>.

Während Anfang September 1939 Belgien und die Niederlande ihre Truppen ziemlich gleichmäßig an ihren Grenzen verteilt hatten, wurden parallel mit der sich immer mehr vertiefenden Zusammenarbeit zwi-

11) Vgl. dazu oben S. 126.

12) Vgl. auch oben S. 138.

13) Vgl. dazu oben S. 124 und 135.

schen den belgischen und niederländischen Generalstäben und den Generalstäben Englands und Frankreichs einige Zeit später die Westgrenzen dieser Länder völlig von Truppen entblößt und die gesamten belgischen und niederländischen Truppen an der Ostgrenze der beiden Länder mit Frontstellung gegen Deutschland konzentriert.

#### 7.

Diese Massierung belgischer und niederländischer Truppen an der deutschen Grenze wurde vorgenommen zu einer Zeit, zu der Deutschland an seinen Grenzen gegenüber Belgien und den Niederlanden keinerlei Truppen konzentriert hatte, zu der England und Frankreich dagegen eine starke motorisierte Angriffsarmee an der belgisch-französischen Grenze versammelten. Das heißt also, Belgien und die Niederlande nahmen zu einer Zeit, in der ihre Neutralität im Westen durch die Haltung Englands und Frankreichs und durch die Massierung englisch-französischer Angriffstruppen immer bedrohter erschien - und sie daher alle Veranlassung gehabt hätten, ihre Sicherung hier zu verstärken -, ihre eigenen Truppen von diesen gefährdeten Westgrenzen fort, um sie an ihre Ostgrenzen zu werfen, die von deutschen Truppen völlig entblößt waren. Erst dann hat Deutschland seine Gegenmaßnahmen getroffen und nun auch seinerseits Truppen an den belgischen und niederländischen Grenzen aufgestellt. Der belgische und der niederländische Generalstab aber haben durch diese plötzlichen und an sich jeder militärischen Regel widersprechenden Maßnahmen ihre wahre Einstellung dekuviert. Ihr Vorgehen wird aber verständlich, wenn man weiß, daß diese Maßnahmen im engsten vorherigen Einvernehmen mit dem englisch-französischen Generalstab getroffen wurden und daß die belgischen und niederländischen Truppen sich niemals als etwas anderes betrachtet haben denn als die Vorhut der englisch-französischen Angriffsarmee.

#### 8.

Unterlagen, die der Reichsregierung vorliegen, beweisen, daß die Vorbereitungen Englands und Frankreichs auf belgischem und niederländischem Gebiet für ihren Angriff gegen Deutschland bereits weitgehend fortgeschritten sind.

So sind bereits seit längerer Zeit im geheimen alle Hindernisse an der belgischen Grenze nach Frankreich, die einem Einmarsch der englisch-französischen Angriffsarmee entgegenstehen könnten, fortgeräumt<sup>14)</sup>. Flugplätze in Belgien und den Niederlanden sind von englischen und französischen Offizieren erkundet und ihr Ausbau veranlaßt worden<sup>15)</sup>. Transportmaterial wurde von Belgien an der Grenze bereitgestellt<sup>16)</sup>, und seit kurzer Zeit sind Vorkommandos von Stäben und Trup-

penteilen der englisch-französischen Armee in verschiedenen Teilen Belgiens und der Niederlande angekommen<sup>17)</sup>. Diese Tatsachen und weitere Meldungen, die sich in den letzten Tagen häufen, erbringen den einwandfreien Beweis, daß der englisch-französische Angriff gegen Deutschland unmittelbar bevorsteht und daß dieser Vorstoß an die Ruhr über Belgien und die Niederlande erfolgen wird.

Das Bild der belgischen und niederländischen Einstellung, wie es sich aus diesen unwiderleglichen Tatsachen ergibt, ist eindeutig und klar. Beide Länder haben sich vom Ausbruch des Krieges an und entgegen den von ihren Regierungen nach außen hin abgegebenen Erklärungen insgeheim auf seiten Englands und Frankreichs gestellt, also auf Seite der Mächte, die sich zum Angriff gegen Deutschland entschlossen und ihm den Krieg erklärt haben. Obwohl der Herr belgische Außenminister<sup>18)</sup> verschiedentlich von deutscher Seite in allem Ernst auf diese Haltung hingewiesen wurde, hat sich nicht das geringste geändert. Vielmehr hat der Herr belgische Verteidigungsminister<sup>19)</sup> kürzlich in der belgische Kammer öffentlich Erklärungen abgegeben, die in nicht mißzuverstehender Weise das Eingeständnis enthalten, daß zwischen den Generalstäben Belgiens, Frankreichs und Englands alle zum gemeinsamen Vorgehen gegen Deutschland notwendigen Maßnahmen vereinbart worden sind.

Wenn trotzdem Belgien und die Niederlande nach außen auch weiterhin eine Politik der Unabhängigkeit und Neutralität proklamieren, so kann das im Lichte der feststehenden Tatsachen nur als ein Versuch angesehen werden, über die wahren Absichten der belgischen und niederländischen Politik hinwegzutäuschen.

Die Reichsregierung kann bei dieser Lage jedoch nicht mehr bezweifeln, daß Belgien und die Niederlande entschlossen sind, den bevorstehenden englisch-französischen Angriff nicht nur zu dulden, sondern nach jeder Richtung hin zu begünstigen, und daß die von den Generalstäben der beiden Länder mit dem englisch-französischen Generalstab getroffenen Abmachungen ausschließlich diesem Zwecke dienen. Der von belgischer und niederländischer Seite vorgebrachte Einwand, daß diese Entwicklung nicht ihrer Absicht entspreche, sondern daß sie einfach infolge ihrer Hilflosigkeit England und Frankreich gegenüber gezwungen gewesen seien, diese Haltung einzunehmen, kann nicht als stichhaltig anerkannt werden. Sie ändert aber vor allem für Deutschland nichts an der gegebenen Sachlage.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, in diesem, dem deutschen Volke von England und Frankreich aufgezwungenen Existenzkampf den Angriff Englands und Frankreichs tatenlos abzuwarten und den Krieg über Belgien und die Niederlande in deutsches Gebiet hin-

17) Vgl. dazu oben S. 132.

18) Der Sozialdemokrat Paul Spaak (seit 3. September 1939 belgischer Außenminister).

19) Generalleutnant Denis am 7. Februar 1940; vgl. oben S. 126.

14) Vgl. dazu oben S. 126.

15) Vgl. dazu oben S. 139.

16) Vgl. dazu oben S. 127.



eintragen zu lassen. Sie hat deshalb den deutschen Truppen nunmehr den Befehl erteilt, die Neutralität dieser Länder mit allen militärischen Machtmitteln des Reiches sicherzustellen.

Die Reichsregierung hat dieser Mitteilung noch folgendes hinzuzufügen:

Die deutschen Truppen kommen nicht als Feinde des belgischen und des niederländischen Volkes; denn die Reichsregierung hat diese Entwicklung weder gewollt noch herbeigeführt. Die Verantwortung dafür fällt auf England und Frankreich, die den Angriff gegen Deutschland auf belgischem und niederländischem Territorium in allen Einzelheiten vorbereitet haben, und auf die belgischen und niederländischen Regierungen, die dieses geduldet und begünstigt haben.

Die Reichsregierung erklärt ferner, daß Deutschland nicht die Absicht hat, durch diese Maßnahmen die Souveränität des Königreichs Belgien und des König-

reichs der Niederlande noch den europäischen oder außereuropäischen Besitzstand dieser Länder jetzt oder in Zukunft anzutasten.

Die Königlich Belgische und die Königlich Niederländische Regierung aber haben es heute noch in der Hand, das Wohl ihrer Völker in letzter Stunde sicherzustellen, indem sie dafür sorgen, daß den deutschen Truppen keinerlei Widerstand entgegengesetzt wird. Die Reichsregierung fordert die beiden Regierungen hiermit auf, unverzüglich die hierfür erforderlichen Befehle zu erteilen. Sollten die deutschen Truppen in Belgien oder den Niederlanden auf Widerstand stoßen, so wird dieser mit allen Mitteln gebrochen werden. Für die sich daraus ergebenden Folgen und für das dann unvermeidliche Blutvergießen würden die Königlich Belgische und die Königlich Niederländische Regierung ausschließlich die Verantwortung zu tragen haben<sup>20)</sup>.

Berlin, den 9. Mai 1940.

---

(Morandum der Reichsregierung an die belgische und niederländische Regierung vom 9. Mai 1940 ist in den ADAP als Dok- 214 -- S. 245 - 248 -- , Band IX abgedruckt. Das Memorandum an die Luxemburgische Regierung vom gleichen Tage ist in den ADAP ebenfalls abgedruckt (Dpk. 215, S. 248).

---

20) Der deutsche Gesandte im Haag Graf von Zech-Burkersroda übermittelte (nach Mitteilung des Pressedienstes der holländischen Regierung) dem holländischen Außenminister van Kleffens am Morgen des 10. Mai 1940 gleichzeitig folgende Erklärung: "Wir geben Ihnen den Einsatz riesiger deutscher Truppenmassen zur Kenntnis. Jeder Widerstand ist vollkommen ausgeschlossen. Deutschland garantiert das holländische Territorium in Europa und Übersee und ebenso die Beibehaltung der holländischen Dynastie, wenn kein Widerstand entgegengesetzt wird. Im gegenteiligen Fall besteht die Gefahr der völligen Vernichtung des Landes und seiner Verfassung. Wir geben Ihnen daher dringend den Rat, an das Volk und an die Armee den Appell zu richten, mit dem deutschen Oberkommando in Fühlung zu treten. Wir besitzen unwiderlegliche Beweise dafür, daß eine unmittelbar bevorstehende Invasion von seitens Englands und Frankreichs in Belgien, Holland und Luxemburg drohte, eine Invasion, die mit Wissen Hollands und Belgiens vorbereitet und zum Angriff auf das Ruhrgebiet bestimmt war". Darauf erwiderte der holländische Außenminister, daß "sich die holländische Regierung als mit Deutschland im Kriege stehende betrachtet". Gleichzeitig erhob die holländische Königin Wilhelmine in einem Aufruf "schärfsten Protest". Ferner wurden die holländischen Gesandten in London und Paris von ihrer Regierung beauftragt, die britische und französische Hilfe anzurufen. In ihrer umgehend erfolgenden Antwort versprachen die Westmächte Unterstützung.

Auch die belgische Regierung nahm gegen Deutschland eine feindselige Haltung ein; so erklärte der Außenminister Spaak dem deutschen Botschafter Bülow-Schwante am Morgen des 10. Mai bei der Überreichung des deutschen Memorandums:

---

"Belgien ist entschlossen, sich zu verteidigen". In der am gleichen Tage in der belgischen Kammer abgegebenen Regierungserklärung heißt es: "Wir bestätigen unseren unerschütterlichen Willen, bis zum Äußersten für unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit zu kämpfen. Die Prüfung wird schwerer werden als im Jahre 1914. Sie wird vielleicht ebenso lang werden; aber unsere prachtvolle Armee ist zum Kampfe bereit, und sie ist schlagkräftig. Wir unterstützen sie ohne jede Einschränkung. Der König ist sofort an die Spitze seiner Truppen abgereist. Wir haben in seine Entschlußkraft das vollste Vertrauen. Er kann auf unsere unverbrüchliche Treue zählen".

Außerdem richtete die belgische Regierung sofort einen Appell "an die britische und an die französische Regierung, damit der in den Verträgen vorgesehene Beistand, welcher in der gemeinsamen Erklärung vom 24. April 1937 [vgl. oben S. 120 Anm. 1] erneuert wurde, in kürzestmöglicher Frist gewährt werde". Daraufhin gab die britische Regierung die Erklärung ab: "Die britische und die französische Regierung haben sofort alle Maßnahmen zur Hilfeleistung an Belgien mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ergriffen".

Als die belgische und die niederländische Regierung am 10. Mai versuchten, durch ihre bisherigen diplomatischen Vertretungen in Berlin Protestnoten im Auswärtigen Amt abzugeben, hat (wie DNB. bekannt gab) "der diensttuende Beamte nach Kenntnisnahme des ebenso dreisten wie törichtigen Inhalts dieser Noten die Annahme derselben verweigert und die Gesandten [Botschafter Vicomte Jaques Davignon und Gesandten Jonkheer Dr. H. M. van Haersma de With] ersucht, die von ihnen ausgesprochene Bitte um die Zustellung ihrer Pässe in der üblichen gehörigen Form vorzubringen".

## Aufruf des Führers an die deutschen Soldaten der Westfront vom 10. Mai 1940 <sup>21)</sup>

Soldaten der Westfront!

Die Stunde des entscheidendsten Kampfes für die deutsche Nation ist gekommen.

Seit 300 Jahren war es das Ziel der englischen und französischen Machthaber, jede wirkliche Konsolidierung Europas zu verhindern, vor allem aber Deutschland in Schwäche und Ohnmacht zu erhalten. Zu diesem Zwecke hat allein Frankreich in zwei Jahrhunderten an Deutschland 31mal den Krieg erklärt.

Seit Jahrzehnten ist es aber auch das Ziel der britischen Weltbeherrscher, Deutschland unter allen Umständen seine Einigung zu verhindern, dem Reich aber jene Lebensgüter zu verweigern, die zur Erhaltung eines 80-Millionen-Volkes notwendig sind.

England und Frankreich haben diese ihre Politik durchgeführt, ohne sich um das Regime zu kümmern, das jeweils in Deutschland herrschte. Was sie treffen wollten, war immer das deutsche Volk. Ihre verantwortlichen Männer geben dieses Ziel heute auch ganz offen zu. Deutschland soll zerschlagen<sup>22)</sup> und in lauter kleine Staaten aufgelöst werden. Dann verliert das Reich seine politische Macht und damit die Möglichkeit, dem deutschen Volke seine Lebensrechte auf dieser Erde zu sichern.

Aus diesem Grunde hat man auch alle meine Friedensversuche zurückgewiesen und uns am 3. September vorigen Jahres den Krieg erklärt<sup>23)</sup>.

21) *VB.* vom 11. Mai 1940; Monatshefte für Auswärtige Politik Jahrg. 7 (1940), S. 365; Der großdeutsche Freiheitskampf Bd. 2 (München 1941), S. 17 f.

22) Das Kriegsziel der Zerschlagung Deutschlands wurde besonders eindeutig enthüllt durch die Landkarte im Arbeitszimmer des damaligen französischen Finanzministers Paul Reynaud, die bei dem Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles am 9. März 1940 versehentlich mitphotographiert wurde und dann auf dem in der Zeitschrift "L'Illustration" vom 16. März 1940 veröffentlichten Gruppenbild deutlich erkennbar ist (vgl. auch die Abbildung im *VB.* vom 5. April 1940). Danach sollte Deutschland künftig nur noch vom Rhein bis zur Oder reichen, während alle Gebiete links des Rheines und rechts der Oder für Frankreich bzw. Polen bestimmt waren. Weiterhin sollte die wiederhergestellte Tschechoslowakei um Teile Bayerns, Sachsens und Ungarns vergrößert werden. Deutschland dagegen sollte in drei Teile: Preußen, Bayern und Habsburg-Österreich, dem ebenfalls Teile Bayerns und außerdem Norditaliens zugedacht waren, aufgeteilt werden.

Das deutsche Volk hatte keinen Haß und keine Feindschaft zum englischen oder zum französischen Volke. Es steht aber heute vor der Frage, ob es leben oder ob es untergehen will.

In wenigen Wochen hatten die tapferen Truppen unserer Armeen den von England und Frankreich vorgeschickten polnischen Gegner niedergeworfen und damit die Gefahr aus dem Osten beseitigt<sup>24)</sup>. Daraufhin haben England und Frankreich beschlossen, Deutschland vom Norden her anzugreifen. Seit dem 9. April hat die deutsche Wehrmacht auch diesen Versuch im Keime erstickt<sup>25)</sup>.

Nun ist das eingetroffen, was wir schon seit vielen Monaten immer als eine drohende Gefahr vor uns sahen. England und Frankreich versuchen unter Anwendung eines gigantischen Ablenkungsmanövers im Südosten Europas<sup>26)</sup>, über Holland und Belgien zum Ruhrgebiet vorzustoßen.

Soldaten der Westfront!

Damit ist die Stunde nun für Euch gekommen. Der heute beginnende Kampf entscheidet das Schicksal der deutschen Nation für die nächsten tausend Jahre!

Tut jetzt Eure Pflicht!

Das deutsche Volk ist mit seinen Segenswünschen bei Euch.

Berlin, 10. Mai 1940.      **Adolf Hitler**<sup>27)</sup>.

23) Dokumente Bd. 7, S. 269 Anm. 2 und 274 Anm. 2.

24) Vgl. Dokumente Bd. 7, S. 275-277 und 298-309 (Dok. 52 und 53).

25) Vgl. oben S. 55-65.

26) Vgl. dazu auch oben S. 46 und 152.

27) Vgl. dazu die Sondermeldung des Oberkommandos der Wehrmacht aus dem Führerhauptquartier vom 10. Mai 1940 (*VB.* vom 11. Mai 1940):

"Angesichts der unmittelbar bevorstehenden feindlichen Kriegsausweitung auf belgisches und holländisches Gebiet und der damit verbundenen Bedrohung des Ruhrgebiets ist das deutsche Westheer am 10. Mai bei Morgengrauen [5.35 Uhr] zum Angriff über die deutsche Westgrenze auf breiter Front angetreten.

Gleichzeitig hat die Luftwaffe mit großem Erfolg die feindlichen Flugplätze angegriffen und mit starken Verbänden zur Unterstützung des Heeres in den Erdkampf eingegriffen.

Um die Gesamtoperationen der Wehrmacht zu leiten, hat sich der Führer und Oberste Befehlshaber an die Front begeben".

# Erlaß des Führers an den deutschen Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden General Christiansen über die Freilassung der kriegsgefangenen holländischen Soldaten vom 1. Juni 1940 <sup>28)</sup>

Das deutsche Angebot zur Übernahme des Schutzes der Niederlande gegen die erwiesene Absicht der Westmächte, Holland zur Aufmarschbasis gegen das Ruhrgebiet zu machen, stieß bei der holländischen Regierung infolge ihres geheimen Einvernehmens mit den Westmächten auf vorsätzliche Ablehnung<sup>29)</sup>. Sie überantwortete damit Volk und Land dem Schrecken eines Krieges, brachte sich aber selbst in Sicherheit außer Landes<sup>30)</sup>.

Die deutsche Wehrmacht hat in dem hierdurch notwendig gewordenen Kampfe mit der niederländischen Armee jede nur mögliche Rücksicht auf den Schutz der Bevölkerung und die Erhaltung des Landes genommen.

Dieser Einstellung deutscherseits kam die Haltung sowohl des holländischen Militärs als auch der holländischen Zivilbevölkerung in hohem Ausmaße entgegen. Sie entsprach dem kulturellen und sittlichen Stande des uns Deutschen stammesmäßig verwandten niederländischen Volkes. Die verantwortlichen Einzelpersonen, die deutsche Fallschirmjäger in Gefängnisse gesperrt, wie Verbrecher behandelt und dann den Engländern ausgeliefert haben, werden zur Verantwortung gezogen werden.

Der holländische Soldat aber hat überall offen und ehrlich gekämpft und unsere Verwundeten und Gefangenen entsprechend gut behandelt. Die Zivilbevölkerung hat nicht am Kampf teilgenommen und ebenfalls die Gesetze der Menschlichkeit gegenüber unseren Verwundeten erfüllt.

Ich habe mich daher auch für Holland<sup>31)</sup> entschlossen, die Genehmigung zur Freilassung der gefangenen holländischen Soldaten zu erteilen.

Die Hälfte der holländischen Armee wird mit sofortiger Wirkung entlassen. In erster Linie kommen holländische Wehrmachtangehörige in Frage, die in der Landwirtschaft, in Bergwerken, in der Nahrungsmittelindustrie, in der Bauindustrie und in verwandten Betrieben tätig sind. Die übrigen Angehörigen der holländischen Armee sollen allmählich demobilisiert werden, um die Wirtschaft nicht zu überlasten und Arbeitslosigkeit her-

vorzurufen<sup>32)</sup>. Sinngemäß gelten dieselben Bestimmungen für diejenigen holländischen Soldaten, die sich in Deutschland in Kriegsgefangenschaft befinden. Für die holländischen Berufssoldaten werde ich eine Entscheidung noch treffen<sup>33)</sup>.

Führerhauptquartier, 1. Juni 1940.

Adolf Hitler

-----  
In der Fußnote S. 102 - 103 desselben Dokumentenbandes -- Dokumente der deutschen Politik -- Der Kampf gegen den Westen 1940, Teil I, bearbeitet von Dr. Hans Volz -- ist ergänzend hierzu ausgeführt:

"Bereits 14 Tage nach Einstellung der Feindseligkeiten in den Niederlanden, am 1. Juni, gab der Führer ... in Anbetracht des *"offenen und ehrlichen"* Kampfes der holländischen Soldaten und der anständigen Haltung der dortigen Zivilbevölkerung den Befehl, auch

32) Der Rückführung der Reste der holländischen Wehrmacht in die Zivilverhältnisse diene der unter freiwilliger Führung ehemaliger Offiziere und Unteroffiziere stehende "Niederländische Aufbaudienst", an dem teilzunehmen alle arbeitslosen Unteroffiziere und Mannschaften verpflichtet waren. Dieser Aufbaudienst, der mit dem 15. Juli 1940 an die Stelle der bisher noch bestehen gebliebenen holländischen Wehrmacht trat, war nach der Verordnung des Reichskommissars Dr. Seyß-Inquart vom 30. Juli 1940 (Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete, S. 232; abgeändert am 19. Dezember 1940 [ebd. S. 705]) "dazu bestimmt, Angehörigen der ehemaligen niederländischen Wehrmacht Gelegenheit zu nutzbringender Tätigkeit für die niederländische Volksgemeinschaft zu bieten. Der Aufbaudienst ist ein Ehrendienst für Volk und Vaterland". Durch Verordnung des Reichskommissars vom 23. Mai 1941 (Verordnungsblatt, S. 376) wurde der "Niederländische Aufbaudienst" (im Zusammenhang mit der Errichtung des "Niederländischen Arbeitsdienstes" aufgelöst. [Fehler im Original]

33) Auf ihre ehrenwörtliche Verpflichtung, in keiner Weise gegen die Interessen des Deutschen Reiches tätig zu sein, wurden auch die Berufssoldaten, die nach den Kapitulationsbedingungen als Kriegsgefangene galten, entlassen.

Der verantwortliche Oberbefehlshaber der im Demobilisierungszustand befindlichen niederländischen Land- und Seestreitkräfte General Winkelmann wurde am 2. Juli 1940 in Kriegsgefangenschaft nach Deutschland gebracht, da er und "Angehörige der niederländischen Wehrmacht und Polizeitruppen durch ihre persönliche Handlungsweise nicht die Zurückhaltung bewahrt haben, die auf Grund der ihnen durch den Führer des Deutschen Reiches gewährten Vergünstigungen von ihnen erwartet werden mußte. Hierdurch ist der ruhige Ablauf der Demobilisierung ..... gestört worden.

Mit dem 16. Juli 1940 wurde den holländischen Wehrmachtsangehörigen das Tragen von Uniformen mit wenigen Ausnahmen verboten.

Ebenso wie die kriegsgefangenen norwegischen Soldaten durch

28) VB. vom 2. Juni 1940; Monatshefte für Auswärtige Politik Jahrg. 7 (1940), S. 442; Der großdeutsche Freiheitskampf Bd. 2 (München 1941), S. 25 f.

29) Vgl. oben S. 149 Anm. 1.

30) Vgl. oben S. 155 Anm. 2.

31) Den entsprechenden Erlaß des Führers für Norwegen vom 9. Mai 1940 vgl. oben S. 50 (Dok.9).



die kriegsgefangenen niederländischen Soldaten freizulassen. ...

Um die Reste der holländischen Wehrmacht, deren Angehörigen ab 16. Juli mit wenigen Ausnahmen das Uniformtragen verboten wurde, wieder in die Zivilverhältnisse zu überführen und eine Überfüllung des Arbeitsmarktes zu verhindern, wurde der unter Führung ehemaliger Offiziere und Unteroffiziere stehende *"Niederländische Aufbaudienst"* geschaffen, der mit dem 15. Juli an die Stelle der bisherigen Wehrmacht trat. Zur Teilnahme verpflichtet waren alle arbeitslosen Unteroffiziere und Mannschaften, deren Zahl etwa 50.000 betrug. Dieser Aufbaudienst war, wie es in einer Verordnung des Reichskommissars vom 29. Juli heißt, *"dazu bestimmt, Angehörigen der ehemaligen niederländischen Wehrmacht Gelegenheit zu nutzbringender Tätigkeit für die niederländische Volksgemeinschaft zu bieten."*

Der Aufbaudienst, der *"einen Ehrendienst von Volk und Vaterland"* darstellte, wurde im Zusammenhang mit der Errichtung des *"Niederländischen Arbeitsdienstes"* etappenweise abgebaut und durch Verordnung des Reichskommissars vom 23. Mai 1941 völlig aufgelöst.

Neben der Sicherstellung der Ernährung des holländischen Volkes war von höchster Bedeutung die Umstellung der niederländischen Wirtschaft von einem nach Übersee ausgerichteten Freihandel liberalistischer Prägung auf eine sich der Kontinentalwirtschaft eingliedernde gelenkte Wirtschaft.

Für die dort einzuschlagende Wirtschaftspolitik gab Reichsmarschall **Göring** am 7. Juni 1940 die bemerkenswerte Weisung, daß die Niederlande in wirtschaftlicher Beziehung nicht besser und nicht schlechter als das Deutsche Reich behandelt werden sollte. ..."

-----

Unsere Leser werden ersucht, der Redaktion Beispiele einer analogen oder gar noch besseren Behandlung gegnerischer Kriegsgefangener oder der Zivilbevölkerung eines besiegten Landes zu benennen. Wir konnten kein Beispiel finden.

Wie anders aber auch damals schon im Frankreichfeldzug die Kriegsverhältnisse aussehen und die Reaktion desselben Reichsmarschalls **Hermann Göring** ausfallen konnte, sei hier nicht verschwiegen. Wir fanden dies in der Fußnote S. 174:

---

den Erlaß des Führers vom 9. Mai 1940 (oben S. 50 [Dok 9]) erhielten auch die kriegsgefangenen belgischen Soldaten auf Befehl des Führers vom 18. Juli die Freiheit; mit Ausnahme der belgischen Berufs- und Reserveoffiziere sowie der Berufsunteroffiziere wurden sie entlassen. Zunächst kamen aber auch die zur Betreuung belgischer Verwundeter eingesetzten Ärzte und das hierzu notwendige Sanitätspersonal sowie die Pionierabteilungen nicht zur Entlassung, die auf Grund des Kapitulationsabschlusses mit der Beseitigung von Minen und Sprengladungen beschäftigt waren und erst nach Abschluß dieser Arbeiten entlassen wurden.

Am 28. Mai 1940 wurde amtlich bekanntgegeben (VB. vom 29. Mai 1940):

"Da auf Grund vorliegenden Berichts und zahlreicher anderer Meldungen die völkerrechtswidrige Behandlung deutscher Flieger durch die Franzosen hinlänglich bewiesen ist, hat Generalfeldmarschall Göring mit dem 28. Mai 1940 angeordnet, daß die bisher erlassenen großzügigen Bestimmungen über die Behandlung feindlicher Fliegergefangener derart eingeschränkt werden, daß alle Kriegsgefangenen der französischen Luftwaffe grundsätzlich so zu behandeln sind, wie die Franzosen die deutschen Flieger zu behandeln pflegen.

Künftighin werden alle französischen Fliegergefangenen nach französischem Vorbild sofort bei Gefangennahme in Fesseln gelegt und unter Ausschaltung sämtlicher bisher gewährter Erleichterungen unter Anlegung strengsten Maßstabes in den Gefangenenlagern gesondert untergebracht. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe sah sich zu diesen strengen Maßnahmen gezwungen, da sich täglich die Berichte über die unmenschlich grausame Behandlung gefangener deutscher Flieger durch die Franzosen häufen. Der Generalfeldmarschall wird künftighin jedesmal, wenn ihm eine Ermordung deutscher Flieger gemeldet wird, für jeden ermordeten deutschen Flieger fünf französische gefangene Flieger erschießen lassen. Das gleiche gilt auch für den Fall, daß wiederum in Luftnot befindliche, mit Fallschirmen abspringende deutsche Flieger beschossen werden, jedoch mit dem Unterschied, daß in diesem Falle 50 feindliche Gefangene erschossen werden".

Diese Vergeltungsmaßregel wurde am 5. Juli 1940 wieder aufgehoben. -- Im übrigen sind auch die französischen Kriegsgefangenen frühzeitig für die Ernteeinbringung entlassen oder unter großzügigen Arbeitsbedingungen in Deutschland eingesetzt worden.

---

## Unzureichende Dokumentierung in den ADAP

In den Nachkriegs-"Akten zur deutschen Auswärtigen Politik" (ADAP) Bd. XII, Teil 2 sind zum Datum des 6. April 1941 nur folgende Dokumente abgedruckt, was sich als Desinformation auswirkt, weil wesentlichste Dokumente verschwiegen werden:

Dok. 282 -- Der Gesandte in Bukarest an das AA,

Dok. 283 Der Reichaußenminister (RAM) an die Gesandtschaft in Belgrad,

Dok. 284 Der RAM an die Botschaft in Moskau,

Dok. 285 Der RAM an die Botschaft in Ankara,

Dok. 286 Der Botschafter in Rom an das AA,

Dok. 287 Der Gesandte in Budapest an das AA,

Dok. 288 Der Botschafter in Moskau an das AA,

Dok. 289 Der Duce an den Führer,

Dok. 290 Aufzeichnung des Gesandten **Schmidt** (Büro des RAM) am 7.4.1941 über die Unterredung zwischen dem Führer und dem italienischen Botschafter in Berlin am 6.4.1941.

# Aufruf Hitlers an das deutsche Volk am 6. April 1941 <sup>1)</sup>

## An das deutsche Volk!

Seit der britische Imperialismus ausging, die Welt zu erobern, war es sein Bestreben, Europa und seine Völker in immer neue innere Kriege zu verwickeln und sie damit zu schwächen. England hat dabei nur zu oft teils verblendete, teils bestochene Staatsmänner und Volksführer gefunden, die ihre Länder in den Dienst dieser britischen Weltbeherrschung stellten. Seit Jahrhunderten war der zugleich größte Nutznießer dieser von England angezettelten Eroberungskriege die jüdische Hochfinanz.

Unter dem Schlagwort "Demokratie" hat diese Verschwörung von Imperialismus und Kapitalismus die Welt und insbesondere Europa in zahllose Verwicklungen geführt.

Im Jahre 1914 gelang es diesen Kräften, das alte Deutschland zu überfallen und zum Kampf zu zwingen. Das Ziel war die Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens und die Ausplünderung der deutschen Wirtschaftskraft sowie die dem dienende Wehrlosmachung der Nation.

Der Kampf damals aber wurde nicht geführt gegen das nationalsozialistische Dritte Reich, sondern gegen den konstitutionell-demokratischen deutschen Bundesstaat.

Kaum war es gelungen, nach einem 1½jahrzehntelangen grauenhaften Zerfall der deutschen Wirtschaft und des deutschen Lebens durch die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung das deutsche Volk zu erheben und zu einem neuen Aufstieg zu führen, als die gleichen Kräfte sofort wieder ihre alte Zielsetzung proklamierten: das unabhängige, sich wieder aufbauende Deutschland müsse abermals vernichtet werden!

Und wieder - wie einst - glaubte man, dabei am besten den Konflikt durch gedungene Kräfte auslösen zu können. Polen war ausersehen, ohne jeden Grund den Streit mit Deutschland vom Zaune zu brechen und auf die Bemühungen, durch einen vernünftigen Ausgleich die friedliche Zusammenarbeit zu sichern, mit Gewalt zu antworten. An der Kraft der unterdes entstandenen neuen deutschen Wehrmacht des Dritten Reiches ist dieser Anschlag in wenigen Wochen gescheitert<sup>2)</sup>.

1) *Völkischer Beobachter (VB)*, vom 7. April 1941; Monatshefte für Auswärtige Politik Jahrgang 8 (1941), S. 345-348; Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941), S. 1-4. Obigen Aufruf wie auch den Tagesbefehl des Führers an die deutschen Soldaten der Südostfront vom gleichen Tage (unten S. 61-64 [Dok. 7]) verlas Reichsminister **Dr. Goebbels** am 6. April 1941 morgens um 6 Uhr über alle deutschen Sender.

2) Über den Feldzug in Polen vgl. Dokumente Bd. 7, S. 275 f. und 298-308 (Dok. 52).

Nun versuchte Großbritannien über Norwegen den Vorstoß in die rechte deutsche Flanke durchführen zu können. Mit wenig Stunden Vorsprung konnte dieser Anschlag aufgefangen und in einem wochenlangen heroischen Kampf ebenfalls zum Scheitern gebracht werden<sup>3)</sup>. Deutsche Soldaten stehen von Kirkenes bis an die Deutsche Bucht und sichern damit den deutschen Lebensraum.

Diese Niederlagen zwangen **Churchill**, nach neuen Möglichkeiten zu suchen. So kam er zu dem Entschluß, durch das mit England verbündete Belgien und Holland ins Ruhrgebiet als in das Herz der deutschen Wirtschaft vorzustoßen. Diesmal war Frankreich ausersehen, die Hauptlast des Kampfes zu tragen. In einem geschichtlich einzigartigen Siegeslauf hat die deutsche Wehrmacht auch diesen Angriff vereitelt und den Westen Europas von den Engländern gesäubert<sup>4)</sup>!

Meine erneuten Friedensvorschläge<sup>5)</sup> ablehnend, entschloß sich **Churchill** nunmehr, die Kraft des englischen Imperiums gegen Italien zu wenden und vor allem die nordafrikanische Küste mit Hilfe neuseeländischer und australischer Truppen in seine Hand zu bekommen. Auch dieser Versuch kann schon jetzt dank des Zusammenwirkens deutscher und italienischer Kräfte als gescheitert gelten<sup>6)</sup>.

Seit Beginn des Krieges war es das unentwegte Bestreben Englands, den Balkan als Kriegsschauplatz gewinnen zu können. Tatsächlich gelang es der britischen Diplomatie in Anlehnung an das Vorbild im Weltkrieg, Griechenland erst durch eine ihm angebotene Garantie<sup>7)</sup> einzufangen und dann für seine Zwecke endgültig zu mißbrauchen.

Die heute veröffentlichten Dokumente<sup>8)</sup> geben einen Einblick in die Praxis eines Verfahrens, das nach ältesten britischen Rezepten immer wieder versucht, andere für englische Interessen kämpfen und verbluten zu lassen.

Ich habe demgegenüber immer betont, daß

3) Über den Feldzug in Norwegen vgl. Dokumente Bd. 8, S. 1 f. und 55-65 (Dok. 11).

4) Über den Feldzug im Westen vgl. Dokumente Bd. 8, S. 94, 153-183 und 204-254.

5) Vom 19. Juli 1940 (Dokumente Bd. 8, S. 250).

6) Über die Erfolge des Deutschen Afrikakorps im Frühjahr 1941 vgl. oben S. 2-4 und 27-29.

7) Am 13. April 1939 (Monatshefte für Auswärtige Politik Jahrg. 6 [1939] S. 458).

8) Zunächst in der Tagespresse und dann im 7. deutschen Weißbuch: Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941); vgl. auch unten S. 70-76 (Dok. 10).

1. das deutsche Volk keinerlei Gegensätze zu dem griechischen Volk besitzt, daß wir

2. aber niemals dulden werden, daß so wie im Weltkrieg sich auf griechischem Territorium eine Macht festsetzt mit dem Ziel, von dort aus bei gegebener Zeit, vom Südosten aus in den deutschen Lebensraum vorstoßen zu können. Wir haben die nördliche Flanke von den Engländern freigefegt; wir sind entschlossen, auch im Süden eine solche Bedrohung nicht zu dulden!

Im Sinne einer wahrhaften Konsolidierung Europas war es mein Bestreben seit dem Tage der Machtübernahme, vor allem auch mit Jugoslawien ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen<sup>9)</sup>. Ich habe bewußt all das vergessen, was zwischen Deutschland und Serbien einst vorgefallen war. Ich habe dabei nicht nur dem serbischen Volk die Hand des deutschen Volkes angeboten, sondern darüber hinaus mich bemüht, als redlicher Makler bei der Überbrückung aller Schwierigkeiten zu helfen, die zwischen dem jugoslawischen Staat und einzelnen, Deutschland verbündeten Völkern bestanden<sup>10)</sup>.

Tatsächlich ist es auch scheinbar gelungen, an Stelle einer unerträglichen Atmosphäre allmählich eine Entspannung herbeizuführen und eine nicht nur politische, sondern vor allem auch wirtschaftlich fruchtbare Zusammenarbeit anzubahnen. Und welches andere Ziel hätte Deutschland haben können in einem Gebiet, in dem es weder territoriale noch politische Ansprüche stellte oder Interessen verfocht?

Um Jugoslawien jedes Gefühl zu nehmen, als könnte jetzt oder in der Zukunft die von Deutschland eingeschlagene Politik sich zu seinen Ungunsten ändern, hatte ich versucht, den jugoslawischen Staat in jene Mächtegruppe einzugliedern, die entschlossen ist, den europäischen Kontinent in Zukunft nach den Prinzipien der Berücksichtigung der berechtigten Interessen Aller in gemeinsamer Arbeit in Ruhe und Frieden aufzubauen. Ich glaubte, dadurch auch am meisten den jugoslawischen Befürchtungen entgegenzuwirken, als ob zwischen Deutschland und Ungarn in dieser Zielsetzung Jugoslawien gegenüber etwa ein Unterschied bestände oder in der Zukunft zu befürchten wäre.

Ich habe dies getan, obwohl die Führung des jugoslawischen Staates sowohl als die des griechischen -- wie uns aus den französischen Dokumenten<sup>11)</sup> bekannt war -

9) Über die deutschen Bemühungen um eine Verständigung mit Jugoslawien während der Jahre 1934/39 vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 53-75 sowie unten S. 87-92.

10) Am 24. Januar 1937 wurde ein bulgarisch-jugoslawischer Freundschaftsvertrag (*Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 4 [1937], S. 95 f.), am 25. März 1937 ein italienisch-jugoslawischer Nichtangriffs- und Konsultativvertrag (nebst Handelsabkommen) (*Monatshefte* a. a. O., S. 303-308) und am 12. Dezember 1940 ein ungarisch-jugoslawischer Freundschaftsvertrag (*Monatshefte* Jahrg. 8 [1941], S. 48 f.) abgeschlossen; vgl. dazu auch unten S. 90 f.

11) Von La Charité (vgl. Dokumente Bd. 8, S. 216 und Anm. 4); teilweise veröffentlicht in dem 6. und 7. deutschen Weißbuch: Die Geheimakten des französischen Generalstabes (Berlin 1941) und: Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941).

-, in unverantwortlicher Weise die Interessen der westdemokratischen Kriegshetzer unterstützten.

Am 25. März 1941 wurde nun in Wien feierlich der Eintritt Jugoslawiens in den Dreierpakt vollzogen<sup>12)</sup>. Ich und das ganze deutsche Volk waren darüber glücklich; denn es schien damit eine Ausdehnung des Krieges auf dem Balkan verhindert zu sein und vielleicht eine leise Hoffnung berechtigt, den schon bestehenden Konflikt in einem vernünftigen Ausgleich am Ende doch noch lösen zu können. Kaum kamen aber die den Vertrag unterzeichnenden Minister<sup>13)</sup> in Belgrad an, als die in englischem Sold stehenden Elemente einer ewig Staatsstreiche organisierenden Militärclique<sup>14)</sup> zum Genschlag ausholten<sup>15)</sup>.

12) Vgl. unten S. 415-421 (Dok. 52-53c).

13) Ministerpräsident **Dragischa Zwetkowsch** und Außenminister **Dr. Alexander Cincar Markowitsch**.

14) Unter dem Oberbefehlshaber der jugoslawischen Luftwaffe Armeegeneral **Duschan Simowitsch**.

15) Während Ministerpräsident **Zwetkowsch** nach seiner Rückkunft aus Wien (am Vormittag des 26. März 1941) dem Prinzregenten **Paul** Bericht erstattete und sich dann in das Ministerpräsidium begab, von wo aus er erst kurz vor Mitternacht in seine Wohnung zurückkehrte, verstand es der serbische Fliegeroberst **Tomitsch**, auf einer zu diesem Zweck gegen Abend von Belgrad nach Nisch unternommenen Autofahrt den minderjährigen König **Peter II.**, der in England erzogen und durchaus achsenfeindlich eingestellt war, zum Staatsstreich zu überreden: sofort den Thron zu besteigen und das Haupt der von langer Hand vorbereiteten Verschwörung, den Oberbefehlshaber der jugoslawischen Luftwaffe General **Duschan Simowitsch**, mit der Bildung einer neuen Regierung zu betrauen. Im Auto unterzeichnete **Peter** nach längerem Schwanken die ihm vorgelegte Proklamation an die Kroaten, Serben und Slowenen, in der er seinen Entschluß bekannt gab, "in diesem für sein Volk schweren Augenblick die Macht des Königshauses in die Hand zu nehmen". Dieses Schriftstück brachte **Simowitschs** persönlicher Adjutant, der Fliegermajor **Knezewitsch**, dann sofort im Flugzeug nach Belgrad, wo er es abends um 23 Uhr dem General **Simowitsch** einhändigte (**Tomitsch** kehrte mit dem jungen König im Auto nach der jugoslawischen Hauptstadt zurück). Nunmehr schritt **Simowitsch** zur Aktion; nach Besetzung der Belgrader Telephonzentrale alarmierte er am 27. um 2 Uhr nachts die dortige Garnison, ließ gleichzeitig den dem Prinzregenten ergebenen Generalstabchef Armeegeneral **Peter Kositsch**, der dann am 1. April -- ebenso wie **Zwetkowsch** und **Dr. Cincar Markowitsch** -- in den Ruhestand versetzt wurde, sowie um 3 Uhr den Ministerpräsidenten **Zwetkowsch** und den Außenminister **Dr. Cincar Markowitsch**, die allerdings bereits nach wenigen Stunden schon wieder freigelassen wurden, in ihren Wohnungen verhaften. Um 4 Uhr legte Oberst **Tomitsch** dem Prinzregenten, der daraufhin am Abend des gleichen Tages Belgrad in Richtung Athen verließ, und den beiden weiteren Mitgliedern des Regentschaftsrates **Dr. Radenko Stankowitsch** und **Dr. Ivo Perowitsch** die Verzichtserklärung zur Unterschrift vor, nachdem ihr Rücktritt bereits in der Proklamation des Königs verkündet worden war ("Die Regenten, welche meinen begründeten Entschluß verstanden haben, haben unverzüglich selber demissioniert"; in einer zweiten Proklamation **Peters** vom 27. März heißt es: "Die Mitglieder des Regentschaftsrates sind sich über ihren Irrtum klar und danken deshalb ab"). Um 6 Uhr morgens versammelte dann **Simowitsch**, dem sich alle jugoslawischen Korpskommandanten vorbehaltlos unterstellt hatten, im Generalstabsgebäude diejenigen bisherigen Minister, die er in sein Kabinett übernehmen wollte, sowie die neuen Ministerkan-



Die den Frieden mit Deutschland anstrebende Regierung wurde gestürzt, und zwar mit der ausdrücklichen öffentlichen Erklärung<sup>16)</sup>, daß dies wegen ihrer Haltung Deutschland gegenüber notwendig sei. Darüber hinaus aber fanden nun Auftritte statt, die im Leben der Völker eine Schande darstellen und die das Deutsche Reich als Großmacht nicht gewillt ist, geduldig hinzunehmen. Der deutsche Gesandte wurde insultiert<sup>17)</sup>, der deutsche Militärattaché<sup>18)</sup> angegriffen, ein Offizier als Gehilfe des Militärattachés<sup>19)</sup> verletzt, zahlreiche Beamte, Vertreter unserer Firmen usw. öffentlich mißhandelt, deutsche Ausstellungsräume, Geschäfte, Bürohäuser und Firmen sowie Schulen demoliert und verwüstet, unzählige Frauen und Männer, besonders auch unsere Volksdeutschen geprügelt, ihre Geschäfte und Wohnungen zum Teil ausgeplündert, eine Anzahl von Volksdeutschen dabei ermordet<sup>20)</sup>.

Diese Vorgänge wurden von den gleichen Kreaturen inszeniert, die schon im Jahre 1914 durch das Attentat von Serajewo die Welt in ein namenloses Unglück gestürzt hatten<sup>21)</sup>. Und so wie damals ist diese militärische Verbrecherclique vom englischen Geheimdienst finanziert und angestiftet worden<sup>22)</sup>.

didaten, las ihnen die Proklamation vor und richtete an jeden einzelnen die Frage, ob er zur Mitarbeit bereit sei. Am Morgen des 27. begannen dann zunächst in Belgrad die von britischen Agenten und jüdisch-freimaurerischen Kreisen inszenierten und geschürten, von der Putschregierung jedoch in keiner Weise behinderten achsenfeindlichen Demonstrationen und schweren Ausschreitungen, die sich sehr rasch auf das ganze Land -- mit Ausnahme Kroatiens -- ausdehnten.

16) In einer Erklärung, die der neue Ministerpräsident **Simowitsch** am Abend des 27. März 1941 vor Pressevertretern abgab, hieß es: *"In den letzten schweren Tagen fühlte sich das jugoslawische Volk wegen der Art der Führung der Staatsgeschäfte beunruhigt. Das Mißtrauen gegenüber einem solchen Zustand der Dinge äußerte sich in solcher Weise, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht war. Unter dem Druck dieser Beunruhigung traten die heutigen Änderungen ein"*.

17) **Viktor von Heeren** (seit 1933). Er berichtete am 28. März 1941 aus Belgrad an das Auswärtige Amt in Berlin (Dokumente zum Konflikt usw., S. 127): *"Bei Rückkehr vom Festgottesdienst, bei der Minister- und Diplomatenautos in eng geschlossener Kolonne durch die zum Teil mangelhaft abgesperrte Hauptstraße der Stadt fuhren, wurden Mißfallensrufe in größerer Zahl laut, die meinem Wagen galten. Ich habe mich daraufhin sofort im Außenministerium über mangelhafte Aufsicht der Polizei beschwert"*.

18) Oberst **Toussaint**.

19) Hauptmann **Moser** wurde am 27. März 1941 verletzt.

20) Vgl. dazu die am 2. April 1941 dem Auswärtigen Amt übersandte Liste der Überfälle und Mißhandlungen ab 25. März (Dokumente zum Konflikt usw., S. 134 bis 137 Nr. 97 Anl.). U. a. wurde der volksdeutsche Bürgermeister der Gemeinde Pardany (im jugoslawischen Banat) von Serben ermordet.

21) Die von den Serben am Princip-Kai in Serajewo gegenüber der Mordstelle angebrachte marmorne Erinnerungstafel ("An dieser historischen Stätte erkämpfte **Gavrilo Princip** die Freiheit am Veitstag, 28. Juni 1914") wurde dem Führer, der sie dann dem Berliner Zeughaus überwies, zu seinem Geburtstage von den Volksdeutschen Serajewos zum Geschenk gemacht und ihm in seinem Hauptquartier von drei Kriegsberichtern am Abend des 20. April 1941 übergeben.

Wenn nun auch diese Vorgänge die gleichen sind wie damals, so hat sich doch etwas geändert:

Der jetzt angegriffene Staat ist nicht das damalige Österreich, sondern das heutige Deutsche Reich!

Die neue serbische Regierung hat die Allgemeine Mobilmachung angeordnet<sup>23)</sup>. Sie hat eingestanden, daß dies schon seit Tagen im Geheimen der Fall war. Sie hat damit zu erkennen gegeben, daß sie glaubt, an Stelle der friedfertigen Beziehungen zum Deutschen Reich die Gewalt setzen zu können!

Die Gewalt, die sie gerufen hat, wird sie jetzt vernichten!

Das deutsche Volk hat keinen Haß gegen das serbische Volk!

Das deutsche Volk sieht vor allem keine Veranlassung, gegen Kroaten<sup>24)</sup> oder Slowenen zu kämpfen. Es will von diesen Völkern nichts.

Das deutsche Volk aber wird mit jener serbischen Verbrecherclique in Belgrad nunmehr abrechnen, die glaubt, den Balkan zum zweiten Male dem britischen Attentat gegen den europäischen Frieden zur Verfügung stellen zu können.

Da ich es nun abermals erleben mußte, daß achtjährige Bestrebungen, eine Freundschaft aufzubauen, wieder vergebliche sind, habe ich mich entschlossen, zur Wiederherstellung tragbarer Beziehungen und einer auch den völkischen Prinzipien gerecht werdenden Ordnung in diesem Teile Europas in Übereinstimmung mit den Auffassungen meines Verbündeten<sup>25)</sup>, die weitere Vertretung der deutschen Interessen jener Kraft anzuvertrauen, die - wie sich wieder ergibt - anscheinend allein in der Lage ist, Recht und Vernunft in ihren Schutz zu nehmen.

Das Deutsche Reich befindet sich seit heute morgen im Kampf gegen die Usurpatoren von Belgrad<sup>26)</sup> und im Kampf gegen jene Verbände die Großbritannien<sup>27)</sup> vom Balkan aus wieder versucht, gegen den Frieden Europas vorschicken zu können.

Die deutsche Wehrmacht wird die Waffe in diesen Gebieten erst dann niederlegen, wenn der Belgrader Verschwörerzirkel endgültig gestürzt und der letzte Bri-

22) Über die sowjetrussische Beteiligung, die aus außenpolitischen Gründen zunächst nicht erwähnt werden konnte, vgl. unten S. 189, 190, 199, 213 und 232.

23) Bereits am 27. März 1941 meldete der deutsche Militärattaché in Belgrad Oberst **Toussaint** dem Oberkommando der Wehrmacht die Anordnung der jugoslawischen Generalmobilmachung (Dokumente zum Konflikt usw., S. 124 Nr. 76). Über weitere Mobilmachungsmaßnahmen wurde am 30. März berichtet (ebd. S. 132 Nr. 92). Wie die jugoslawische Presse erst am 5. April bekanntgeben durfte, wurde durch Proklamation König **Peter II.** die gesamte Wehrmacht Jugoslawiens ab 1. April in den Zustand äußerster Bereitschaft versetzt.

24) Über das deutsch-kroatische Verhältnis vgl. unten S. 395-400.

25) Vgl. dazu auch die Verlautbarung der italienischen Regierung vom gleichen Tage (unten S. 82 f. Anm. 5).

26) Vgl. unten S. 99 (Dok. 13).

27) Vgl. dazu oben S. 52-54 (Dok. 5).

te auch in diesen Gebieten den Kontinent verlassen hat<sup>28)</sup>.

Mögen die unglücklich verblendeten Völker erkennen, daß sie dies nur dem schlimmsten "Freunde" zu verdanken haben, den der Kontinent seit 300 Jahren besaß und besitzt: England!

Das deutsche Volk aber kann in diesen Kampf mit dem inneren Bewußtsein eintreten, daß seine Führung

alles getan hat, was überhaupt menschenmöglich war, um ihm diese Auseinandersetzung zu ersparen. Von der Vorsehung aber wollen wir jetzt nur erbitten, daß sie den Weg unserer Soldaten behütet und segnet wie bisher!

Berlin, den 6. April 1941.

Adolf Hitler.

## Tagesbefehl Hitlers an die deutschen Soldaten der Südostfront vom 6. April 1941 <sup>29)</sup>

Soldaten der Südostfront!

Getreu dem Grundsatz, andere für sich kämpfen zu lassen, hatte England, in der Absicht, Deutschland in einem neuen Kampf endgültig zu beseitigen, im Jahre 1939 Polen ausersehen, den Krieg zu beginnen und wenn möglich die Deutsche Wehrmacht zu vernichten.

In wenigen Wochen haben die deutschen Soldaten der Ostfront das Instrument dieser britischen Kriegshetzer geschlagen und beseitigt<sup>30)</sup>.

Am 9. April, vor einem Jahre, versuchte daraufhin England, sein Ziel durch einen Vorstoß in die nördliche Flanke Deutschlands zu erreichen.

In unvergeßlichem Kampf haben die deutschen Soldaten im norwegischen Feldzug ebenfalls in wenigen Wochen den Angriff abgeschlagen. Was die Welt nicht für möglich gehalten hatte, war gelungen. Die Wehrmacht des Deutschen Reiches sichert unsere Nordfront bis Kirkenes<sup>31)</sup>!

Wieder wenige Wochen später glaubte Herr Churchill den Augenblick für gegeben, über das mit England und Frankreich verbündete Belgien und Holland zum Ruhrgebiet vorstoßen zu können. Es begann die historische Stunde der Soldaten unserer Westfront. Im glorreichsten Kampf der Kriegsgeschichte wurden die Armeen des kapitalistischen Westens geschlagen und endlich vernichtet. Nach 45 Tagen war auch dieser Feldzug entschieden<sup>32)</sup>!

Nun konzentrierte Herr Churchill die Macht des Britischen Imperiums gegen unsere Verbündeten in Nordafrika. Auch dort ist die Gefahr durch das Zusammenwirken deutscher und italienischer Verbände ge-

bannt<sup>33)</sup>.

Das neue Ziel der britischen Kriegsorganisatoren besteht nunmehr in der Verwirklichung eines Planes, den sie schon zu Beginn des Krieges gefaßt hatten und nur durch die gigantischen deutschen Siege immer wieder zurückstellen mußten. In Erinnerung an die Landung der britischen Truppen während des Weltkrieges in Saloniki<sup>34)</sup> haben sie Griechenland erst mit ihrer Garantie<sup>35)</sup> eingefangen und dann endgültig den englischen Zwecken dienstbar gemacht.

Ich habe immer und immer wieder gewarnt vor dem Versuch einer Landung britischer Truppen zur Bedrohung des Reiches im Südosten Europas<sup>36)</sup>. Diese Warnung blieb leider vergeblich. Ich habe weiter versucht, mit immer gleicher Geduld die jugoslawischen Staatsmänner zu überzeugen von der Notwendigkeit eines aufrichtigen Zusammengehens der an der Wiederherstellung des Friedens in diesen Gebieten interessierten Nationen. Nachdem es nun endlich gelungen war, die Grundlagen einer solchen Zusammenarbeit durch den Eintritt Jugoslawiens in den Dreimächtepakt sicherzustellen<sup>37)</sup>, ohne daß dabei von Jugoslawien überhaupt etwas gefordert wurde<sup>38)</sup> außer der Teilnahme am Wiederaufbau eines vernünftig organisierten Europas, an dem auch Jugoslawien und sein Volk Anteil haben sollten, rissen in Belgrad die gleichen im englischen Solde stehenden verbrecherischen Elemente die Macht an sich<sup>39)</sup>, die schon im Jahre 1914 den Weltkrieg ausgelöst

33) Vgl. oben S. 56 Anm. 2.

34) Am 2. Oktober 1915.

35) Vom 13. April 1939; vgl. oben S. 56 Anm. 3.

36) Zum letzten Male in seiner Sportpalastrede vom 30. Januar 1941

(Der großdeutsche Freiheitskampf Bd. 2 [München 1941], S. 219): "Vielleicht hoffen sie [= die Gegner] auch auf den Balkan. Ich würde auch darauf nicht viel geben; denn das eine ist sicher: Wo England in Erscheinung tritt, werden wir es angreifen, und wir sind stark genug dazu". In seiner Rede in München vom 24. Februar 1941 sagte der Führer zur gleichen Frage (Der großdeutsche Freiheitskampf Bd. 2, S. 232): „Das eine ist sicher: Wo Britannien den Kontinent berührt, werden wir ihm sofort entgegenzutreten".

37) Am 25. März 1941 (vgl. unten S. 415 - 421 [Dok. 52-53c]).

38) Vgl. dazu die drei Noten vom 25. März 1941 (unten S. 420 f. [Dok. 53 a - c]).

39) Vgl. oben S. 58 f. Anm. 2.

28) Mit der Kapitulation der gesamten jugoslawischen Armee am 18. April 1941 (unten S. 101 [Dok. 16]) war der Feldzug gegen Jugoslawien, mit dem 1. Mai der Kampf auf dem griechischen Festland beendet.

29) VB. vom 7. April 1941; *Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrgang 8 (1941), S. 348 f.

Vgl. dazu auch den Aufruf des Führers an das deutsche Volk vom gleichen Tage (oben S. 54 - 61 [Dok. 6]), den Reichsminister Dr. Goebbels zusammen mit obigem Tagesbefehl am 6. April 1941 morgens um 6 Uhr über alle deutschen Sneder verlas.

30) Vgl. oben S. 55 Anm. 1.

31) Vgl. oben S. 55 Anm. 2.

32) Vgl. oben S. 55 Anm. 3.

hatten.

Man hat genau so wie in Polen die wilden Instinkte minderwertiger Subjekte gegen das Deutsche Reich mobilisiert. Ich mußte unter diesen Umständen die Deutsche Kolonie sofort aus Jugoslawien zurückrufen. Denn: Mitglieder und Offiziere der Deutschen Gesandtschaft, Beamte unserer Konsulate wurden tödlich angegriffen<sup>40)</sup>, unsere Vertretungen zerstört, die deutschen Schulen - genau wie in Polen - verwüstet, zahllose Volksdeutsche verschleppt, mißhandelt oder getötet<sup>41)</sup>. Darüber hinaus hat Jugoslawien, das schon seit Wochen im Geheimen die Einberufung von Reservisten betrieb, nunmehr die allgemeine Mobilmachung angeordnet<sup>42)</sup>.

Dies ist die Antwort auf meine achtjährigen, ewig geduldigen Bemühungen, mit diesem Staat enge und freundschaftliche Beziehungen herzustellen.

Während also in Griechenland wieder wie im Weltkrieg britische Divisionen landen, glaubt man in Serbien - ebenfalls wie im Weltkrieg - Zeit genug zu erhalten, um das neue Attentat gegen Deutschland und seine Verbündeten auslösen zu können.

Soldaten der Südostfront! Damit ist Eure Stunde gekommen! Ihr werdet nunmehr die Interessen des Reiches, so wie es die Kameraden vor einem Jahr in Norwegen und im Westen taten, auch im Südosten Europas in Euren Schutz nehmen. Ihr werdet dabei nicht weniger tapfer sein als die Männer jener deutschen Divisionen,

die schon im Herbst 1915 auf dem gleichen Gebiet, auf dem ihr jetzt antretet, siegreich kämpften<sup>43)</sup>!

Ihr werdet dort menschlich sein, wo euch der Gegner menschlich gegenüber tritt. Da, wo er die ihm eigene Brutalität zeigt, werdet Ihr ihn hart und rücksichtslos niederbrechen!

Der Kampf auf griechischem Boden aber ist nicht ein Kampf gegen Griechenland, sondern gegen jenen Generalfeind, der - so wie vor einem Jahr im höchsten Norden Europas - nunmehr im weitesten Süden versucht, das Kriegsgeschick zu wenden! Wir werden daher an diesem Platz mit unserem Verbündeten solange kämpfen, bis der letzte Engländer auch in Griechenland sein "Dünkirchen" <sup>44)</sup> gefunden hat<sup>45)</sup>! Wer von den Griechen aber diesen Weltfeind unterstützt, wird mit ihm fallen!

Wenn der deutsche Soldat es bewiesen hat, im Eis und Schnee des höchsten Nordens den Briten schlagen zu können, dann wird er genau so - nun, da die Not es fordert - in der Hitze des Südens seine Pflicht erfüllen! Wir alle aber verfolgen dabei kein anderes Ziel, als unserem Volk die Freiheit und damit dem deutschen Menschen in der Zukunft seine Lebensmöglichkeit zu sichern!

Die Gedanken, die Liebe und Gebete aller Deutschen sind nun wieder bei Euch, meine Soldaten!

Berlin, den 6. April 1941.

Adolf Hitler.

## Note der deutschen Reichsregierung an die griechische Regierung vom 6. April 1941 <sup>46)</sup>

An die Königlich Griechische Gesandtschaft  
Berlin.

Berlin, den 6. April 1941.

Seit Beginn des durch die Kriegserklärung Englands und Frankreichs<sup>47)</sup> Deutschland aufgezwungenen Krie-

ges hat die Reichsregierung immer klar und unzweideutig ihrem Willen Ausdruck gegeben, die militärische Auseinandersetzung zwischen den kriegführenden Staaten auf diese selbst zu beschränken und insbesondere den Bereich der Balkanhalbinsel aus dem Kriege herauszuhalten. Ebenso deutlich hat sie wiederholt<sup>48)</sup> erklärt, daß sie jedem englischen Versuch, den Krieg in andere Länder zu tragen, sofort mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten werde.

Mit der Vernichtung der englischen Expeditionstreitkräfte und der Vertreibung ihrer Reste aus Norwegen und Frankreich war unser Kontinent von den britischen Truppen restlos gesäubert. Hieraus ergab sich für alle europäischen Staaten das gemeinsame Interesse, die erreichte Ausschaltung Englands vom Festlande als sicherstes Unterpfand des Friedens in Europa in vollem Umfang zu erhalten und keinen englischen Soldaten mehr auf europäischem Boden Fuß fassen zu lassen

Für das griechische Volk stellte sich die Frage in der gleichen Weise wie für die anderen Völker des Kontinents, und es war klar, daß die Griechische Regierung<sup>49)</sup>

40) Vgl. oben S. 59 und Anm. 2 und 4.

41) Vgl. oben S. 59 Anm. 5.

42) Vgl. oben S. 60 Anm. 2.

43) In den Monaten Oktober und November 1915 wurde ganz Serbien von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen erobert.

44) Vgl. Dokumente Bd. 8, S. 266.

45) Vgl. oben S. 62 Anm. 6.

46) VB. vom 7. April 1941; *Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 8 (1941), S. 350-353; Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941), S. 20-23.

Vgl. dazu auch das deutsche Memorandum zu obiger Note vom gleichen Tage (unten S. 70 - 76 [Dok. 10]).

Während in Berlin Reichsaußenminister von Ribbentrop obige (auch vor den Pressevertretern verlesene [vgl. oben S. 64 Anm. 3]) Note am frühen Morgen des 6. April 1941 dem griechischen Gesandten Alexander Rizo-Rangabé überreicht, unterrichtete gleichzeitig um 5.30 Uhr morgens der deutsche Gesandte in Athen Victor Prinz zu Erbach-Schönberg den griechischen Ministerpräsidenten Alexander Korizis von dem deutschen Vorgehen.

47) Dokumente Bd. 7, S. 270 Anm. und 274 Anm. 2.

48) Vgl. oben S. 62 Anm. 6.



durch Einhaltung einer aufrichtigen und strikten Neutralität der Lage am besten gerecht würde. Für Griechenland wäre diese Haltung eine völlig natürliche und seinen ureigensten Interessen entsprechende gewesen, und dies insbesondere deshalb, weil keiner der Kriegsführenden ein wirklich lebenswichtiges Interesse daran haben konnte, ein Land, das weit außerhalb des eigentlichen Kriegstheaters lag, in seine Kriegshandlungen einzubeziehen. So haben auch Deutschland und Italien niemals etwas anderes als die Wahrung einer echten Neutralität von Griechenland verlangt.

Um so unverständlicher ist es daher, daß trotzdem die Griechische Regierung diese ihr klar vorgeschriebene Richtung aufgab und damit einen Weg beschritt, der geeignet war, ihr Volk früher oder später in ernste Gefahr zu bringen. Wie uns heute bekannt ist, hat tatsächlich Griechenland mit Ausbruch des Krieges im September 1939 seine Haltung der Neutralität verlassen und, zunächst im geheimen, später immer offener für die Feinde Deutschlands, d. h. vor allem für England Stellung bezogen<sup>49)</sup>.

Wie weit die griechische Politik schon vor Ausbruch des Krieges von den in griechischen Regierungskreisen herrschenden Sympathien für England beeinflußt wurde, beweist allein die Tatsache, daß im April 1939 Griechenland die politische Garantie der Westmächte<sup>51)</sup> akzeptierte. Sie mußte sich nach den allbekannten Erfahrungen mit englischen Garantien klar sein, daß sie hierdurch zwangsläufig ihr Land in englische Abhängigkeit bringen und in die bereits damals bestehenden englischen Einkreisungspläne gegen Deutschland verstricken mußte.

Offen trat diese Tendenz zum ersten Male nach Kriegsausbruch im Oktober 1939 zu Tage, als die Griechische Regierung von einer Verlängerung des in diesem Jahre abgelaufenen Freundschaftsvertrages mit Italien nichts wissen wollte<sup>52)</sup>. Die Reichsregierung gelangte zur gleichen Zeit in den Besitz von Unterlagen, wonach die seinerzeit mit britischer Hilfe eingesetzte<sup>53)</sup> Griechische Regierung sich bereits von Beginn ihrer Regierungszeit an weitgehend der englischen Politik

verpflichtet hatte.

Wenn hierüber aber noch der geringste Zweifel obwalten konnte, so ist durch die Dokumente, die in La Charité in Frankreich gefunden wurden und die nun der Öffentlichkeit übergeben werden<sup>54)</sup>, die klare Stellungnahme Griechenlands gegen die Achse seit Ausbruch des Krieges völlig einwandfrei nachgewiesen. Aus diesem amtlichen Urkundenmaterial des französischen Generalstabs und der Französischen Regierung ergibt sich über die wahre Politik, die die Griechische Regierung im geheimen führte, das folgende Bild:

1. Schon im September 1939 entsandte der griechische Generalstab den Obersten **Dovas** nach Ankara zur Fühlungnahme mit dem Oberbefehlshaber der französischen Expeditionsarmee in der Levante General **Weygand** <sup>55)</sup>.

2. Am 18. September 1939 gab der griechische Gesandte **Politis** in Paris die Versicherung ab, Griechenland wünsche den im Oktober ablaufenden Vertrag mit Italien nur insoweit zu erneuern, "wie eine derartige Abmachung nicht die Bildung einer Ostfront behindern würde" <sup>56)</sup>.

3. Anfang Oktober 1939 wurde dem französischen Gesandten<sup>57)</sup> in Athen vom Unterstaatssekretär des griechischen Außenministeriums **Mavroudis** erklärt, daß Griechenland eine Landung der Alliierten in Saloniki nicht nur nicht verhindern, sondern sogar aktiv unterstützen werde, falls nur der Erfolg der Operationen sichergestellt sei.

4. Die Ende Oktober 1939 eingeleitete Fühlungnahme des französischen Militärattachés in Athen mit dem griechischen Generalstabschef führte am 2. Dezember 1939 zu dem formellen Wunsch des griechischen Generalstabs nach Aufnahme militärischer Besprechungen und zu der Entsendung des französischen Generalstabsobersten **Mariot** nach Griechenland<sup>58)</sup>.

5. Eine Niederschrift des Generals **Gamelin** vom 4. Januar 1940<sup>59)</sup> besagt, daß der Chef des griechischen Generalstabs habe wissen lassen, er wäre unter Vorbehalt ausreichender Unterstützung mit Luftstreit- und Luftabwehrkräften in der Lage, die Landung eines interalliierten Expeditionskorps in Saloniki zu garantieren.

Die Reichsregierung, die bereits seit langem von diesem die Griechische Regierung schwer belastenden Urkundenmaterial Kenntnis hatte, hat ungeachtet dessen mit äußerster Geduld und Langmut die Weiterentwicklung der griechischen Politik abgewartet. Selbst als Griechenland der britischen Marine Stützpunkte auf seinen Inseln zur Verfügung stellte und Italien, der Bundesgenosse des Deutschen Rei-

49) Metaxas, seit 29. Januar 1941 (vgl. oben S. 64 Anm. 7) Korizis.

50) Dokumente zum Konflikt usw., S. 146-194; vgl. auch unten S. 71-76.

51) Vom 13. April 1939; vgl. oben S. 56 Anm. 3.

52) Der am 23. September 1928 unterzeichnete und mit dem am 1.

Oktober 1929 erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft getretene Pakt war auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen, aber infolge Nichtkündigung (laut Art. 28) für einen Zeitraum von fünf weiteren Jahren in Kraft geblieben; nachdem er mit dem 30. September 1939 abgelaufen war, kam es am 30. Oktober 1939 lediglich zu einem Briefaustausch zwischen der italienischen und griechischen Regierung, "in dem die zwischen beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen festgestellt werden"; vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 152 f. und 164-166.

53) Der nach zweijähriger Regierung 1924 abgesetzte und dann in London lebende griechische König **Georg II.** war am 25. September 1935 wieder nach Griechenland als Herrscher zurückgekehrt.

54) Vgl. oben S. 57 Anm. 2 und unten S. 71-76.

55) Vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 151.

56) Dokumente zum Konflikt usw., S. 153.

57) **Maugras**; vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 154 f.

58) Vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 172 und 175.

59) Dokumente zum Konflikt usw., S. 183.

ches, angesichts dieses unneutralen Verhaltens sich zu einem militärischen Vorgehen gegen Griechenland genötigt sah<sup>60)</sup>, hat Deutschland seine abwartende Haltung beibehalten. Bestimmend hierfür war die aufrichtige Hoffnung des deutschen Volkes, welches bisher für das griechische Volk nur freundschaftliche Gefühle hegte, daß sich Griechenland doch noch auf seine wahren Interessen besinnen und daß dadurch die Griechische Regierung veranlaßt werden möchte, trotz allem noch zur wahren Neutralität zurückzufinden. In diesem Sinne hat auch der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop in einer Unterredung mit dem griechischen Gesandten am 26. August 1940 in Fuschl<sup>61)</sup> der Griechischen Regierung in ernster Form den Rat gegeben, ihre einseitige Begünstigung Englands aufzugeben. Darüber hinaus ist die Griechische Regierung aber durch wiederholte öffentliche Erklärungen des Führers selbst darüber unterrichtet worden, daß Deutschland unter keinen Umständen ein Festsetzen britischer Streitkräfte auf griechischem Boden dulden werde. Es sei hier z. B. erinnert an die Führerrede vom 30. Januar 1941<sup>62)</sup>, in der es heißt:

*"Vielleicht hoffen sie auf den Balkan; auch hierauf würde ich nicht viel geben, denn das eine ist sicher: Wo England auftritt, werden wir es angreifen, und wir sind stark genug dazu."*

Die Griechische Regierung hat alle diese Warnungen in den Wind geschlagen. Sie ist auch niemals - das muß hier ausdrücklich festgestellt werden - an die Reichsregierung herangetreten, um auch nur die Möglichkeit einer Rückkehr Griechenlands zur Neutralität mit ihr zu erörtern. Der Grund war klar: Griechenland hatte sich schon viel zu weit in die englische Politik der Kriegsausweitung verstricken lassen und war gar nicht mehr Herr seiner eigenen Entschlüsse. Diese wurden ihm vielmehr schon zu dieser Zeit von der englischen Regierung vorgeschrieben. So kam es auch, daß die Griechische Regierung, die sich anfangs nach Beginn des Krieges gegen Italien auf die Heranziehung britischer technischer Formationen der Luftstreitkräfte beschränkt hatte, schon bald zwangsläufig auf diesem Wege weitererschreiten mußte. Nach der Besetzung Kretas<sup>63)</sup> kam es dann auch bald dazu, daß geschlossene britische Truppenformationen in Griechenland landeten und alle wichtigen strategischen Punkte besetzten<sup>64)</sup>. Die von Zeit zu Zeit abgegebenen Erklärungen der Griechischen Regierung, die diese Tatsachen abzuleug-

nen versuchen, können nur als ein neuer Beweis ihrer Unaufrichtigkeit und ihrer Abhängigkeit von England gewertet werden.

Seit einigen Wochen kann nun kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß England im Begriff ist - ähnlich seiner Weltkriegsexpedition nach Saloniki<sup>65)</sup> -, eine neue Front gegen Deutschland in Griechenland zu errichten, um von dort noch einen letzten Versuch zu machen, den Krieg nach Europa hineinzutragen. In diesem Zusammenhange sind Meldungen von besonderer Bedeutung, wonach der Generalstab der in Griechenland operierenden englischen Streitkräfte die Verbindung mit dem Generalstab in Belgrad hergestellt hat<sup>66)</sup>. In den letzten Tagen aber ist Griechenland nunmehr offen zum Operationsgebiet der englischen Streitkräfte geworden. Groß angelegte operative Land- und Transportbewegungen der Engländer sind zurzeit dort im Gange<sup>64)</sup>, und die amerikanischen Meldungen bestätigen, daß bereits eine englische Armee von 200 000 Mann in Griechenland bereitsteht.

Dadurch, daß Griechenland selbst als einziger europäischer Staat englischen Truppen wieder erlaubt hat, europäischen Boden zu betreten, hat es eine schwere Verantwortung gegenüber der europäischen Gemeinschaft auf sich geladen. Zweifellos ist das griechische Volk unschuldig an dieser Entwicklung; um so schwerer ist aber die Schuld, die die derzeitige Griechische Regierung durch diese unverantwortliche Politik auf sich geladen hat. Die griechische Regierung hat damit selbst eine Lage herbeigeführt, der gegenüber Deutschland nicht länger tatenlos verharren kann. Die Reichsregierung hat daher nunmehr ihren Truppen den Befehl erteilt, die britischen Streitkräfte vom griechischen Boden zu vertreiben. Jeder sich der deutschen Wehrmacht entgegenstellende Widerstand wird rücksichtslos gebrochen werden.

Indem die Reichsregierung der Griechischen Regierung hiervon Kenntnis gibt, betont sie, daß die deutschen Truppen nicht als Feinde des griechischen Volkes kommen und daß es dem deutschen Volk fernliegt, das griechische Volk als solches bekämpfen und vernichten zu wollen. Der Schlag, den Deutschland auf griechischem Boden zu führen genötigt ist, gilt England. Die Reichsregierung ist der Überzeugung, durch eine schnelle Vertreibung der britischen Eindringlinge aus Griechenland nicht zuletzt auch dem griechischen Volk und der europäischen Gemeinschaft einen entscheidenden Dienst zu leisten.

60) Am 28. Oktober 1940 (vgl. Dokumente Bd. 8, S. 382 Anm. 1).

61) Dokumente Bd. 8, S. 380 (Dok. 56).

62) Im Berliner "Sportpalast".

63) Am 4. November 1940; vgl. oben S. 52 Anm. 2.

64) Vgl. oben S. 52-54 (Dok. 5).

65) Vgl. oben S. 62 Anm. 4.

66) Vgl. auch unten S. 81.

# Memorandum zur Note der deutschen Reichsregierung an die griechische Regierung vom 6. April 1941 <sup>67)</sup>

## I.

Trotz der Vergewaltigung seiner Selbständigkeit und seiner Hoheitsrechte, die Griechenland während des Weltkrieges von England und Frankreich erfahren mußte, hat sich die Griechische Regierung sowohl unter dem republikanischen<sup>68)</sup> wie später unter dem wiederhergestellten monarchischen Regime<sup>69)</sup> stets als gefügiger Trabant der britischen Politik erwiesen.

Dies trat besonders augenfällig in Erscheinung, als die britische Politik im Frühjahr 1939 eine systematische Einkreisungsaktion gegen das Deutsche Reich in Szene setzte. Am 9. April 1939 erfolgte eine Demarche des Griechischen Gesandten in London bei dem englischen Außenminister **Lord Halifax**, bei der unter der falschen Behauptung, Italien stehe im Begriff, Korfu zu besetzen und Griechenland müsse dagegen Widerstand leisten, nach der Haltung Englands in einem solchen Falle gefragt wurde<sup>70)</sup>. Am 13. April 1939 erfolgte daraufhin die englisch-französische Garantieerklärung an Griechenland<sup>71)</sup>.

## II.

Über das Verhalten Griechenlands während des Krieges ist den in Frankreich in deutsche Hand gefallenen Akten des französischen Generalstabes<sup>72)</sup> folgendes zu entnehmen:

Bereits unmittelbar nach Ausbruch des Krieges im September 1939 setzte sich der griechische Generalstab durch die Entsendung des Generalstabsoberst **Dovas** nach Ankara mit dem Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte im Nahen Osten General **Weygand** in Verbindung, um in Besprechungen über die Landung eines französischen Expeditionskorps in Saloniki einzutreten und damit die Forderung zu verbinden, daß die Vorhut eines solchen Expeditionskorps aus vollständi-

gen Luftwaffeneinheiten bestehen müsse<sup>73)</sup>.

Auch auf rein politischem Gebiet begann sofort die Begünstigung der Feinde Deutschlands: Den Franzosen wurde die geheime Durchfuhr von Flugzeugen ermöglicht, die für Polen bestimmt waren<sup>74)</sup>. Der Griechische Gesandte **Politis** gab am 18. September in Paris die Versicherung ab, Griechenland wünsche einen im Oktober ablaufenden Vertrag mit Italien<sup>75)</sup> nur insoweit zu erneuern, "wie eine derartige Abmachung nicht die Bildung einer Ostfront behindern würde" <sup>76)</sup>.

In einer Aufzeichnung des französischen Außenministeriums vom 20. September 1939 konnte daher festgestellt werden: "Die Griechische Regierung führt eine Neutralitätspolitik durch, die amtlich äußerst strikt, im geheimen jedoch in der Richtung auf eine etwaige französisch-englische Zusammenarbeit ausgerichtet ist" <sup>77)</sup>.

Anfang Oktober erklärte der Unterstaatssekretär im griechischen Außenministerium **Mavroudis** dem französischen Gesandten<sup>78)</sup> in Athen, daß Griechenland eine Landung der Alliierten in Saloniki nicht nur nicht verhindern, sondern sogar durch Truppenentsendungen aktiv unterstützen werde, falls nur der Erfolg der Operation durch hinreichende diplomatische und militärische Vorbereitungen sichergestellt sei<sup>79)</sup>.

Im französischen Generalstab wurde die Verstärkung der militärischen Ausrüstung Griechenlands vorbereitet, da Griechenlands Entschlossenheit, "an militärischen Operationen größeren Ausmaßes mitzuarbeiten", bekannt war<sup>80)</sup>.

Die im Oktober von Italien unternommenen Versuche, seine friedlichen Beziehungen zu Griechenland durch Erneuerung des italienisch-griechischen Nichtangriffspaktes<sup>81)</sup> zu stabilisieren, wurden von der Griechischen Regierung tatsächlich sabotiert, wie es der griechische Gesandte **Politis** in Paris bereits einige Wochen vorher angekündigt hatte<sup>82)</sup>. Griechenland weigerte sich, einen neuen Vertrag mit Italien abzuschließen, und ließ sich nur auf einen Briefaustausch ein, der, wie den Franzosen versichert wurde, Athen freie Hand lassen sollte, "Frankreich und England bei gewissen Möglichkeiten seine Mitwirkung zu gewähren" <sup>83)</sup>.

Inzwischen wurde die griechisch-französische Füh-

73) Dokumente zum Konflikt usw., S. 151.

74) Ebd. S. 150.

75) Vgl. oben S. 67 Anm. 1.

76) Dokumente zum Konflikt usw., S. 152 f.

77) Ebd. S. 153.

78) **Maugras**.

79) Dokumente zum Konflikt usw., S. 154 f.

80) Ebd. S. 162.

81) Vgl. oben S. 67 Anm. 1.

82) Dokumente zum Konflikt usw., S. 151.

67) **VB.** vom 7. April 1941; Monatshefte für Auswärtige Politik Jahrg. 8 (1941), S. 353-356; Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941), S. 24 - 28.

Obiges Memorandum gibt den wesentlichen Inhalt des Kapitels: "Dokumente zum Konflikt mit Griechenland" (Nr. 103-144) des 7. deutschen Weißbuches: Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941) wieder.

Die deutsche Note an die griechische Regierung vom gleichen Tage vgl. oben S. 65-70 (Dok. 9).

68) 1924 - 1935.

69) Vgl. oben S. 67 Anm. 2.

70) Dokumente zum Konflikt usw., S. 143 f.

71) Vgl. oben S. 56 Anm. 3.

72) Vgl. oben S. 57 Anm. 2.



lungnahme auf militärischem Gebiet fortgesetzt. Ende Oktober 1939 fanden weitere Erörterungen zwischen dem griechischen Generalstabschef General Papagos und dem französischen Militärattaché in Athen statt, bei denen es sich wiederum um die Möglichkeiten von Truppenlandungen sowie um die "geheimen Kriegshäfen" bei Kavalla handelte<sup>84</sup>. Am 2. Dezember 1939 gab dann der Chef des griechischen Generalstabs gegenüber England und Frankreich formell dem Wunsch nach Aufnahme militärischer Besprechungen Ausdruck<sup>85</sup>. Zum Zweck der Aufnahme der militärischen Zusammenarbeit entsandte dann im Dezember 1939 der französische Oberbefehlshaber General Gamelin den Obersten Mariot nach Griechenland, um dort die allgemeinen Bedingungen einer militärischen Zusammenarbeit zu prüfen<sup>86</sup>. Vom französischen Generalstab wurde ihm ein eingehender Fragebogen mitgegeben, um dessen Beantwortung die griechischen Militärbehörden ersucht werden sollten<sup>87</sup>. Ende Dezember konnte der französische Marineattaché in Athen geheime Auskünfte über die nordgriechischen Häfen weiterleiten, die ihm der griechische Generalstab zur Verfügung gestellt hatte<sup>88</sup>.

In einer Niederschrift des Generals Gamelin vom 4. Januar 1940 wurde mitgeteilt, daß der Chef des Generalstabs der griechischen Armee habe wissen lassen, er wäre unter Vorbehalt einer ausreichenden Unterstützung mit Luftstreitkräften und Luftabwehrkräften in der Lage, die Landung eines interalliierten Expeditionskorps in Saloniki zu garantieren<sup>89</sup>. Der französische Generalstab hatte so volle Gewißheit, daß Griechenland jede gegen Deutschland gerichtete Aktion der Alliierten auf dem Balkan zu unterstützen bereit sei.

Im März 1940 nahm laut einem Schreiben Gamelins an Daladier das französische Oberkommando in Aussicht, das Gros der französischen Streitkräfte im Gebiet von Saloniki einzusetzen<sup>90</sup>. In der gleichen Zeit konnten Offiziere der französischen Luftwaffe Flugplätze in Nordgriechenland besichtigen, die der griechische Generalstab für den Gebrauch durch die französische Luftwaffe hatte herrichten lassen<sup>91</sup>. Noch im Mai erklärten sich die Griechen bereit, sofort Material entgegenzunehmen, "das für etwaige alliierte Landungstruppen bestimmt ist". Dieses Material sollte zum Schein an die griechische Regierung verkauft werden. Nach der Landung im Piräus würde es auf griechischem Gebiet verteilt werden gemäß den Angaben des Generalstabs der französischen Armee<sup>92</sup>.

Das Gesamtbild, das sich aus diesen Tatsachen ergibt, läßt klar erkennen, daß auch schon vor dem Eintritt Italiens in den Krieg Griechenland nicht neutral war, sondern eindeutig im englisch-französischen Lager stand.

### III.

Die unneutrale Haltung Griechenlands kam auch darin zum Ausdruck, daß es, wie Berichte des französischen Militärattachés in Athen aus dem Oktober und November 1939 beweisen, systematisch den Abtransport wehrpflichtiger polnischer Flüchtlinge über Griechenland nach Frankreich begünstigte. So wurden nach dem Bericht vom 1. November<sup>93</sup> in der Zeit vom 12. bis 31. Oktober 1939 unter anderem 614 polnische Flieger von Griechenland nach Marseille transportiert; am 14. November reisten wiederum 370 und am 28. November 520 Polen nach Marseille<sup>94</sup>. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß es sich dabei um regelrechte Transporte handelte.

Eine noch schwerwiegendere Begünstigung der mit Deutschland im Krieg befindlichen Mächte bestand darin, daß die Griechen einen sehr erheblichen Teil ihrer Schiffe an England vercharterten. Wiederholte Vorstellungen der Deutschen Regierung hiergegen bei der Griechischen Regierung hatten keinen Erfolg. Ein Bericht des französischen Marineattachés in Athen vom 30. Oktober 1939 berichtet über eine vom griechischen Ministerpräsidenten<sup>95</sup> einberufene Versammlung griechischer Reeder, in der der Ministerpräsident ausgeführt habe, daß er zwar ein von der englischen Regierung gestelltes Verlangen auf Überlassung der Hälfte der griechischen Handelsflotte offiziell abgelehnt habe, jedoch trotzdem den Reedern empfehle, soweit sie nur könnten, sich unter Wahrung des persönlichen Charakters ihrer Entschließung in den Dienst Englands zu stellen<sup>96</sup>.

Nach dem Eintritt Italiens in den Krieg gegen Frankreich und England<sup>97</sup>, durch den das Mittelmeer zum Kriegsgebiet wurde, ergab sich alsbald eine fortlaufende Unterstützung der britischen Kriegsmaßnahmen durch Griechenland. Britische Kriegsschiffe fanden in den griechischen Hoheitsgewässern Unterschlupf und Verproviantierungsmöglichkeiten. Das griechische Territorium stand der Organisation des britischen Nachrichtenendienstes im Südosten als wichtigstes Zentrum zur Verfügung.

### IV.

Diese Lage zwang Italien, von Griechenland Garantien zur Wiederherstellung einer wirklichen Neutralität zu verlangen, eine Forderung, die zur Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Italien und Griechenland führte<sup>98</sup>. Die griechische Kriegführung fand sofort die aktive Unterstützung Englands. Im Laufe des November 1940 erfolgte der systematische Ausbau britischer Flugbasen an verschiedenen Punkten des griechischen Festlandes sowie die Landung zahlreicher britischer

83) Ebd. S. 166.

84) Ebd. S. 164.

86) Ebd. S. 174.

88) Ebd. S. 178 - 180.

90) Ebd. S. 185.

85) Ebd. S. 172.

87) Ebd. S. 175 f.

89) Ebd. S. 183.

91) Ebd. S. 187.

92) Ebd. S. 191.

94) Ebd. S. 170.

96) Dokumente zum Konflikt usw., S. 163.

97) 10. Juni 1940.

98) Am 28. Oktober 1940 (vgl. Dokumente Bd. 8, S. 382 Anm. 1 und 3).

93) Ebd. S. 167.

95) Metaxas.

technischer Formationen zur Unterstützung der griechischen Kriegsführung. Ebenso wurde bereits im November 1940 Kreta von britischen Truppen besetzt<sup>99)</sup>. Der britische Minister für Indien betonte in einer Rede<sup>100)</sup> vom 1. Dezember 1940 die Bedeutung Griechenlands als eines Brückenkopfes für die britischen Truppen, von dem aus diese eventuell "dem deutschen Drachen den Todesstoß versetzen könnten".

Die zahlreichen Meldungen über britische Hilfeleistung für Griechenland fanden in einer Rede des britischen Ministerpräsidenten vom 19. Dezember 1940<sup>101)</sup> ihre volle Bestätigung, in der **Churchill** erklärte: "Marschall **Longmore**<sup>102)</sup> hatte den kritischsten Augenblick bei seinen Vorbereitungen, als er sah, wie ein großer Teil seiner Streitkräfte ihm entzogen wurde, um nach Griechenland geschickt zu werden". Bis Anfang März 1941 waren in Griechenland 180 britische Flugzeuge und rund 10 000 Mann RAF. (Bodenpersonal, Flak, Nachschubeinheiten und Pioniere) eingetroffen<sup>103)</sup>.

Mitte Januar 1941 weilte der britische Oberbefehlshaber **General Wavell**<sup>104)</sup> persönlich in Athen zu Besprechungen mit dem griechischen Oberbefehlshaber **General Papagos**. Im März<sup>105)</sup> erfolgten zwei Besuche des britischen Außenministers **Eden** und des britischen Generalstabschefs **Sir John Dill** in der griechischen Hauptstadt.

Hatten schon ab Mitte Februar amerikanische Rundfunk- und Pressemeldungen davon zu berichten gewußt, daß starke Kontingente britischer Truppen nach Griechenland unterwegs seien, so bestätigten die in der ersten Hälfte des März einlaufenden Nachrichten, daß diese Meldungen keineswegs aus der Luft gegriffen waren.

So trafen in der Zeit bis zum 10. März mehrere tausend Mann Infanterie, Flak und Pioniere, und zwar vorwiegend Australier und Neuseeländer, im Piräus ein. Diese Truppen waren mit schweren Infanteriewaffen und Artillerie ausgerüstet<sup>106)</sup>. In der Zeit vom 10. bis 16.

März erhöhte sich die Zahl der auf dem griechischen Festlande befindlichen britischen Truppen, einschließlich RAF., auf etwa 20 000 Mann<sup>107)</sup>. Die vom 16. März ab eingehenden Nachrichten ließen erkennen, daß eine großangelegte operative Transportbewegung im Anlaufen war. Die Zahl der gelandeten britischen Truppen steigerte sich fortlaufend und betrug am 25. März 1941 bereits wenigstens 40 000 bis 50 000 Mann, einschließlich RAF. Die Truppen waren außer mit leichter und schwerer Artillerie mit Panzerspäh- und Kampfwagen reichlich versehen. Sie wurden in die Gegend nördlich Larissa und nach West-Mazedonien vorgeschoben<sup>108)</sup>.

Die Bildung einer britischen Operationsgruppe auf dem griechischen Festlande trat immer klarer in Erscheinung. Die neuesten Meldungen sprechen bereits von dem Aufmarsch einer Expeditionsarmee von 200 000 Mann<sup>109)</sup>.

## V.

Steht es angesichts dieser Tatsachen außer jedem Zweifel, daß die Griechische Regierung gemeinsame Sache mit den Engländern gemacht hat und ihr Gebiet der Britischen Regierung zu Zwecken der Kriegsführung zur Verfügung gestellt hat, so hat es andererseits nicht an Warnungen von deutscher Seite gefehlt, um Griechenland die Folgen eines derartigen Verhaltens vor Augen zu führen. Insbesondere hat der Reichsminister des Auswärtigen in einer Unterredung mit dem griechischen Gesandten in Fuschl vom 26. August 1940 der Griechischen Regierung in eindringlicher Form den Rat gegeben, die proenglische Haltung aufzugeben, und sie insbesondere vor den Folgen unbedachter gegen Italien gerichteter Maßnahmen gewarnt<sup>110)</sup>.

Noch unlängst hat die Griechische Regierung durch die Rede des Führers vom 30. Januar völlige Klarheit darüber erhalten, daß das Festsetzen britischer Streitkräfte auf griechischem Boden von Deutschland unter keinen Umständen geduldet werden könne<sup>111)</sup>.

Ungeachtet dieser klaren Warnung hat sie es jedoch unterlassen, hieraus irgendwelche Folgerungen zu ziehen, sondern im Gegenteil in zunehmendem Maße britische Truppen in ihr Land gezogen<sup>112)</sup>.

Angesichts dessen kann sich die Reichsregierung nicht länger der Tatsache verschließen, daß Griechenland eindeutig mit England gemeinsame Sache macht und somit als Kriegsgegner Deutschlands mit allen sich daraus ergebenden Folgen gelten muß.

99) Am 4. November 1940 wurde amtlich bekanntgegeben, daß britische Truppen auf Kreta an Land gegangen seien.

100) **Leopold Charles Maurice Stennett** Amery in Newmarket (Suffolk) (Dokumente zum Konflikt usw., S. 194).

101) Vor dem Unterhaus (Dokumente zum Konflikt usw., S. 194).

102) **Sir Arthur Longmore** war Oberkommandierender der britischen Luftwaffe im Mittleren Osten.

103) Vgl. oben S. 52.

104) Nach einer Unterredung mit ihm starb plötzlich -- angeblich an Herzschlag -- am 29. Januar 1941 der griechische Ministerpräsident **Metaxas**, der eine weitergehende Unterstützung durch Griechenland abgelehnt haben soll.

105) 2. - 5. März und 31. März - 1. April 1941.

106) Vgl. oben S. 54.

107) Vgl. oben S. 53.

108) Vgl. oben S. 54.

109) Nach amerikanischen Meldungen; vgl. oben S. '69.

110) Dokumente zum Konflikt usw., S. 193 und Dokumente Bd. 8, S. 380-383 (Dok. 56).

111) Vgl. oben S. 62 Anm. 6.

112) Vgl. oben S. 52-54 (Dok. 5).

# Amtliche Erklärung der deutschen Reichsregierung über Jugoslawien vom 6. April 1941<sup>113)</sup>

Die Schwierigkeit seiner Lage und die immer deutlicher werdenden Anzeichen des Niedergangs auf seinen Inseln veranlassen zurzeit England zu immer verzweifelteren Versuchen, um noch einmal in Europa eine Front gegen Deutschland aufzurichten. Das Ziel dieses letzten englischen Versuches ist der Balkan, wo Griechenland bereits das Opfer dieser verbrecherischen britischen Politik der Kriegsausweitung geworden ist<sup>114)</sup> und wo England jetzt in Jugoslawien ein williges Werkzeug für sein Ziel sieht, möglichst den ganzen Balkan in Brand zu setzen.

Im Gegensatz zu dieser englischen Politik ist es von jeher das Bestreben Deutschlands gewesen, einen Ausgleich der Interessen auf dem Balkan herbeizuführen und damit den Balkanländern das Schicksal des Krieges zu ersparen. In konsequenter Verfolgung dieser friedlichen Zielsetzung auf dem Balkan hat sich der Führer seit der Machtübernahme für eine Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit auch mit dem jugoslawischen Staate eingesetzt<sup>115)</sup>. Diese Politik, die einen Schlußstrich unter das unerfreuliche Kapitel der deutsch-jugoslawischen Nachweltkriegsbeziehungen zog, entsprach durchaus den wirklichen Interessen der beiden Staaten, die politisch keinerlei ernsthafte Interessengegensätze hatten und die sich wirtschaftlich in hervorragender Weise ergänzten.

Zur selben Zeit wurde durch die Politik des Duce das italienisch-jugoslawische Verhältnis auf eine neue freundschaftliche Basis gestellt<sup>116)</sup>, und es war ein unbestreitbares Verdienst der Achse, daß es in diesen Jahren auch zu einer Konsolidierung der Beziehungen Jugoslawiens zu seinen anderen Nachbarn<sup>117)</sup> kommen konnte. Der weitsichtigen Politik des Führers und des damaligen jugoslawischen Ministerpräsidenten **Stojadinowitsch**<sup>118)</sup> aber war es zuzuschreiben, daß Deutschland und Jugoslawien im Laufe dieser Jahre zu einer engen freundschaftlichen Zusammenarbeit kamen, die auch

nur die Möglichkeit einer ernsten Divergenz zwischen den beiden Staaten auszuschließen schien.

Mit dem im Jahre 1939 erfolgten Sturz der Regierung **Stojadinowitsch** stellte sich dann allerdings bald heraus, daß in diesem Staate starke Kräfte am Werk waren, die es sich zum Ziele gesetzt hatten, den Weg des Ausgleichs und der Freundschaft mit Deutschland zu verlassen und zu der früheren Außenpolitik Jugoslawiens, d. h. der Gegnerschaft gegenüber Deutschland, zurückzukehren<sup>119)</sup>. Während diese Bestrebungen zunächst noch unklar zu Tage traten, sollte nach Ausbruch des Krieges Deutschland bei Durchsicht der in La Charité in Frankreich gemachten Aktenfunde<sup>120)</sup> um so gründlicher hierüber aufgeklärt werden. Diese Geheimakten des französischen Generalstabs, die nunmehr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden<sup>121)</sup>, beweisen, daß Jugoslawien bereits vor Kriegsausbruch, d. h. also seit dem Sommer 1939, eine einseitige Politik des Zusammengehens mit England und Frankreich, d. h. eine eindeutig gegen Deutschland gerichtete Politik betrieben hat<sup>122)</sup>. Sie beweisen zusammengefaßt folgendes:

1. Als Frankreich im Sommer 1939, also schon vor Kriegsausbruch, die Aufstellung eines französischen Expeditionskorps in der Levante plant, tritt es sogleich auch mit dem jugoslawischen Generalstab in Kontakt. Die erste vorbereitende Unterredung zwischen dem französischen Gesandten in Belgrad<sup>123)</sup> und dem jugoslawischen Generalstab über das von Frankreich geplante Saloniki-Unternehmen findet am 19. August 1939 statt.

2. Im November 1939 wurden auf Wunsch der jugoslawischen Regierung und des Generalstabes die Verbindungen durch Entsendung einer besonderen militärischen Mission nach Frankreich und die Kommandierung eines Offiziers aus dem Stabe General **Gamelins** nach Belgrad enger gestaltet<sup>124)</sup>.

3. In den ersten Kriegsmonaten steht, wie aus den gefundenen Akten einwandfrei hervorgeht, die Haltung

113) VB. vom 7. April 1941; *Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 8 (1941), S. 356-360; Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941), S. 5 - 9.

Vgl. dazu auch das deutsche Memorandum zu obiger Erklärung vom gleichen Tage (unten S. 84-99 [Dok. 12]).

114) Infolge des Ausbruches des griechisch-italienischen Konflikts am 28. Oktober 1940 (vgl. Dokumente Bd. 8, S. 382 Anm. 1 und 3).

115) Vgl. dazu Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland, S. 53 - 75 ("Die deutschen Bemühungen um eine Verständigung") und Dokumente Bd. 5, S. 176 f.; Bd. 6, S. 105, 169 f. Anm. 2 sowie 662 und Anm. 3; Bd. 7, S. 18 - 20, 140, 352 und 486 f.

116) Vgl. oben S. 57 Anm. 1.

117) Ungarn und Bulgarien; vgl. oben S. 57 Anm. 1 und unten S. 90 f.

118) **Milan Stojadinowitsch** war vom 24. Juni 1935 bis 4. Februar 1939 jugoslawischer Ministerpräsident und Außenminister.

119) Den neuen jugoslawischen Ministerpräsidenten **Dragischa Zvetkowsch**, bisher Arbeitsminister im Kabinett **Stojadinowitsch**, bezeichnete der französische Gesandte in Belgrad **Brugère** in seinem Telegramm an das französische Außenministerium vom 4. Februar 1939 (Dokumente zum Konflikt usw., S. 72) als "einen unserer besten Freunde unter den zurückgetretenen Regierungsmitgliedern".

120) Vgl. oben S. 57 Anm. 2.

121) Zunächst durch Veröffentlichung in der deutschen Presse (seit 7. April 1941), dann als 7. deutsches Weißbuch: Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941); vgl. auch oben S. 71 - 74 und unten S. 92 - 94.

122) Vgl. dazu Kapitel III ("Das neutralitätswidrige Verhalten Jugoslawiens während des Krieges") des 7. deutschen Weißbuches (S. 77-114).

123) **Brugère**.

124) Dokumente zum Konflikt usw., S. 83.



Jugoslawiens unter dem Zeichen einer möglichst umfangreichen Unterstützung der Transporte für England und Frankreich und ferner im Zeichen eines regen Nachrichtenaustausches mit diesen Mächten, wenn auch der Schein der Neutralität gewahrt wird.

4. Am 16. April 1940 hat der französische Gesandte in Belgrad<sup>125)</sup> eine Unterredung mit dem Kriegsminister **Neditsch** über die Aufnahme von militärischen Besprechungen. Jugoslawien entsendet einen besonders vertrauenswürdigen Verbindungsoffizier in das Hauptquartier des Oberkommandierenden der französischen Expeditionsarmee in der Levante<sup>126)</sup>. Das Saloniki-Unternehmen ist damit der jugoslawischen Förderung sicher.

5. Noch nach dem Zusammenbruch Frankreichs versichern am 11. Juni 1940 die maßgebenden jugoslawischen Stellen dem französischen Gesandten in Belgrad<sup>125)</sup>, daß, wenn das Blatt für Frankreich sich wieder wenden sollte, Jugoslawien gewillt sei, sofort an seine Seite zu treten<sup>127)</sup>!

Die Dokumente sprechen eine deutliche Sprache: Während seit Ausbruch des Krieges das ganze Bestreben Deutschlands auf eine Lokalisierung des Krieges gerichtet ist und Deutschland alles tut, um dem Balkan die Schrecken des Krieges zu ersparen, setzt Jugoslawien zwar nach außen die Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland fort, stellt sich aber insgeheim zu dieser Zeit bereits eindeutig auf die Seite der Feinde Deutschlands.

Trotz Kenntnis dieser Vorgänge und in der Hoffnung, die jugoslawische Politik auf den Weg der Vernunft, nämlich den der Verständigung mit der Achse zurückzuführen, hat Deutschland mit einer Großzügigkeit und Geduld, die wohl kaum ihresgleichen kennt, die Politik der Verständigung mit Jugoslawien fortgesetzt. Immer wieder wurden von Seiten Deutschlands und Italiens Versuche unternommen, die Jugoslawische Regierung von der Zweckmäßigkeit einer dauernden Verständigung und Zusammenarbeit mit den Achsenmächten zu überzeugen. Diese Politik gipfelte in der Einladung Jugoslawiens zur Beteiligung am Dreimächtepakt.

Noch einmal schien es, als ob die Vernunft obsiegen würde und die verantwortlichen jugoslawischen Staatsmänner die wahren Interessen ihres Landes erkannt hätten. So kam es nach längeren Verhandlungen am 25. März des Jahres zum Eintritt Jugoslawiens in den Dreimächtepakt in Wien<sup>128)</sup>.

Der Inhalt der Wiener Abmachungen war folgender:

1. Die Anerkennung der Souveränität und Integrität des jugoslawischen Staates seitens der Partner des Dreimächtepaktes<sup>129)</sup>.

2. Die Zusicherung der Achsenmächte, daß ein

Durchmarsch oder Durchtransport von Truppen sowie irgendeine militärische Hilfeleistung während dieses Krieges von Jugoslawien nicht verlangt werden würde<sup>130)</sup>.

3. Die Zusicherung, daß im Rahmen der Neuordnung Europas Jugoslawien einen Ausgang zum Ägäischen Meer erhalten würde, der auf besonderen Wunsch der Jugoslawischen Regierung in territorialer Hinsicht die jugoslawische Souveränität in Stadt und Hafen Saloniki umfassen sollte<sup>131)</sup>.

Gegenüber diesen weitgehenden Zusicherungen hatte der jugoslawische Staat sich zu nichts anderem zu verpflichten als zu einer loyalen Mitarbeit mit den europäischen Mächten an dem Neuaufbau unseres Kontinents.

Denn, - das muß hier festgestellt werden -:

Für Deutschland und Italien war bei der Einladung Jugoslawiens zum Eintritt in den Dreimächtepakt ausschließlich der Wunsch maßgebend, den jugoslawischen Staat - und zwar in dessen ureigenstem Interesse - für die loyale Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Mächten gegen jede weitere Kriegsausweitung zu gewinnen und ihm gleichzeitig seinen endgültigen Platz im Rahmen der Neuordnung Europas zu sichern.

Auf diese geschichtlich einmalige Chance, die einem Staate geboten wurde, der seine Existenz ausschließlich dem Versailler System und dessen Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verdankte, hat eine Clique von Verschwörern in Belgrad<sup>132)</sup> nunmehr eine Antwort erteilt, die als ebenso dumm wie verbrecherisch bezeichnet werden muß. Denn: Die jugoslawischen Minister<sup>133)</sup>, die, mit allen Vollmachten ausgestattet, in Wien ihre Unterschrift unter einen Vertrag setzten, der ihrem Staat die dauernde Sicherheit und dem jugoslawischen Volk eine glückliche Zukunft garantieren sollte, wurden am Tage ihrer Rückkehr nach Belgrad verhaftet<sup>134)</sup>. Die Schuld hieran trifft eine Clique von Verschwörern, die damit eine große Verantwortung auf sich geladen hat. Es sind dieselben berüchtigten Verschwörer, deren Terrorakte von jeher den Balkan unsicher machten, die selbst vor Königsmorden<sup>135)</sup> nicht zurückschreckten und die im Jahre 1914 durch den Mord von Serajewo<sup>136)</sup> den Weltkrieg entfesselten und damit schon einmal unsägliches Unglück über die Menschheit gebracht haben.

Mit der Machtergreifung dieser Verschwörerclique aber hat Belgrad nunmehr die Maske endgültig fallen lassen. Vor einigen Tagen hat mit einem Schlage in ganz

130) Unten S. 420 f. (Dok 53b und c).

131) Unten S. 95 und 115.

132) Mit General **Duschan Simowitsch** an der Spitze.

133) Ministerpräsident **Zwetkowitsch** und Außenminister **Cincar Markowitsch**.

134) Vgl. oben S. 58 Anm. 2.

135) König **Alexander I.** von Serbien und seine Gemahlin **Draga** wurden in der Nacht vom 10. zum 11. Juni 1903 von Offizieren in Belgrad ermordet.

136) Vgl. dazu auch oben S. 59 Anm. 6.

125) Brugère.

126) Dokumente zum Konflikt usw. S. 94.

127) Ebd. S. 104.

128) Dokumente zum Konflikt usw. S. 114.

129) Vgl. unten S. 95 und 420 (Dok 53a).

Jugoslawien ein unerhörter Terror gegen alle Angehörigen der Achsenmächte und der ihnen verbündeten Staaten eingesetzt. Der Führer wurde geschmäht; der deutsche Gesandte wurde öffentlich beleidigt<sup>137)</sup>; dem italienischen Gesandten<sup>138)</sup> wurde von General Simowitsch unverhohlen mit Krieg gedroht; ein Offizier der deutschen Gesandtschaft wurde beschimpft und mißhandelt<sup>139)</sup>, deutsche Einrichtungen zerstört und geplündert, und in den letzten Tagen hat die Drangsalierung alles Deutschen einen Umfang angenommen, der die Erinnerung an die schlimmste Zeit der Deutschenverfolgungen in Polen<sup>140)</sup> wachruft.

Auch die wahre Richtung der jugoslawischen Außenpolitik trat nun offen zu Tage. Wenn heute von den Machthabern in Belgrad die Einladung an Jugoslawien zum Eintritt in den Dreimächtepakt, d. h. also die Aufforderung zur loyalen Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Völkerfamilie, als ein gegen die jugoslawische Ehre verstößender Akt hingestellt wird, so zeigt dies die wirkliche Einstellung der heute bestimmenden Kräfte in diesem Lande, die eben keine Befriedung wünschen, sondern die glauben, nur durch Aufrechterhaltung von Unruhe und Zwietracht ihre egoistischen Ziele verfolgen zu können. Die Handlungen der derzeitigen Machthaber sind demnach auch völlig eindeutig:

1. wurde die Mobilisierung der ganzen jugoslawischen Armee angeordnet<sup>141)</sup>;

2. sind englische Generalstabsoffiziere in den letzten Tagen als Verbindungsmänner zur jugoslawischen Armee in Belgrad eingetroffen;

3. wurde durch Entsendung jugoslawischer Generalstabsoffiziere nach Griechenland mit den in Griechenland operierenden englischen Streitkräften und der griechischen Armee Verbindung hergestellt, und

4. sind in den letzten Tagen die unwiderleglichen Beweise in die Hände der Reichsregierung gelangt, daß die Jugoslawische Regierung in der Person des Generals **Simowitsch** sich an England und Amerika zwecks Unterstützung mit Truppen, Waffen und Krediten in dem kommenden Kampfe gegen Deutschland gewandt hat.

Jugoslawien hat also endgültig beschlossen, mit den Feinden Deutschlands gemeinsame Sache zu machen und seine Armee und sein Land England als Aufmarschgebiet gegen Deutschland zur Verfügung zu stellen. Der Brief des heutigen, in den Händen der Belgrader Generalclique befindlichen Königs<sup>142)</sup>, der nach England schrieb, "er warte nur noch auf den Tag, an dem Jugoslawien sich gegen die Nazis entscheiden werde, damit er endlich seine Armee übernehmen könne"<sup>143)</sup>, und die Antwort britischer Staatsmänner mit dem Pre-

mierminister **Churchill** an der Spitze, die die Thronbesteigung dieses Königs als die endgültige Festlegung Jugoslawiens auf Seiten Englands feierten<sup>144)</sup>, sind hierfür nur noch eine letzte Bestätigung.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, diesem Treiben einer verbrecherischen Clique in Belgrad länger zuzusehen und zu dulden, daß Jugoslawien zum Tummelplatz einer kontinentfremden britischen Söldnertruppe wird<sup>145)</sup>, wie dies zur Zeit in Griechenland der Fall ist. Sie hat daher den deutschen Truppen nunmehr den Befehl erteilt, die Ruhe und Sicherheit auch in diesem Teil Europas mit allen militärischen Mitteln des Reiches wiederherzustellen<sup>146)</sup>.

144) Vgl. ebd. 126 und 128 f.

145) Über die sowjetrussische Beteiligung vgl. oben S. 60 Anm. 1.

146) Am gleichen Tage erging folgende Verlautbarung der italienischen Regierung über ihr Vorgehen gegen Jugoslawien (**VB.** vom 7. April 1941):

"Vor vier Jahren - im März 1937 - unterzeichnete Jugoslawien einen Freundschaftspakt mit Italien [oben S. 57 Anm. 1], der die dauerhafte und sichere Grundlage einer loyalen Politik der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, hätte bilden sollen. Der Pakt wurde als »Pakt des Adriafriedens« bezeichnet. Wir verhandelten und schlossen den Pakt in der Überzeugung ab, daß er den Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen den beiden Völkern bedeute. Wir brachten der jugoslawischen Regierung ein Vertrauen entgegen und hofften, sie werde es nicht enttäuschen. Wir sind dem Pakt auch dann treu geblieben, als nach dem Sturz des Kabinetts **Stojadinowitsch** [4. Februar 1939], der den Pakt abgeschlossen hatte, sich in Jugoslawien die ersten Anzeichen und die ersten Kundgebungen eines Wiederauflebens der Feindseligkeiten gegenüber Italien bemerkbar machten als Werk jener dunklen Mächte, die 20 Jahre hindurch die Beziehungen zwischen den beiden Ländern vergiftet hatten und die mit dem Sturz **Stojadinowitschs** deutlich die Oberhand über die Politik des Friedens und der Freundschaft, die im Jahre 1937 eingeleitet war, wiedergewannen. Wir und Deutschland erhielten die Beweise der von diesen Kräften durchgeführten Wühlarbeit, deren Ziel es war, Jugoslawien an die Politik und an die Aktionen unserer Feinde zu binden. Trotzdem haben wir nicht nur die von uns loyal als richtunggebend für unsere Beziehungen mit Jugoslawien angesehenen Grundlagen nicht aufgegeben, sondern alles getan, was in unserer Macht lag, um das Einvernehmen mit Jugoslawien zu erhalten und um zu vermeiden, daß der Friede in der Adria gestört werde, und um Jugoslawien von den Gefahren eines Krieges fernzuhalten, zu dem England im Einvernehmen mit einer verbrecherischen Clique jugoslawischer Politiker unabwendbar trieb. Unser Programm war präzise: Wir wollen die Zukunft der jugoslawischen Nation sicherstellen, indem wir sie aufforderten, ohne jede Anstrengung, ohne jedes Risiko und ohne jede Gefahr für sie sich am Werk des friedlichen Wiederaufbaues des europäischen Kontinents zu beteiligen, für das wir bereits die Zusammenarbeit Ungarns, Rumäniens und Bulgariens gesichert hatten. Auf Grund dieses Programmes wurde Jugoslawien durch das Wiener Abkommen vom 25. März d. J. der Beitritt zu dem Dreimächtepakt ermöglicht. Von Jugoslawien verlangten wir mit diesem Beitritt nichts außer seiner loyalen Zusammenarbeit an der Politik des Wiederaufbaues des europäischen Kontinents, während Jugoslawien die Anerkennung seiner Souveränität und seiner Integrität sowie die Garantie erhielt, daß sein Gebiet nicht von Truppen durchquert würde, ferner, daß es keine Aufforderung zu einer militärischen Hilfeleistung erhalten würde, und endlich, daß seine Aspirationen eines Zugangs zum Ägäischen Meer durch den Besitz der Stadt und des Hafens Saloniki, den Italien und Deutschland ihm gemeinsam garantierten, befriedigt worden wären. Dieser Pakt war

137) Vgl. oben S. 59 und Anm. 2.

138) **Giorgio Mameli**.

139) Vgl. oben S. 59 und Anm. 4.

140) Vgl. Dokumente Bd. 7, S. 614 und 626 (Dok. 121).

141) Vgl. oben S. 60 und Anm. 2.

142) **Peter II.**, der am 27. März die Machtbefugnisse übernahm.

143) Vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 126.

kaum abgeschlossen, als die gleichen Kräfte, die im Dunkeln gearbeitet hatten, um Jugoslawien in den Krieg hineinzuziehen, sich in Belgrad erhoben und, nachdem sie die Regentschaft gestürzt, die Minister, die den Dreierpakt unterzeichnet hatten, verhaftet und die Straße in Aufruhr versetzt hatten, mit Gewalt ein Regime aufrichteten, das offenbar nur die eine Aufgabe hatte, nämlich den unterzeichneten Pakt zu zerreißen und Jugoslawien gegen die Achsenmächte Front machen zu lassen. Über Jugoslawien ging eine Welle der Gewissenlosigkeit und des Wahnsinns hinweg. Während schwere Ausschreitungen gegen italienische und deutsche Staatsangehörige und Einrichtungen selbst von seiten der Wehrmachtangehörigen stattfanden, befahl der neue Ministerpräsident General

**Simowitsch** die Generalmobilmachung, drohte Italien mit dem Krieg, traf Übereinkommen mit dem britischen und griechischen Generalstab und wendete sich um Hilfe an Großbritannien und die Vereinigten Staaten. In der Nacht zum 27. März ging Jugoslawien sofort zu den Feinden der Achse über. Die italienische Regierung hat mit großer Aufmerksamkeit und größter Ruhe den Gang dieser Ereignisse verfolgt, die Jugoslawien dazu geführt haben, mit Großbritannien und Griechenland gemeinsame Sache zu machen und wie Griechenland eine Operationsbasis der englischen Streitkräfte in Europa zu werden. Angesichts dieser Tatsache hat die italienische Regierung beschlossen, mit ihren Streitkräften zu Lande, zur See und in der Luft in engster Zusammenarbeit mit Deutschland vorzugehen."

## Memorandum zur amtlichen Erklärung der deutschen Reichsregierung über Jugoslawien vom 6. April 1941<sup>147)</sup>

### I.

Das Attentat von Serajewo, das die Entfesselung des Weltkrieges herbeiführen sollte, ist von einer serbischen Offiziersclique vorbereitet und geleitet worden. Hinter den jugendlichen Mördern des Erzherzogs **Franz-Ferdinand** stand eine einflußreiche Gruppe serbischer Offiziere, die sich unter der Führung eines höheren Generalstabsoffiziers zu dem Geheimbund "Schwarze Hand"<sup>148)</sup> zusammengeschlossen hatten. Der serbischen Regierung sind die Attentatspläne bekannt gewesen; sie hat nicht die notwendigen Schritte unternommen, um die Mordtat zu verhindern.

Die Friedensdiktate von 1919 unterwarfen das kroatische und slowenische Volkstum der Herrschaft der Serben; mit starken deutschen, ungarischen und bulgarischen Volksgruppenteilen ausgestattet, rechnete sich das neue Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zu den "Siegermächten". Aus dem Staat, der Europa in Brand gesetzt hatte, war ein unentwegter Anhänger des Status quo und ein treuer Trabant der englischen und französischen Politik geworden.

Willig ordnet sich Jugoslawien in die Kleine Entente ein, um sein Teil zur Niederhaltung der 1919 beraubten und gedemütigten Staaten beizutragen. In den Jahren der deutschen Ohnmacht kann die antideutsche Politik Frankreichs und Englands bei allen internationalen Konferenzen auf die sichere Stimme des serbischen Ver-

treters rechnen. Besonders in der Genfer Institution hat sich Belgrad stets in der Rolle des hochgerüsteten Kriegsgewinnlerstaates gefallen. Noch während der Genfer Abrüstungskonferenz haben die jugoslawischen Außenminister **Marinkowitsch**<sup>149)</sup> und **Jeftitsch**<sup>150)</sup> - letzterer heute wieder Mitglied der Staatsstreichregierung **Simowitsch**<sup>151)</sup> - mit besonderem Eifer die französischen Forderungen vertreten: Verewigung der Wehrlosigkeit der abgerüsteten Mächte, Verweigerung jeder allgemeinen Rüstungsherabsetzung, Schaffung einer Völkerbundsarmee zur Durchführung eines rigorosen Sanktionssystems. Auch der Machtanstieg des nationalsozialistischen Deutschen Reiches veranlaßte Belgrad zunächst nicht zu einer Änderung seiner im Grunde Deutschland gegenüber feindlichen Gesamthaltung.

Mit dieser einseitigen Orientierung der Außenpolitik Jugoslawiens ging eine unerbittliche Unterdrückung und Verfolgung des seit Jahrhunderten im neuen großserbischen Staat ansässigen Deutschtums Hand in Hand. Die Serben fühlten sich als Herrenvolk und unterdrückten jede andere eigenständige Kultur. Unter dieser Willkürherrschaft hatten Kroaten und Volksgruppen in gleicher Weise zu leiden. Unmittelbar nach dem Zerfall der österreichischen Monarchie hatten Banden die ganze Südsteiermark besetzt. Sofort begann in diesem Gebiet ein blutiger Terror. Tausende von Deutschen wurden des Landes verwiesen. Weitere Tausende wichen dem unerträglichen Druck. Als Ende Januar 1919 eine amerikanische Abordnung unter Führung des späteren Präsidenten **Coolidge**<sup>152)</sup> diese Gebiete bereiste und sich die Bevölkerung der Stadt Marburg in einer Versamm-

147) VB. vom 7. April 1941; Monatshefte für Auswärtige Politik

Jahrg. 8 (1941), S. 360-368; Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941), S. 10 - 19.

Obiges Memorandum gibt den wesentlichen Inhalt der auf Jugoslawien bezüglichen Dokumente des 7. deutschen Weißbuches: Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Berlin 1941) wieder.

Die amtliche deutsche Erklärung über Jugoslawien vom gleichen Tage vgl. oben S. 77-82 (Dok. 11).

148) Über die am 16. Mai 1911 gegründete serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" (Crna Ruka), die vor allem unter der Führung des Generalstabsmajors **Dragutin Dimitrijewitsch** stand, vgl. A. von Wegerer, der Ausbruch des Weltkrieges 1914 Bd. 1 (Hamburg 1939), S. 74 f. und 428.

149) Dr. **Vojislav Marinkowitsch** war 1924 und von 1927 bis 1932 jugoslawischer Außenminister.

150) **Boguljub Jeftitsch** war vom 2. Juli 1932 bis 20. Juni 1935 jugoslawischer Außenminister (seit 20. Dezember 1934 zugleich auch Ministerpräsident).

151) Am 27. März 1941 zum Verkehrsminister in der Staatsstreichregierung **Simowitsch** ernannt.

152) **Calvin Coolidge** war von 1923 bis 1929 Präsident der Vereinigten Staaten.



lung auf dem Marktplatz zu ihrem Deutschtum beken-  
nen wollte, feuerten die Serben blindlings in die unbe-  
waffnete Menge und töteten und verletzten viele Män-  
ner, Frauen und Kinder<sup>153)</sup>.

Nach der endgültigen Grenzfestsetzung trat in den  
den Serben zugesprochenen Gebieten an die Stelle der  
blutigen Unterdrückung die systematische Entrechtung  
und Knebelung der Deutschen Volksgruppe<sup>154)</sup>. Die deut-  
schen Privatschulen des Gebietes wurden geschlossen,  
die meisten öffentlichen Schulen mit deutscher Unter-  
richtssprache aufgehoben. Heute gibt es zum Beispiel  
im gesamten Slowenien keine einzige deutsche Schule  
mehr. Sofort nach Errichtung der serbischen Herrschaft  
wurden fast sämtliche deutsche Beamte des Staats und  
der Gemeinden, Eisenbahnangestellte, Volks- und Mit-  
telschullehrer, ohne Rücksicht auf ihre Alteingesessen-  
heit, entlassen und zu Tausenden gezwungen, mit ihren  
Familien außer Landes zu gehen.

Auch in diesem Gebiet diente die Agrarreform als  
Vorwand zum Raub deutschen Besitzes. Aufschriften in  
deutscher Sprache wurden verboten. Fast sämtliche  
deutsche Vereine, vor allem auch, soweit sie Träger des  
deutschen Kulturlebens waren, wurden aufgelöst, ihr  
Vermögen serbischen Vereinen überwiesen. Die weni-  
gen deutschen Kulturveranstaltungen, die nicht durch  
behördliche Anordnung verhindert werden konnten,  
wurden durch terroristische Machenschaften serbischer

153) Seit Anfang Januar 1919 weilte eine von Professor **Calvin Coolidge**  
geführte amerikanische Studienkommission in Wien. Zu den  
Grazer Waffenstillstandsverhandlungen, die am 14. Januar 1919 die  
seit Mitte Dezember 1918 in Südkärnten zwischen den heimatreuen  
Kärntnern und den dort eingedrungenen slowenischen Truppen  
im Gange befindlichen Kämpfe vorerst beendeten, entsandte **Coolidge**  
zwei Offiziere seiner Delegation, Oberstleutnant **Miles** und  
Leutnant **King**. Als aber die Verhandlungen an der Haltung der  
Slowenen zu scheitern drohten, machte **Miles** den (dann von **Coolidge**  
genehmigten) Vorschlag einer vorläufigen Demarkationslinie,  
die von beiden Teilen bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz  
zu respektieren sei. Um sich an Ort und Stelle über die Lage und die  
Wünsche der Bevölkerung zu unterrichten, begaben sich die beiden  
amerikanischen Offiziere in Begleitung von zwei weiteren amerika-  
nischen Sachverständigen und je eines Vertreters der beiden Partei-  
en am 27. Januar von Graz über Marburg a. d. Drau nach Kärnten.  
Auf die Kunde vom Eintreffen der amerikanischen Kommission  
sammelte sich am 27. die deutsche Bevölkerung in Massen auf den  
Straßen Marburgs und schloß sich zu einem großen unbewaffneten  
Demonstrationszuge zusammen, um zu beweisen, daß Marburg,  
wo der slowenisch eingestellte damalige Major **Rudolf Majster** am  
1. November 1918 durch einen Handstreich die Macht in die Hand  
der Slowenen gebracht hatte, deutsch sei. Daraufhin ließen die  
slowenischen Machthaber ohne Anlaß und ohne Warnung in die  
Menschenmassen auf dem Rathausplatz feuern, so daß 7 Tote und  
etwa 60 Verwundete zu beklagen waren. Der für die Kärntner Sache  
offenbar günstige amerikanische Schiedsspruch wurde übrigens auf  
Betreiben der Südslawen und Franzosen nie veröffentlicht, bildete  
jedoch eine wichtige Grundlage für die Verhandlungen der Pariser  
Friedenskonferenz.

154) Vgl. dazu Dokumente zum Konflikt usw., S. 31 - 51 ("Die  
Unterdrückung der Deutschen Volksgruppe in Serbien und die  
gespannte Lage der deutsch-jugoslawischen Beziehungen bis  
1933").

Nationalisten gestört.

Auch sonst ließen die Behörden den illegalen Terror-  
akten freien Lauf. Deutsche Bauern wurden von be-  
waffneten serbischen Kriegsteilnehmern auf ihren Äk-  
kern angeschossen und von ihrem Besitztum verjagt,  
Überfälle auf deutsche Veranstaltungen organisiert,  
deutsche Volksgruppenführer halb tot geschlagen,  
Schriftleitungen volksdeutscher Zeitungen mit Bom-  
ben bedroht und zahllose andere Willkürakte verübt.

Jugoslawien war im Jahre 1919 zur Unterzeichnung  
eines Minderheitenschutzvertrages<sup>155)</sup> veranlaßt worden.  
Aber auch die Möglichkeit, durch eine Klage in Genf  
wenigstens die Öffentlichkeit auf die traurige Lage der  
Minderheiten aufmerksam zu machen, ist der deutschen  
Volksgruppe praktisch genommen worden. Schon die  
bloße Berufung auf den Minderheitenschutzvertrag galt  
als "Provokation". Um die Volksgruppe an der Ausübung  
des ihr vertragsmäßig zustehenden Petitionsrechtes  
nach Genf zu verhindern, wurde mit Gefängnis bis zu  
drei Jahren bedroht, wer im Ausland Schutz oder Hilfe  
suchen würde.

Nach der nationalsozialistischen Erhebung im Deut-  
schen Reich wurde der Druck auf die Deutsche Volks-  
gruppe in Jugoslawien womöglich noch verstärkt. Ende  
November 1933 mußte das deutsche Konsulat in Agram  
über eine neue Verfolgungswelle gegen das Deutsch-  
tum in Südsteiermark berichten<sup>156)</sup>. Die wichtigsten Orts-  
gruppen des nach jahrelanger Verbotszeit wieder zuge-  
lassenen Deutschen Kulturbundes wurden erneut ge-  
schlossen. Die Unduldsamkeit der Serben nahm auf al-  
len Gebieten immer schärfere Formen an.

## II.

Trotz der äußerst unbefriedigenden Lage der serbi-  
schen Innen- und Außenpolitik hat der Führer bald nach  
der Machtergreifung den Versuch unternommen, die  
Beziehungen zu diesem Staate auf eine neue Grundlage  
zu stellen. Der zweckmäßigste Ansatzpunkt hierfür  
schien auf wirtschaftlichem Gebiete zu liegen. Durch  
Abschluß eines großzügigen Handelsvertrages am 1. Mai  
1934<sup>157)</sup>, in dem Vorzugspreise für die jugoslawischen  
Agrarprodukte vorgesehen waren, hat Deutschland die  
entscheidende Hilfe zur Behebung der seit Jahren in  
Jugoslawien bestehenden Agrarkrise geleistet und die  
Möglichkeit zu einer Entschuldung des vor dem Ruin  
stehenden jugoslawp+5Xp+5Xisch Bauerntums geschaffen.

Hiermit beginnt eine Entwicklung, die dazu führt,  
daß Deutschland als Abnehmer von mehr als der Hälfte  
aller Produkte zum wichtigsten Absatzgebiet Jugosla-  
wiens wird. Jugoslawien erhält in Deutschland einen  
großen krisenfesten Markt für seine landwirtschaftli-  
chen Erzeugnisse zu guten Preisen. Darüber hinaus fin-  
det es in Deutschland die Bereitwilligkeit, an der Er-  
schließung seiner Bodenschätze in einer Weise mitzuar-

155) Vom 10. September 1919.

156) Dokumente zum Konflikt usw., S. 48 - 51.

157) RGBI. II, S. 302.

beiten, die im Gegensatz zur bisherigen Übung bei Investitionen ausländischen Kapitals die berechtigten Interessen des jugoslawischen Staates in vollem Umfang berücksichtigt.

Unablässig hat Deutschland daran gearbeitet, die so in Wirtschaftsfragen begonnene Zusammenarbeit durch die Vertiefung der rein menschlichen Beziehungen von Volk zu Volk auch kulturell zu unterbauen, um so eine Brücke zu schlagen über alte Feindschaften und Gegensätze hinweg und um die Grundlage zu schaffen für eine wahrhafte und dauernde Freundschaft. Auf dem Gebiet der Kunst, der Wissenschaft, der Presse und des Sports wird ein reger Austausch hergestellt. Der feste Wille, eine bessere Zukunft aufzubauen, ist die treibende Kraft aller dieser Bemühungen; alles Trennende wird zurückgestellt, und über den Gräbern der Gefallenen des Weltkrieges reichen deutsche Frontkämpfer den einstigen Gegnern die Hand.

So war die Grundlage geschaffen, auf der ein Ausbau der politischen Beziehungen einsetzen konnte. Die wiederholten Besuche des Reichsmarschalls **Göring** in Belgrad in den Jahren 1934 und 1935<sup>158)</sup> bildeten den Ausgangspunkt einer zielbewußten Verständigungspolitik. Im Juni 1937 entsandte der Führer Herrn von **Neurath** nach Belgrad<sup>159)</sup>. Der Telegrammwechsel, der aus Anlaß dieses ersten Besuches eines deutschen Außenministers in der Hauptstadt Jugoslawiens zwischen dem Führer und dem jugoslawischen Ministerpräsidenten

158) Am 16./17. Mai 1934 weilte Ministerpräsident **Göring** auf der Reise nach Athen kurz in Belgrad, ferner vom 17. bis 19. Oktober des gleichen Jahres anläßlich der Beisetzung des (am 9. in Marseille ermordeten) jugoslawischen Königs **Alexander I.** als Sonderbevollmächtigter, um den Führer in dessen Eigenschaft als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht zu vertreten, schließlich vom 6. bis 8. Juni 1935 auf der Rückreise von seinem in Dubrovnik verlebten Erholungsurlaub.

159) 7. - 9. Juni 1937 (Dokumente Bd. 5, S. 176 f. [Dok. 34]).

In seiner Ansprache anläßlich eines Empfanges beim jugoslawischen Ministerpräsidenten **Stojadinowitsch** in Belgrad vom 7. Juni (VB. vom 8. Juni 1937; Dokumente zum Konflikt usw., S. 66 Nr. 24) führte Reichsaußenminister Freiherr von **Neurath** u. a. aus: "Euere Exzellenz haben mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Lage reich ist an schwierigen Problemen. Um so mehr freut es mich, sagen zu können, daß kein derartiges Problem zwischen unseren beiden Ländern besteht. Deshalb haben wir uns, Herr Ministerpräsident, offen und freundschaftlich ausgesprochen und einander die Methoden und Ziele unserer Politik, die beiderseitig auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens gerichtet sind, darlegen können. Die Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Deutschland, die in meinem Hiersein ihren sichtbaren Ausdruck findet, ist gerade angesichts der allgemeinen Lage von großer Bedeutung. Ich möchte gerade im Hinblick auf das deutsch-jugoslawische Freundschaftsverhältnis feststellen, daß die Politik des Führers und Reichskanzlers in den vergangenen vier Jahren in dem Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten zielbewußt dem Frieden in der Welt gedient hat. In diesem Werk der Befriedung stellt die deutsch-jugoslawische Freundschaft eines der wesentlichsten Elemente dar. Deshalb findet der ... Wunsch auf Vertiefung auch unserer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen auf deutscher Seite lebhaft Zustimmung. Ich bin überzeugt, daß damit dem Glück unserer beiden Länder aufs beste gedient wird."

**Stojadinowitsch** stattfand<sup>160)</sup> und in dem beiderseits der Wunsch nach einer weiteren Förderung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zum Ausdruck kam, zeigte, daß auch in einzelnen Kreisen auf jugoslawischer Seite Verständnis für die dem Frieden Europas dienenden Pläne des deutschen Staatsoberhauptes vorhanden war.

Im Januar 1938 folgte **Stojadinowitsch** einer Einladung des Führers nach Berlin<sup>161)</sup>. In den eingehenden Besprechungen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden, legte der Führer seine Gedanken über eine Konsolidierung und Befriedung des Balkans dar, wobei er von der Voraussetzung der Mitarbeit eines freundschaftlichen und politisch starken jugoslawischen Staates ausging. **Stojadinowitsch** seinerseits nahm diese Ausführungen mit Zustimmung und Befriedigung auf. Niemals und unter keinen Umständen, erklärte er, werde Jugoslawien in einen antideutschen Pakt oder irgendeine anti-deutsche Kombination eintreten. So war eine weitere Etappe auf dem Wege der deutschen Verständigungspolitik erreicht und ohne formelle Verträge eine Atmosphäre geschaffen, die eine weitere Zusammenarbeit beider Staaten im Interesse des europäischen Friedens erhoffen ließ.

Diese freundschaftlichen Beziehungen erfuhren auch keine Veränderung, als zwei Monate später Deutschland und Jugoslawien durch die Vereinigung Österreichs mit dem Reich unmittelbare Nachbarn wurden<sup>162)</sup>. **Stojadinowitsch** wies sofort alle zuständigen Behörden an, eine regelmäßige Zusammenarbeit mit den deutschen Grenzbehörden im Geiste der deutsch-jugoslawischen Freundschaft aufzunehmen, und amtlicherseits wurde wiederholt versichert, daß in Zukunft nur noch eine Politik der Freundschaft mit dem neuen mächtigen Nachbarn in Frage komme. Andererseits wurde von maßgebender deutscher Seite der jugoslawischen Regierung erklärt, daß die deutsche Politik nicht über Österreich hinausziele und die jugoslawische Grenze unberührt bliebe. Der Führer betonte überdies in seiner Rede in Graz

160) Die beiden Telegramme vom 10. Juni 1937 vgl. VB. vom 11. Juni 1937 und Dokumente zum Konflikt usw., S. 66 f. Nr. 25 und 26. **Stojadinowitschs** Telegramm lautete:

"Mit dem Dank für das freundschaftliche Interesse, das Euere Exzellenz durch den Besuch des Reichsministers des Auswärtigen Freiherrn von **Neurath** meinem Lande bezeugt haben, verbinde ich die aufrichtigsten Wünsche für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Jugoslawien."

Auf dieses Telegramm erwiderte der Führer:

"Eurer Exzellenz danke ich herzlichst für das soeben erhaltene Telegramm. Ich weiß mich mit ihnen eins in dem Wunsche, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Jugoslawien nach besten Kräften zu fördern, und bin überzeugt, daß dieses Einvernehmen zum Frieden Europas beitragen wird".

161) 15. - 17. Januar 1938 (Dokumente Bd. 6, S. 105 [Dok. 14]). Die Aufzeichnung über die gelegentlich des Empfanges von **Stojadinowitsch** bei dem Führer am 17. geführten Gespräche vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 68 f. Nr. 28.

162) Vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 70 f. Nr. 29 (Dokumente Bd. 6, S. 169 f. Anm. 2) und 30.

am 3. April 1938<sup>163)</sup>, Jugoslawien und Ungarn hätten zu der Wiedervereinigung Österreichs dieselbe Haltung eingenommen wie Italien; wir seien glücklich, hier Grenzen zu besitzen, die uns der Sorge enthoben, sie militärisch beschützen zu müssen.

Nach dieser beruhigenden Erklärung über die Sicherheit der deutsch-jugoslawischen Grenze blieb für Jugoslawien als Hauptsorge noch die offene Frage der Grenzen gegenüber den Staaten, auf deren Kosten es sich 1919 vergrößert hatte - in erster Linie gegenüber Ungarn. Schon bei dem Besuch des Ministerpräsidenten **Stojadinowitsch** in Berlin im Januar 1938 war diese Frage angeschnitten worden<sup>164)</sup>, und der Führer hatte sich bereit erklärt, bei der Herbeiführung eines Ausgleichs der ungarisch-serbischen Gegensätze die Vermittlung zu übernehmen.

Tatsächlich trat auch unter deutscher Mitwirkung allmählich eine Entspannung zwischen Jugoslawien und Ungarn ein, die dann schließlich im Dezember 1940 zum Abschluß eines Freundschaftspaktes führte<sup>165)</sup>. Auch die Beziehungen Jugoslawiens zu Italien und Bulgarien<sup>166)</sup> erfuhren in der Zeit der deutsch-jugoslawischen Verständigungsbestrebungen eine wesentliche Besserung, so daß die Belgrader Regierung durchaus positive und beachtliche Erfolge ihrer Politik buchen konnte. Gleichzeitig war hiermit ein bedeutender Fortschritt in der von Deutschland und Italien erstrebten Befriedung des Südostraumes erzielt.

Diese glücklichen Ergebnisse waren der Erfolg der vom Führer eingeleiteten Verständigungspolitik, die bei **Stojadinowitsch** eine ebenso verständnisvolle wie tatkräftige Unterstützung gefunden hatte. Anfang Februar 1939<sup>167)</sup> wurde **Stojadinowitsch** gestürzt. Die Erklärungen über die Außenpolitik, die bei dem Regierungswechsel abgegeben wurden, klangen zwar Deutschland gegenüber durchaus freundlich und stellten die unveränderte Fortführung der Freundschafts-

163) Dokumente zum Konflikt usw., S. 71 Nr. 31.

164) Laut der Aufzeichnung über die Gespräche vom 17. Januar 1938 sagte der Führer damals zu **Stojadinowitsch** (Dokumente zum Konflikt usw., S. 68 f.): "Eine jugoslawisch-ungarische Annäherung scheine ihm durchaus möglich. Sie könne wesentlich erleichtert werden durch eine entsprechende Behandlung der ungarischen Minderheit. Sollte man in Jugoslawien Wert darauf legen, mit Ungarn zu einer klaren Verständigung zu kommen und diese Verständigung in der Art auszubauen, daß sie einen vertraglichen Charakter erhalte, und sollte man dafür einen Garanten brauchen, so würde Deutschland bereit sein, diese Garantenstellung zu übernehmen".

165) Vgl. oben S. 57 Anm. 1.

166) Über die bereits 1937 abgeschlossenen jugoslawischen Verträge mit Italien und Bulgarien vgl. oben S. 57 Anm. 1.

Italienischerseits hatte Außenminister **Graf Ciano** vom 18. bis 22. Januar 1939 in Jugoslawien einen Besuch abgestattet, den der jugoslawische Außenminister **Dr. Cincar Markowitsch** am 22./23. April in Venedig erwiderte; ferner weilte das jugoslawische Prinzregentenpaar in den Tagen vom 9. bis 15. Mai in Italien zum Besuche.

Bulgarischerseits stattete der Ministerpräsident **Georgi Kiossewanoff** am 9./10. Juli 1939 einen Besuch in Belgrad ab.

167) Am 4. Februar 1939.

politik in Aussicht<sup>168)</sup>, doch fehlte fortan die starke Persönlichkeit, die in der Lage war, diese Politik auch gegenüber allen divergierenden Strömungen der innerpolitischen Parteikonstellation durchzuführen. Immerhin trat in den offiziellen Beziehungen keine Änderung ein, und Deutschland konnte seine Bemühungen um eine weitere Vertiefung der Beziehungen zu Jugoslawien mit allem Nachdruck fortsetzen.

Ein nach außen sichtbares Zeichen des guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Jugoslawien bildete der Staatsbesuch des Prinzregenten **Paul** im Juni 1939 in Berlin<sup>169)</sup>. Die Reden, die bei dieser Gelegenheit sowohl vom Führer wie vom Prinzregenten gehalten wurden<sup>170)</sup>, brachten die herzliche Freundschaft zwischen beiden Nationen zum Ausdruck. Als gemeinsame Linie ergab sich in den Berliner Besprechungen der unerschütterliche Wille, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren, dessen Richtigkeit durch die bereits erzielten Erfolge erwiesen war. Der Führer faßte das Ziel dieser Politik in folgenden Worten zusammen: "In Ihrer Anwesenheit, Königliche Hoheit, sehen wir eine freudige Gelegenheit zu einem offenen und freundschaftlichen Meinungsaustausch, der - davon bin ich überzeugt - für unsere beiden Völker und Staaten nur nutzbringend sein kann. Ich glaube daran um so mehr, als ein festbegründetes, vertrauensvolles Verhältnis Deutschlands zu Jugoslawien nun - da wir durch die geschichtlichen Ereignisse Nachbarn mit für immer festgelegten gemeinsamen Grenzen geworden sind - nicht nur einen dauernden Frieden zwischen unseren beiden Völkern und Ländern sichern wird, sondern darüber hinaus auch ein Element der Beruhigung für unseren nervös erregten Kontinent darstellen kann. Dieser Friede aber ist das Ziel all jener, die wirklich aufbauende Arbeit zu leisten gewillt sind.

### III.

Von den Westmächten ist die deutsch-jugoslawische Freundschaftspolitik von Anbeginn an mit Abneigung und Übelwollen verfolgt worden. Die Störungsversuche und die Bemühungen, Jugoslawien in ihr Lager zurückzuziehen, nahmen einen verstärkten Umfang an, als mit dem Sturz **Stojadinowitschs** die straffe Führung der jugoslawischen Innen- und Außenpolitik gelockert wurde und die westlich orientierten, altserbischen Militärkreise wieder starken politischen Einfluß gewinnen konnten.

In der auf die Einkreisung Deutschlands gerichteten Politik, die seit dem Frühjahr 1939 unter englischer

168) So beispielsweise der neue jugoslawische Außenminister **Dr. Alexander Cincar Markowitsch**, bisher Gesandter in Berlin, bei seinem Abschiedsbesuch bei Reichsaußenminister **von Ribbentrop** am 7. Februar 1939 (Dokumente zum Konflikt usw., S. 73).

169) 1. - 5. Juni 1939 (Dokumente Bd. 7, S. 19 f. [Dok. 3b]).

170) Bei der Abendtafel am 1. Juni 1939 (Dokumente zum Konflikt usw., S. 74 f. Nr. 35 und 36 und Dokumente Bd. 7, S. 18 f. [Dok. 3a]).



Führung von den Alliierten betrieben wurde, ist unter diesen Umständen -- wie aus den in Frankreich aufgefundenen Akten des französischen Generalstabs<sup>171)</sup> hervorgeht -- von Anfang an auch mit Jugoslawien als einem wichtigen Eckpfeiler der südlichen Front gerechnet worden.

Schon im Juli 1939 wurde der Befehl zur Aufstellung eines Expeditionskorps in der Levante gegeben, und unmittelbar nach Ausbruch des Krieges beginnen Vorbereitungen, um dieses unter dem französischen General **Weygand** stehende Expeditionskorps im geeignet erscheinenden Zeitpunkt nach Saloniki zu transportieren und dort einen Kristallisationspunkt für die geplante Balkanfront entstehen zu lassen.

Die Alliierten versprachen sich von dem "Zusammenschweißen" der Balkanvölker nicht nur einen wesentlichen Zuwachs an neuen Hilfstruppen, dessen Ausmaß von **Gamelin** auf 100 Divisionen berechnet wurde<sup>172)</sup>, sondern sie hofften auch die Erdrosselung Deutschlands zu vollenden und durch die Erweiterung der Kriegsschauplätze neue ausgedehnte "Abnützungsfronten" zu schaffen, an denen die deutschen Kräfte sich zersplittern und allmählich aufreiben sollten.

Im Zusammenhang mit diesen weitgesteckten Kriegsplänen haben die Alliierten schon frühzeitig darauf hingearbeitet, sich der Unterstützung der jugoslawischen Armee und Regierung mit dem Ziel einer späteren Waffenhilfe zu vergewissern. Noch vor Ausbruch des Krieges -- am 19. August 1939 -- hat der französische Gesandte in Belgrad<sup>173)</sup> eine erste vorbereitende Unterredung mit dem jugoslawischen Generalstabschef über das Salonikiunternehmen; wie der französische Militärattaché nach Paris berichtet, ist diese Unterhaltung dazu angetan, günstige Aussichten für die weitere eingehende Erörterung dieser Frage zu eröffnen<sup>174)</sup>.

Drei Monate später kann der Militärattaché melden, daß jugoslawischerseits inzwischen bereits Maßnahmen getroffen seien, um die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn nach Saloniki zu steigern<sup>175)</sup>. Nunmehr hält es das Oberkommando der Alliierten auch für angezeigt, die Aufrüstung Jugoslawiens durch Waffenlieferungen zu unterstützen<sup>176)</sup>. Auf Wunsch der jugoslawischen Regierung und des Generalstabes werden die Verbindungen durch Entsendung einer besonderen militärischen Mission nach Frankreich und die Kommandierung eines Offiziers aus dem Stabe General **Gamelins** nach Belgrad enger gestaltet<sup>174)</sup>.

Gleichzeitig stellt sich die jugoslawische Regierung, die nach außen geflissentlich den Schein der Neutralität zu wahren sucht, insgeheim mit ihrem Generalstab den Alliierten zur Verfügung, um deren militärischen Interessen nach Möglichkeit Vorschub zu leisten. Alle Transporte von Kriegsmaterial, die die Alliierten für Polen

bestimmt haben, werden durchgelassen, Transporte, die von Deutschland ausgehen, für Deutschland bestimmt sind oder irgendwie deutschen Interessen dienen könnten, werden angehalten, verzögert, ja sogar nach Häfen umgeleitet, wo sie von den Alliierten nutzbar gemacht werden können<sup>177)</sup>.

Des weiteren setzt, wie die Telegramme des französischen Militärattachés erkennen lassen, ein reger Nachrichtenaustausch zwischen den Alliierten und den militärischen Stellen Jugoslawiens ein, und auch die Nachrichten über die Lage in Deutschland, die von den politischen Stellen weitergegeben werden, zeigen mit aller Deutlichkeit, wie weit sich die jugoslawische Regierung innerlich bereits von der Neutralität entfernt hat<sup>178)</sup>.

Als im Frühjahr 1940 die Balkanpläne der Alliierten in den Vordergrund treten, werden die Bemühungen verstärkt, um, zunächst immer noch unter Wahrung der äußeren Neutralität Jugoslawiens, seine militärische Mitwirkung sicherzustellen. Am 16. April hat der französische Gesandte in Belgrad<sup>179)</sup> im Einvernehmen mit dem Prinzregenten eine Unterredung mit dem Kriegsminister **Neditsch**, in der darüber verhandelt wird, in welcher Weise die Generalstabsbesprechungen erneut aufgenommen werden können<sup>180)</sup>.

Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der Luftwaffe wird jetzt in erster Linie eine Prüfung der Flugplätze vorgesehen und dabei, um das Geheimnis zu wahren, vereinbart, daß die beteiligten Offiziere nur in Zivil auftreten dürfen. Gleichzeitig sagt der jugoslawische Kriegsminister zu, daß ein Offizier, der das besondere Vertrauen der militärischen Führung genießt, als Verbindungsoffizier zu dem Chef des interalliierten Expeditionskorps General **Weygand** entsandt werden soll. Hiermit war die Entscheidung Jugoslawiens gefallen und der Übergang des Königreichs in das Lager der Alliierten vollzogen. Nur die Aufgabe des Salonikiunternehmens und der überraschend schnelle Zusammenbruch Frankreichs unmittelbar darauf haben diese Entscheidung nicht zur Auswirkung kommen lassen. Doch versicherten noch am 11. Juni politische und militärische Stellen dem französischen Gesandten<sup>181)</sup>, daß, wenn das Blatt für Frankreich sich wieder wenden würde, Jugoslawien gewillt sei, sofort an seine Seite zu treten<sup>182)</sup>.

#### IV.

Dieser Tatbestand war der Deutschen Regierung bekannt, als sie im Herbst 1940 dazu schritt, die Staaten des Südosten Europas zum Beitritt in den Dreimächtepakt einzuladen. Sie begnügte sich nicht mit dem Beitritt der der Neuordnung von vornherein freundlich zugewandten Mächte Ungarn, Rumänien, Slowakei und Bulgarien<sup>183)</sup>, sie bot auch dem bisher abseitsstehenden Jugoslawien den Beitritt an; denn nur eine Zusammen-

171) Vgl. oben S. 57 Anm. 2.

172) Dokumente zum Konflikt usw., S. 101.

173) **Brugère**.

174) Dokumente zum Konflikt usw., S. 94.

175) Ebd. S. 93.

176) Über die sowjetrussischen Waffenlieferungen vgl. unten S. 199 und 232.

177) Dokumente zum Konflikt usw., S. 85, 87, 89 und 111.

178) Vgl. ebd. S. 89, 91f., 107-109 und 111-113.

179) **Brugère**.

180) Dokumente zum Konflikt usw., S. 104.

181) **Brugère**.

182) Ebd. S. 114.

fassung aller südosteuropäischen Staaten in dem System des Paktes konnte die Gewähr für die Verwirklichung seiner hohen Gegenwarts- und Zukunftsziele bieten.

Unter dem Einfluß der von Großbritannien angewandten Druckmittel, die drohend gehaltenen diplomatischen Noten und Demarchen<sup>184)</sup> wie in einer vor keiner Lüge zurückschreckenden Bearbeitung der öffentlichen Meinung bestanden, hatte die damalige jugoslawische Regierung lange gezögert, den entscheidenden Schritt zu tun.

Der Entschluß der Jugoslawischen Regierung, trotz des englischen Druckes am 25. März in Wien das Beitrittsprotokoll zu unterzeichnen<sup>185)</sup>, ist wesentlich dadurch erleichtert worden, daß Deutschland bereit war den aus der geographischen Lage Jugoslawiens sich ergebenden Sonderwünschen weitgehend Rechnung zu tragen, indem es die jederzeitige Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität des Staates zusicherte<sup>186)</sup> und von Anfang an ausdrücklich auf den Durchmarsch und Durchtransport von Truppen sowie auf irgendeine militärische Hilfeleistung während dieses Krieges verzichtete<sup>187)</sup>. Besonders mag aber auch auf jugoslawischer Seite die Hoffnung mitgesprochen haben, aus dem zu erwartenden Zusammenbruch des griechischen Staates gebietsmäßig Nutzen ziehen zu können. Auf besonderen Wunsch der Jugoslawischen Regierung wurde ihr die Zusicherung gegeben, daß im Rahmen der Neuordnung Europas Jugoslawien einen Ausgang zum Ägäischen Meer erhalten würde, der die jugoslawische Souveränität in Stadt und Häfen Saloniki mitumfassen sollte<sup>188)</sup>.

Die Hoffnung, mit dem Vertragsabschluß zu einer Klärung der jugoslawischen Haltung und damit zu einer endgültigen Befriedung des Balkans zu gelangen, sollte sich nicht erfüllen. Die Politik der Jugoslawischen Regierung, die sich zu der Reise nach Wien entschlossen hatte, war -- vielleicht unter dem Einfluß der stärker und stärker vordringenden putschistischen Militärkreise -- bis zuletzt schwankend und zwiespältig.

Wenige Tage zuvor hatte sie britischen Einflüsterungen nachgegeben und den früheren Ministerpräsidenten **Stojadinowitsch**, den Exponenten der deutschjugoslawischen Verständigungspolitik, nach Griechenland ausgewiesen und englischen Händen ausgeliefert<sup>189)</sup>. Jetzt kam die verderbenbringende britische Propaganda zu ihrer vollen Auswirkung.

Kurz vor der Unterzeichnung des Protokolls in Wien hatte die britische Regierung in Belgrad eine Note übergeben lassen, in der gesagt war, sie hätte mit Mißfallen

183) Am 20., 23. und 24. November 1940 und 1. März 1941 (Dokumente Bd. 8, S. 412 - 419 [Dok. 63a - c] und unten S. 406 - 409 [Dok. 49]).

184) Über die britische Note vom 24. März 1941 vgl. unten S. 95 und Anm. 6, über die amerikanischen diplomatischen Schritte vom 10. und 14. Februar 1941 vgl. oben S. 43 f.

185) Unten S. 415 (Dok. 52).

186) Unten S. 420 (Dok. 53a).

187) Unten S. 420 und 421 (Dok. 53b und c).

188) Vgl. auch unten S. 115.

189) Vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 139.

von dem Beschluß der Unterzeichnung des Abkommens durch Jugoslawien Kenntnis genommen<sup>190)</sup>.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung hatte der britische Staatssekretär für Indien **Amery** in einer Rede, die in serbischer Sprache durch den Rundfunk verbreitet wurde, einen beredten Appell zum Widerstand an Jugoslawien gerichtet. Die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes sei als Verrat anzusehen, doch sei es noch nicht zu spät für Jugoslawien, auf den rechten Weg zurückzufinden<sup>191)</sup>. Auch die offiziöse Reuteragentur begleitete die Unterzeichnung des Paktes mit einer eindringlichen Warnung vor den bedenklichen Folgen der Zugehörigkeit zu dem deutschen Paktsystem. Ähnliche britische Pressestimmen wurden durch den britischen Rundfunk in serbischer Sprache verbreitet. Mit dieser Verhetzung ging die Tätigkeit des britischen Geheimdienstes in Belgrad Hand in Hand.

So kam es dazu, daß alsbald nach der Rückkehr der Unterhändler aus Wien ein unreifer Knabe<sup>192)</sup> in verfassungswidriger Weise von einer Gruppe kriegshetzerischer Militärs als Scheinkönig an die Macht gebracht wurde. Gleichzeitig wurden die Regenten<sup>193)</sup> gezwungen, ihre Ämter niederzulegen, der Prinzregent mußte fluchtartig das Land verlassen<sup>194)</sup>, und der Ministerpräsident wie der Außenminister<sup>195)</sup> wurden verhaftet. In einer Proklamation erklärte der König, die Mitglieder des Regentschaftsrates seien sich über ihren Irrtum klar und hätten deshalb abgedankt<sup>196)</sup>.

Mit diesen Worten war der Politik der Zusammenarbeit und der Befriedung zwischen den Achsenmächten und Jugoslawien bereits das Urteil gesprochen. Bedurfte es für die Gesinnung des neuen Beherrschers Jugoslawiens noch eines Beweises, so wurde er durch eine Veröffentlichung von Reuter erbracht. Diese britische Agentur zitierte einen kurz vor den Ereignissen in London eingegangenen Brief des Königs an einen seiner vertrautesten Freunde, in dem es hieß: "Ich warte nur noch auf den Tag, an dem Jugoslawien sich gegen die Nazis entscheiden wird, damit ich endlich meine Armee übernehmen kann" <sup>197)</sup>.

Regierung und Presse Großbritanniens zögerten nicht, den in Belgrad vollzogenen Staatsstreich auf das freudigste zu kommentieren. Als erster war es **Churchill** selbst, der wenige Stunden, nachdem sich die Ereignisse in Belgrad abgespielt hatten, vor einer Versammlung der konservativen Partei<sup>198)</sup> verkündete, er

190) Am 24. März 1941 durch den britischen Gesandten in Belgrad Sir **Ronald Campbell** (vgl. Dokumente zum Konflikt usw., S. 122).

191) Dokumente zum Konflikt usw., S. 123.

192) König **Peter II.**, geb. 6. September 1923.

193) Prinzregent **Paul**, Dr. **Radenko Stankowitsch** und Dr. **Ivo Perowitsch**.

194) Er wandte sich am Abend des 27. März 1941 nach Athen.

195) **Dragischa Zwetkowitsch** und Dr. **Alexander Cincar Markowitsch**; sie wurden aber alsbald wieder freigelassen und am 1. April 1941 pensioniert.

196) Dokumente zum Konflikt usw., S. 125.

197) Ebd. S. 126.

198) Vor dem Zentralrat der nationalen Union konservativer und unionistischer Vereinigungen in London.



habe eine große Neuigkeit für seine Zuhörer und das ganze Land: in Belgrad sei eine Revolution ausgebrochen, deren Sinn sich gegen den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt richte. Die neue jugoslawische Regierung werde von dem britischen Empire jede Hilfe und jede nur mögliche Unterstützung erhalten. Das britische Empire und seine Verbündeten würden sich mit der jugoslawischen Nation zusammenschließen<sup>199</sup>.

Auch die Vertreter einiger britischer Dominien nahmen unverzüglich zu den Ereignissen in Jugoslawien Stellung und begrüßten den Staatsstreich als ein gegen die deutsche Politik gerichtetes Ereignis<sup>200</sup>.

Die Haltung, die die jugoslawische Regierung und das serbische Volk seit dem 27. März Deutschland und allen Deutschen gegenüber eingenommen haben, zeigt, daß die ausländischen Kommentatoren mit ihrer Interpretation der Dinge recht hatten und daß ihre Wünsche und Mahnungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren.

Die erste Maßnahme der jugoslawischen Regierung war die Verkündung der Generalmobilmachung<sup>201</sup>, ein deutliches Zeichen für den Angriffsgeist der nunmehr herrschenden serbischen Militärclique. Die Vertreter und Erben der gleichen unheilvollen Geistesrichtung, die 1914 den Anstoß des Weltkrieges gegeben hatte, haben in Belgrad wieder das Heft in der Hand. Das neue Jugoslawien hat von dem alten Serbien die Rolle des Unruhestifters übernommen. Ebenso wie die politische Wandlung in Jugoslawien eindeutig gegen den Dreimächtepakt gerichtet war, konnte auch die Generalmobilmachung nur als Kampfansage an die Achsenmächte aufgefaßt werden.

Der jugoslawische Ministerpräsident General **Simowitsch** hat dies dem italienischen Gesandten in Belgrad<sup>202</sup> klar zu verstehen gegeben. Wie weit sich General **Simowitsch** schon im gegnerischen Lager fühlte, geht auch aus einem hier bekanntgewordenen Telefongespräch zwischen ihm und dem jugoslawischen Gesandten in Washington<sup>203</sup> hervor, daß Kriegsmateriallieferungen der Vereinigten Staaten an Jugoslawien auf Grund des Englandhilfegesetzes<sup>204</sup> zum Gegenstand hatte.

Daß die Politik der Staatsstreichregierung in gewissen Teilen der Bevölkerung vollen Widerhall fand, davon legt die Reihe der Überfälle und Ausschreitungen ein beredtes Zeugnis ab, die dem Staatsstreich gefolgt sind und die sich bis heute in ihren Ausmaßen dauernd gesteigert haben.

Auf der Rückfahrt vom Festgottesdienst anläßlich der Thronbesteigung des Königs war der deutsche Ge-

sandte<sup>205</sup> feindlichen Kundgebungen und Beschimpfungen ausgesetzt<sup>206</sup>. Im Zusammenhang mit anderen Ausschreitungen des Straßenpublikums wurde der Gehilfe des deutschen Militärattachés verletzt<sup>207</sup>. Das deutsche Verkehrsbüro in Belgrad wurde von der Menge gestürmt, die Inneneinrichtung verwüstet, ein Bild des Führers und zwei deutsche Fahnen zerrissen<sup>208</sup>.

Auch auf dem Lande kam es in verschiedenen Dörfern zu Zwischenfällen, bei denen Volksdeutsche schwer zu Schaden kamen. Der deutsche Gesandte<sup>209</sup> war genötigt, im Zusammenhang mit den erwähnten Fällen Beschwerde beim jugoslawischen Außenministerium einzulegen. Die jugoslawischen Behörden mußten alle diese Manifestationen, Mißhandlungen und Ausschreitungen zugeben und konnten sich nur auf lahme Erklärungen des Bedauerns zurückziehen<sup>210</sup>. Eine Änderung der Lage trat dadurch nicht ein. Nicht nur die reichsdeutschen Bewohner Belgrads hatten weiter unter den deutschfeindlichen Umtrieben zu leiden, auch gegen die volksdeutschen Bauern des Banats und Sloweniens richtete sich die Wut der jugoslawischen Bevölkerung.

Schon am 29. März trafen in Temesvar die ersten volksdeutschen Flüchtlinge aus dem Banat ein, die von unsagbaren Grausamkeiten zu berichten wußten<sup>211</sup>; Mord und Mißhandlungen wurden danach sogar unter den Augen der serbischen Soldaten verübt und deutsches Eigentum Plünderungen und Brandstiftungen ausgesetzt. In der Baranja wurde von den Serben das deutsche Bauerndorf Ceminac angezündet<sup>212</sup>. Auf deutsche Bauern, die beim Löschen halfen und ihre Habe retten wollten, wurde hinterhältig geschossen.

Das Haus des Gauführers des schwäbisch-deutschen Kulturbundes im Draubanat<sup>213</sup> wurde von der Menge angegriffen<sup>214</sup>. An zahlreichen Orten wurden die Deutschen mit Totschlag bedroht.

Schon ist der Ruf nach einem zweiten Bromberger Blutbad<sup>215</sup> laut geworden. Die Volksdeutschen des Banats und Slowenen versuchen, dieser Hölle durch die Flucht zu entgehen. Ein nicht endenwollender Strom von deutschen Flüchtlingen hat eingesetzt. Angesichts der Ausschreitungen, denen die Behörden nicht ein Ende bereiten wollen oder können, sah sich die deutsche Regierung genötigt, ihre Reichsangehörigen aufzufordern, das Gebiet Jugoslawien zu verlassen, um sich nicht weiteren Gefahren auszusetzen. Wer die Verantwortung für diese folgenschwere Entwicklung trägt, liegt auf der Hand.

205) **Viktor von Heeren**.

206) Vgl. oben S. 59 Anm. 2.

207) Dokumente zum Konflikt usw., S. 124.

208) Ebd. S. 125.

209) **Viktor von Heeren**.

210) Dokumente zum Konflikt usw., S. 127 und 129 f.

211) Ebd. S. 131.

212) Ebd. S. 137.

213) **Johann Baron**.

214) Dokumente zum Konflikt usw., S. 130.

215) Ebd. S. 137. Über das Bromberger Blutbad vom 3. September 1939 vgl. Dokumente Bd. 7, S. 614.

199) Dokumente zum Konflikt usw., S. 126.

200) Vgl. ebd. S. 128 f. (Premierminister **Mackenzie King** [Kanada] und **Smuts** [Südafrika]).

201) Vgl. oben S. 60 und Anm. 2.

202) **Giorgio Mameli**.

203) **Kosta Fotitsch**.

204) Vom 11. März 1941 (vgl. unten S. 454).